

# Im Schatten des Regenbogen

Ein Editorial birgt immer eine Herausforderung. Da steht der Anspruch im Raum, ein paar nette Worte zur aktuellen Ausgabe zu verlieren. Doch müssen sie so verloren werden, dass andere sie gerne aufheben, einige Artikel lesen. Zu welchen Beiträgen sollen Worte fallen? Zu allen, um diplomatisch vorzugehen? Erstens: Das ist zu viel. Zweitens: Wer nimmt mir schon ab, ich sei diplomatisch?

Also werde ich auch diesmal nicht auf alle Beiträge hinweisen. Sogar auf gar keinen. Das Inhaltsverzeichnis zeigt Ihnen, was diese Ausgabe enthält, unter welchen Aufsätzen Sie wählen können.

Das Inhaltsverzeichnis hat einen ungewohnten Aufbau, denn die Redaktion war mit der bisherigen Gestaltung einfach nicht zufrieden. Mini-Beiträge und grundlegende Ausführungen waren nicht zu unterscheiden, alles stand in gleicher Augenhöhe, erschien uns ungeordnet. Die jetzige Form ist ein Versuch. Ob sie Bestand hat, ist auch Sache der Kunden: Ihre Sache.

Nun doch noch ein paar Worte zu den Artikeln. Bekannter Weise bin ich ja kein Freund von langen Aufsätzen, in dieser Ausgabe ist das aber ganz anders. Und: Mir zeigen die Beiträge wieder einmal: Statistik informiert konkret, sie benennt und quantifiziert Probleme. Statistik ist eben ein Teil der realen, der konkreten Welt, im Gegensatz zum virtuellen Bereich – also anders als ein Schatten des Regenbogen.

Martin Schlegel, Hagen

# Inhalt

Stadträte in Großstädten – Zeitaufwand und Kosten <b>Berufs- statt Feierabendparlamente?</b> Marion Reiser, Halle	Seite <b>8</b>	Extreme Unterschiede	<b>Aus den Kommunen</b>
Indikatorensystem zum Stadtentwicklungsplan 2010 <b>Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht</b> Bruno Schmaus, Heidelberg	<b>12</b>	Statistik macht Sinn	
Familienstand, Migration, Bildung, Erwerbsquote <b>Frauen in Wiesbaden</b> Barbara Lettko, Wiesbaden	<b>17</b>	Daten beschreiben die Lage	
Der Trend zur Singularisierung bleibt <b>Entwicklung der Haushalte</b> Josef Fischer, Leipzig	<b>19</b>	Vieles wird kleiner	
Tübingen mit höchster Dichte, Berlin liegt absolut vorne <b>Studierende in Deutschland</b> Heidrun Schellbach, Leipzig	<b>20</b>	Uni-Schwerpunkte	
Kenntnis des Spezialisierungsgrades ist wichtig <b>Standortanalyse der IuK-Wirtschaft</b> Manfred Steincke, Hannover	<b>24</b>	IuK-Städtevergleich	
Gefährliche Städte: Frankfurt, Hannover, Düsseldorf <b>Städtevergleich Kriminalität 2006</b> Peter Dütthorn, Leipzig	<b>27</b>	Kriminalitäts-Städtevergleich	
15 000 leere Wohnungen verlangen Handeln <b>Erfurter Umzugsmanagement</b> Norman Bulenda, Eberhard Schubert, Erfurt	<b>29</b>	Statistiken unterstützen Aktionen	
Städtevergleich/ Vorgehensweise/ benötigte Daten <b>Entwicklung industriell geprägter Talstädte</b> Christian Strähler, Hagen	<b>61</b>	Wuppertal, Siegen, Saarbrücken, Hagen, Gera	

<b>Statistik Inter-national</b>	Urban Audit und VDSt	Erste koordinierte Europa-Befragung <b>Lebensqualität in europäischen Städten</b> Ulrike Schönfeld-Nastoll, Oberhausen	Seite <b>5</b>
	Liegt es an mangelhafter Statistik?	Verfassung und Baurecht bleiben Theorie <b>Wohnen in El Salvador: Bittere Wirklichkeit</b> Thorsten Heitkamp, Dortmund	<b>31</b>
	Für Viele phantastisch	Als der Herr Fünf die Dame Juli trug <b>Zahlen als Götter</b> Jürgen Seitz, Bonn	<b>34</b>
	Eine bedenkliche Entwicklung?	Transnationale Mobilität trifft Deutschland <b>Exodus der hochqualifizierten Deutschen?</b> Michael Haußmann, Stuttgart	<b>36</b>

Bundestagswahl 1957: Eine einmalige Wahl?! <b>Zenith der Ära Adenauer</b> Ulrich Naumann, Bonn	Seite <b>41</b>	So siegte der Alte	<b>Rückblicke</b>
Von der Betriebszählung bis zur Laufzettelregelung <b>Statistische Themen 1907 – 1932 – 1957</b> Martin Schlegel, Hagen	<b>78</b>	Frühere Themen	

<b>Methodik</b>	Eine praktische Sache	Arbeitshilfe zur Nutzung von Urban Audit-Daten <b>Urban Audit und das „Dashboard“-Tool</b> Antje Seidel-Schulze, Berlin	Seite <b>51</b>
	Beachtenswerte Anregungen	Erinnerung bei postalischen Umfragen <b>Das Problem Rücklaufquote</b> Sören Petermann, Halle	<b>54</b>
	Probleme unterschiedlicher Datenquellen	Seit 1994 über 11 000 neue Wohnungen in Erfurt <b>Zwei Quellen der Bautätigkeitsstatistik</b> Rainer Schönheit, Erfurt	<b>55</b>
	Ein Blick hinter die Difu-Kulissen	Ein schwieriges Statistikfeld <b>Kommunen werden befragt</b> Michael Bretschneider, Berlin	<b>57</b>

Statistik im Sommerloch – Zeitungs-Oskar <b>Hohe Ehrung auf internationalem Parkett</b> Martin Schlegel, Hagen	Seite <b>67</b>	Großes Lob	<b>Internes</b>
Von der „Holstenstadt tom Kyle“ zur „Welthauptstadt des Segelns“ <b>Willkommen zur Statistischen Woche</b> Eyk-Röttger Naeve, Kiel	<b>68</b>	Auf nach Kiel	
Drittes Treffen der Ex – AG <b>Wismut, BUGA, Greiz ... und Statistik</b> Horst W. Schmollinger, Berlin	<b>69</b>	Nach Gera	
Dix, Drechsler, Hertie, Höhler, Sorge, Torhaus <b>Gera – die Überraschung</b> Martin Schlegel, Hagen	<b>75</b>	Noch einmal Gera	
<b>20 Jahre „Stadtforschung und Statistik“</b> Horst-Jürgen Wiene, Bochum	<b>76</b>	S+S feiert?	
Bilder malen und Künstliche Intelligenz <b>Neue über sich</b> Claudia Horch, Essen, Thomas Nirschl, Nürnberg/Fürth	<b>77</b>	Einige Eindrücke	
<b>Der Bart ist weg</b> Martin Schlegel, Hagen	<b>77</b>	Erfurt	

<b>Streiflichter</b>	Zahl des Jahres 2007	<b>Eine Zahl – mehr nicht!</b>	Seite <b>40</b>
	Kein Vorbild	<b>Kreative Zählung</b>	<b>56</b>
	MdB-Statistik	<b>Lustiger Bundestag</b>	<b>66</b>
	Unglaublich	<b>Schwarze und Schule</b>	<b>75</b>
	Redensart	<b>Ich glaube</b>	<b>76</b>
	Fehler	<b>Da fehlte etwas</b>	<b>79</b>

Editorial <b>Im Schatten des Regenbogen</b>	Seite 1	?	<b>Rubriken</b>
Bevor der Ernst beginnt <b>Umwelt-Prozente mit Erfolgsgarantie</b>	<b>4</b>	Unglaublich?	
<b>Impressum</b>	<b>23</b>	Namen	
<b>Autorenverzeichnis</b>	<b>80</b>	Fehlen Sie hier?	

# Umwelt-Prozente mit Erfolgsgarantie

Martin Schlegel, Hagen

Am 9. März 2007 haben die EU-Regierungschefs weitreichende Beschlüsse zum Klimaschutz gefasst. Das geschah gegen erheblichen Widerstand etlicher Länder, dennoch aber wurden die Beschlüsse als verbindlich bezeichnet. Beispielsweise muss der Ausstoß von Treibhausgasen im Jahr 2020 um 20% unter dem von 1990 liegen. Doch gelten diese 20% nicht für jedes Land, sondern für die gesamte EU. Das eine Land kann weniger tun, das andere mehr.

In der EU-Kommission wurde anschließend lange darüber geredet, wie bei unterschiedlichen Prozentwerten ein geeigneter Wert ermittelt werde. Man einigte sich auf ein Verfahren, das Industriekommissar Verheugen als „Sukzessiv aufsteigender Mittelwert mit gleicher Gewichtung“ bezeichnete.

Dabei wird im Jahr 2020 festgestellt, wie viel Prozent jeder Staat eingespart hat. Diese 27 Daten werden der Größe nach geordnet. Dann wird sukzessiv das arithmetische Mittel berechnet, also nicht in einem Schritt, sondern immer paarweise. Zuerst wird das Mittel der kleinsten zwei Werte berechnet. Das Ergebnis wird mit dem nächstgrößeren Wert gemittelt usw. Das geschieht so lange, bis auch der 27. Wert eingeflossen ist. Liegt dieses Ergebnis oberhalb von 20%, wäre die EU wieder einmal ungemein erfolgreich. Die EU-Kommissare sind recht optimistisch.

Die EU-Kommission hätte gerne den Brief von EUROSTAT behandelt, in dem energisch von dem Verfahren abgeraten wurde. Doch leider kam das Schreiben einen Tag zu spät. „Das liegt an uns“, bekannte der Chef der Hauspost - und wurde postwendend befördert.

# Lebensqualität in europäischen Städten

Ulrike Schönfeld-Nastoll, Oberhausen

## Das Projekt

Urban Audit ist eine europaweite Datensammlung zur städtischen Lebensqualität. Fast 300 Städte, darunter 40 deutsche, beteiligen sich an diesem Projekt. Es werden 340 statistische Merkmale aus allen Lebensbereichen auf Gesamtstadtebene erhoben; ergänzt werden sie durch Angaben für städtische Regionen und für Stadtteile. Einbezogen werden demografische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und umweltspezifische Aspekte. Aufgrund der wachsenden Bedeutung städtebezogener EU-Politik wurde Urban Audit zu einer ständigen Aufgabe im Europäischen Statistischen System erhoben. Die Datenerhebung findet alle 3 Jahre statt.

Für 2007 steht eine neue Datenerhebung an. Sie wird, wie bereits 2004, um eine Bürgerbefragung in ausgewählten Städten, darunter sieben deutsche (Berlin, Hamburg, München, Essen, Dortmund, Frankfurt (Oder), Leipzig), ergänzt. Dadurch wird es möglich, die quantitativen Daten den subjektiven Angaben der Bürgerinnen und Bürger gegenüberzustellen. Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel sind nicht alle Urban Audit Städte in die Befragung einbezogen.

Die Städtegemeinschaft Urban Audit und der Verband Deutscher Städtestatistiker haben aufgrund des großen

Interesses an vergleichbaren Bürgerumfragen die „Arbeitsgemeinschaft Koordinierte Umfragen zur Lebensqualität“ gegründet. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, städteweit koordinierte Bürgerumfragen mit dem Fragenkatalog der EU durchzuführen. 15 Städte der Arbeitsgemeinschaft beauftragten Ende November 2006 – parallel zur EU-Befragung – das Markt- und Sozialforschungsinstitut IFAK aus Traunstein mit der Durchführung dieser Telefonumfrage. Die Umfragedaten liegen jetzt vor. Erste Ergebnisse wurden auf der Statistischen Frühjahrstagung in Gera im März 2007 dem Fachpublikum vorgestellt.

Neben den Umfrageergebnissen der deutschen Städte besteht erstmals auch die Möglichkeit, aus der EU-Befragung Ergebnisse der anderen europäischen Städte in die Analyse mit einzubeziehen.

## Der EU-Fragenkatalog

Insgesamt wurden 23 Fragen zu drei Themenkomplexen gestellt. Im ersten Komplex wurde die Zufriedenheit mit der städtischen Infrastruktur und den kommunalen Dienstleistungen abgefragt. Hierzu zählen zentrale Bereiche wie Verkehr, Schule, Gesundheitswesen oder auch der Freizeitbereich mit Grünflächenangebot, Sportmöglichkeiten,

kulturellen Einrichtungen und Internetangeboten. Im zweiten Komplex steht die persönliche Einschätzung der Befragten bezüglich des Arbeitsmarktangebotes, der Wohnungsver-sorgung und der Umweltproblematik im Vordergrund. Es folgen Fragen zur Integration von Ausländern, zur bürgernahen Verwaltung und dem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Ferner wird nach der Zufriedenheit in der jeweiligen Stadt zu wohnen und deren Zukunftsaussichten gefragt. Im dritten Fragenteil stehen Fragen zur eigenen finanziellen Situation und zum Sicherheitsempfinden im Mittelpunkt der persönlichen Bewertung.

## Ausgewählte Ergebnisse

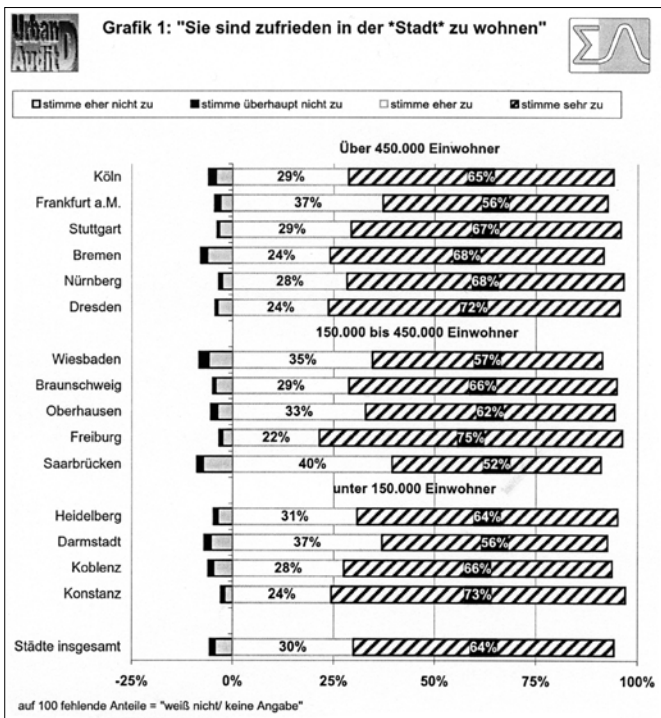
Insgesamt wurden in den 15 deutschen Städten die Meinungen von 10.700 Bürgerinnen und Bürgern erfragt. Grafik 1 zeigt die Gesamtzufriedenheit der Befragten mit ihrer Stadt im Überblick der beteiligten Städte, sortiert nach drei Größenklassen. Hier zeigen sich kaum Unterschiede in der Bewertung – durchschnittlich 9 von 10 Befragten leben gern in Ihrer Stadt. (Grafik 1)

Bei der Frage nach der Zukunftsperspektive, also was die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten fünf Jahren erwarten, sehen die Erwartungen weni-

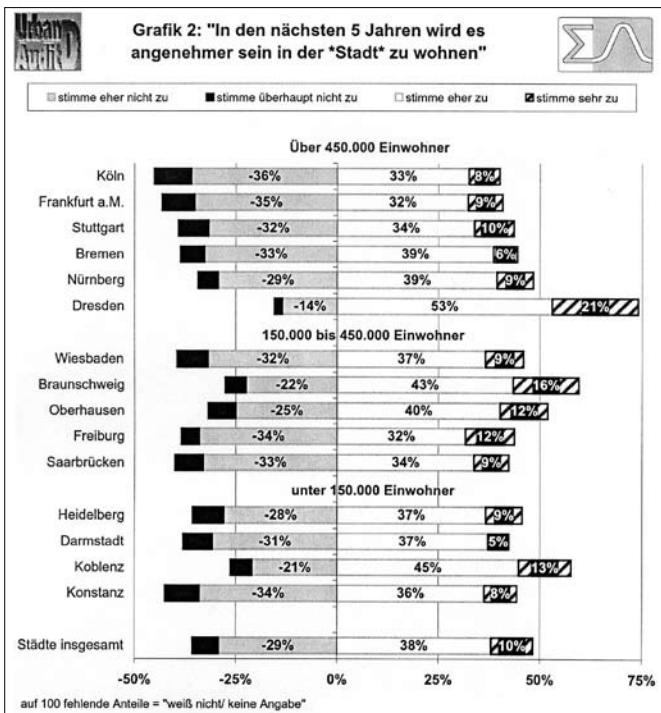
**Persönliche  
Einschätzungen**

**Zufriedenheit und  
Sicherheit**

**23 Fragen**



Quelle: VDSU KOSIS-Verband - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006



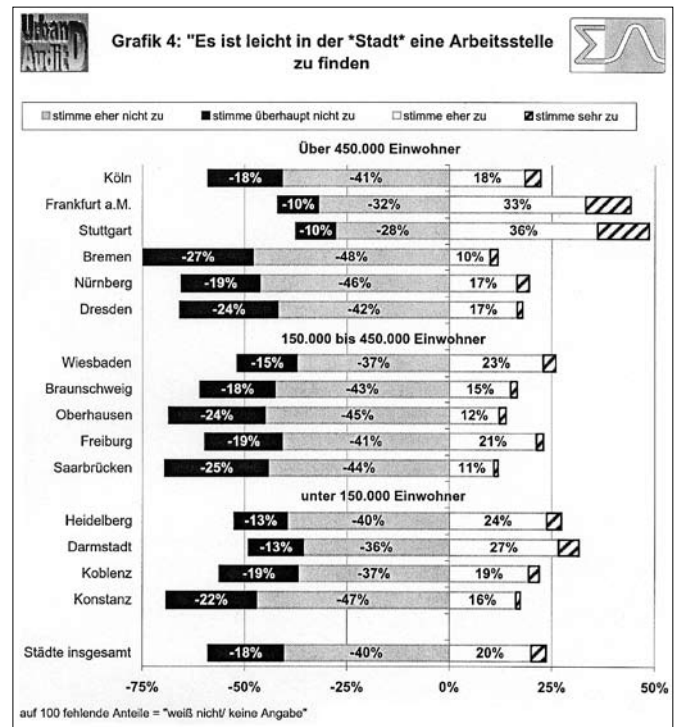
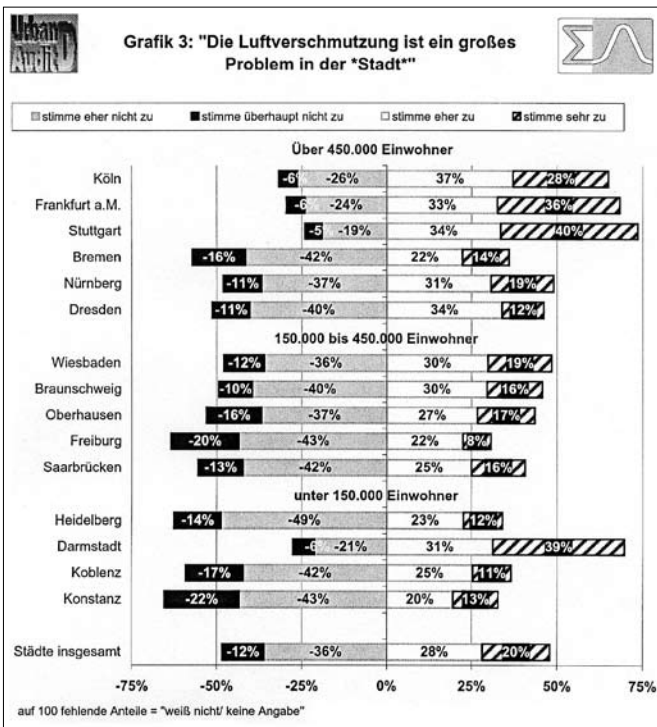
Quelle: VDSU KOSIS-Verband - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006

ger optimistisch aus: Ein Drittel der Bewohner/innen geht davon aus, dass es keine positiven Veränderungen geben wird. Knapp die Hälfte glauben eher, dass es nicht angenehmer werden wird und fast 15 % wagen erst gar keine Prognose für die nächsten 5 Jahre. Diese eher zurückhaltende Einschätzung wird allerdings von den Befragten in drei Städten nicht geteilt. Bei den Großstädten über 450.000 Einwohner beurteilen die Dresdener die zukünftige Entwicklung ihrer Stadt deutlich positiver als dies bei den anderen Großstädten dieser Größenklasse der Fall ist. Bei den Städten zwischen 150.000 und 450.000 Einwohner sind die Erwartungen der Braunschweiger deutlich optimistischer, was die Entwicklung ihrer Stadt anbelangt. Bei den Städten unter 150.000 Einwohner sehen die Befragten aus Koblenz mehrheitlich positive Anzeichen für die Entwicklung ihrer Stadt. (Grafik 2)

Zu den eher als kritisch beurteilten Lebensbedingungen gehört die Luftverschmutzung. Knapp die Hälfte aller Befragten stimmt zu, dass Luftverschmutzung ein großes Problem in ihrer Stadt ist. Dieses Ergebnis verwundert nicht, in Anbetracht der aktuellen Diskussionen in allen Medien über Maßnahmen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Als besonders stark von diesem Problem betroffen, äußern sich die Bewohner/innen in den Städten Köln, Frankfurt a.M. und Stuttgart. In Bremen wird die Lebensqualität nach Einschätzung der Bewohner/innen im Vergleich zu den anderen Großstädten deutlich weniger durch dieses Umweltproblem beeinträchtigt. Bei der Gruppe der Städte zwischen 150.000 und 450.000 Einwohnern

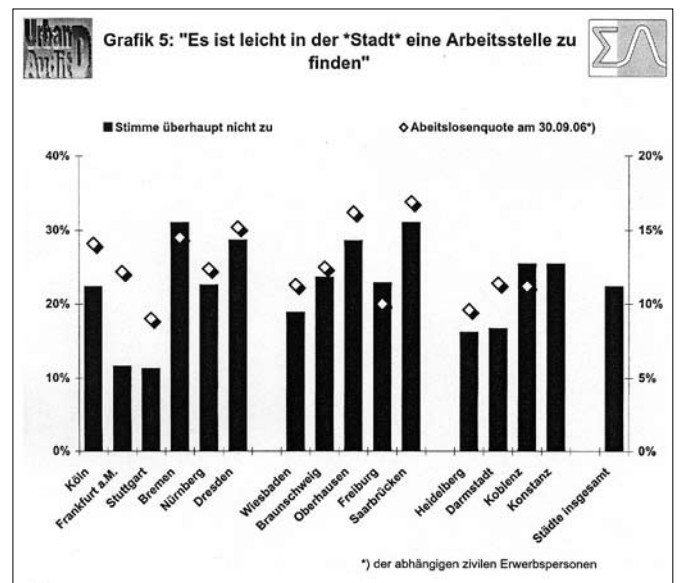
ist es insbesondere die Stadt Freiburg, die einen unterdurchschnittlichen Wert im Vergleich zu den Städten dieser Größenklasse aufzeigt. Bei den Städten unter 150.000 Einwohner fällt besonders Darmstadt mit einem sehr hohen Wert (vergleichbar zu Frankfurt a.M.) bezüglich der Beurteilung der Luftverschmutzung als besonderes Problem auf. Dies dürfte mit der Lage der Stadt im Rhein-Main-Gebiet zusammenhängen. (Grafik 3)

Für die Beurteilung des Arbeitsmarktes kann als ein Indikator die Frage herangezogen werden, ob es leicht ist, in der jeweiligen Stadt eine Arbeitsstelle zu finden. Auch dieser Lebensbereich gehört zu den als sehr kritisch eingeschätzten Bereichen, denn nur ein knappes Viertel der Befragten stimmt dieser positiven Aussage zu. Die Bürgerinnen und Bürger der beiden Großstädte Frankfurt a.M. und Stuttgart schätzen die Arbeitsmarktsituation in ihrer Stadt dagegen deutlich positiver ein. Hier gehen knapp die Hälfte der Befragten davon aus, dass es leicht ist, in ihrer Stadt einen Arbeitsplatz zu finden. Wie Grafik 4 zeigt, sind die Probleme am Arbeitsmarkt weniger ein Problem der Größe einer Stadt als vielmehr der jeweiligen Wirtschaftsstruktur. Ein Beispiel für eine stark vom Strukturwandel betroffene Stadt ist die Stadt Oberhausen. Mit dem Niedergang der Montanindustrie hat die Stadt insgesamt 45.000 Arbeitsplätze verloren, die nur teilweise durch den eingeleiteten Strukturwandel kompensiert werden konnten. Fast 70 % der Bewohner/innen gehen davon aus, in dieser Stadt nicht problemlos eine Arbeitsstelle finden zu können.



Bei der Fragestellung zur Arbeitsmarktsituation bietet es sich an, die subjektiven Einschätzungen den objektiven Daten aus der Urban Audit Datensammlung gegenüberzustellen. Beispielhaft wurden die Arbeitslosenquoten der abhängigen zivilen Erwerbspersonen hinzugezogen. In Grafik 5 wurde diese Arbeitslosenquote in Kombination mit der Aussage „Stimme überhaupt nicht zu, dass es leicht ist in der Stadt eine Arbeitsstelle zu finden“ dargestellt. Mit Ausnahme der Städte Frankfurt a.M. und Stuttgart, für die ja eine deutlich positivere Einschätzung des Arbeitsmarktes abgegeben wurde, gibt es eine hohe Übereinstimmung zwischen der subjektiven Bewertung der Befragten und der amtlichen Arbeitslosenzahl.

Zur Zeit bereitet die „Arbeitsgemeinschaft Koordinierte Bürgerumfrage zur Lebensqualität“ eine gemeinsame Analyse der Gesamtergebnisse aller beteiligten Städte vor. In einem zweiten Schritt sollen auch die Ergebnisse der anderen europäischen Städte mit einbezogen werden.



# Berufs- statt Feierabend- parlamente?

Marion Reiser, Halle

**Leitbild:  
Politik als Ehrenamt**

**Überprüfung der  
Professionalisierung**

**3 Indikatoren**

Auf der lokalen Ebene in Deutschland ist nach wie vor das Leitbild des ehrenamtlichen Feierabendpolitikers verankert. Aber insbesondere in Großstädten ist ein stetiger Anstieg der Komplexität der Aufgaben und des Zeitaufwands der formal ehrenamtlichen Ratsmitglieder zu beobachten. Studien in der kommunalwissenschaftlichen Forschung thematisieren bereits seit den 1960er Jahren, dass der Zeitaufwand für die Ausübung eines Mandats in einer Großstadt bei 20 bis sogar 60 Stunden pro Woche liegt. Aufgrund dessen wird in der Literatur bisher sehr pauschal und allgemein geschlussfolgert, dass ein Mandat in einer Großstadt nicht mehr ehrenamtlich auszuüben ist und sich die Kommunalparlamente mit ihren Mandatsträgern de facto professionalisieren. Inwiefern diese Vermutung zutrifft, wurde im Rahmen der Arbeit „Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik“ (Reiser 2006; vgl. auch Reiser 2007) erstmalig systematisch untersucht. In der folgenden Analyse stehen die zwölf deutschen Großstädte mit mehr als 400.000 Einwohnern im Fokus: Entwickeln sich die kommunalen Vertretungskörperschaften von Feierabend- zu Berufsparlamenten? Wie hat sich die Professionalisierung in den zwei Jahrzehnten seit 1984 entwickelt und wie hoch ist der Professionalisierungsgrad in den deutschen Großstädten aktuell?

Unter Professionalisierung wird hier im Sinne Max Webers die Verberuflichung, also der Wandel vom Leben „für“ zum Leben auch „von der Politik“ (Weber 1994) verstanden. Ein Amt in einem (Kommunal-)Parlament ist demnach dann als professionalisiert zu betrachten, wenn es ein konkurrenzfähiges Einkommen bietet und aufgrund der zeitlichen Belastung eine andere berufliche Tätigkeit ausschließt bzw. stark einschränkt. Eine professionalisierte Institution zeichnet sich durch einen hohen Anteil hauptberuflicher Mitglieder (Mandatsträger und Mitarbeiter), zeitaufwendige Verfahren und durch ein im Vergleich zu Amateurinstitutionen höheres Budget aus. Anlehnend an die amerikanische Professionalisierungsforschung wurden zur Untersuchung des Professionalisierungsgrades von Amt und Institution drei Indikatoren entwickelt:

1. der Zeitaufwand für die Ratsarbeit und die zeitliche Lage der Sitzungen,
2. die Aufwandsentschädigung der Stadträte und
3. die Kosten für das Kommunalparlament pro Stadtrat und damit zusammenhängend die personellen und sachlichen Ressourcen der Fraktionen.

Diese drei Indikatoren stehen jedoch nicht unabhängig nebeneinander, sondern sind vielmehr aufeinander bezogen und bedingen sich gegenseitig:

So können die Stadträte durch den hohen Zeitaufwand, den ein Mandat in einer Großstadt erfordert, kaum oder nur sehr schwer das Mandat mit ihrem eigentlichen Beruf vereinbaren. Dadurch entsteht ein Professionalisierungsdruck, dem grundsätzlich auf zwei Arten begegnet werden kann: Entweder der einzelne Stadtrat erhält ein Einkommen und damit die Befreiung vom eigentlichen Beruf und gleichzeitig Zeit für das Mandat oder das einzelne Ratsmitglied wird in der Mandatsarbeit von Mitarbeitern unterstützt und dadurch zeitlich entlastet.

Im Folgenden werden der Professionalisierungsprozess und der Professionalisierungsgrad der Kommunalparlamente anhand der entwickelten Indikatoren „Zeitaufwand und zeitliche Lage der Sitzungen“, „Entschädigung“ und „Kosten für das Kommunalparlament“ untersucht. Als Referenzfall, zur Einordnung der Höhe des Professionalisierungsgrads dient die Bürgerschaft des Stadtstaats Hamburg, die seit 1995 formal ein teilprofessionalisiertes Parlament ist.

## **Zeitaufwand für die Ratsarbeit**

Die Analyse zum *Zeitaufwand* zeigt, dass die Stadträte für die Vorbereitung und Teilnahme an Sitzungen sowie für Repräsentationstermine durchschnittlich

25 bis 35 Stunden, die Fraktionsvorsitzenden sogar 40 bis 60 Stunden pro Woche benötigen. Dabei zeigt sich, dass es bei dem Zeitaufwand für die Teilnahme an *Sitzungen* in erster Linie Unterschiede *zwischen* den Städten gibt, die sich vor allem durch die unterschiedliche Sitzungshäufigkeit der Ratsversammlungen und Ausschusssitzungen erklären. Die Stuttgarter Stadträte haben dabei den höchsten und die Leipziger und Dresdner Stadträte den niedrigsten wöchentlichen Zeitaufwand für Sitzungen. Hinsichtlich der *Repräsentationstermine* und der *Vorbereitung* zu den Sitzungen gibt es hingegen durchschnittlich kaum Unterschiede zwischen den Städten, sondern vor allem *innerhalb* der Städte. Diese individuellen Differenzen lassen sich überwiegend auf das verfügbare Zeitbudget zurückführen: Personen mit einem höheren freien Zeitbudget wenden signifikant mehr Zeit für ihr Mandat auf als Vollzeitbeschäftigte.

Aber neben dem reinen Zeitaufwand ist die zeitliche Organisation der Ratsarbeit ein sehr entscheidendes Kriterium, ob sich ein Mandat in einer Großstadt ehrenamtlich ausüben lässt: Die Ratssitzungen beginnen in allen Großstädten in der Regel um 14 bzw. 15 Uhr. Große Unterschiede zeigen sich jedoch bei den Ausschusssitzungen: In den nord-, west- und ostdeutschen Städten fangen diese in der Regel nach 15 Uhr an, während die Ausschusssitzungen in den drei süddeutschen Städten München, Nürnberg und Stuttgart bereits um 9 Uhr am Morgen oder um 13 Uhr am frühen Nachmittag beginnen und damit während der üblichen Arbeitszeit stattfinden. Dies er-

schwert die Vereinbarkeit von Beruf und Mandat und erhöht den Professionalisierungsdruck für die Stadträte.

Insgesamt betrachtet, lässt sich somit für die deutschen Großstädte zusammenfassen, dass der Zeitaufwand bereits mindestens eine Halbtagsbeschäftigung erreicht hat und es insbesondere in den süddeutschen Städten aufgrund der zeitlichen Lage der Sitzungen sehr schwierig erscheint, das Mandat ehrenamtlich auszuüben.

### Aufwandsentschädigung der Stadträte

Der zweite Indikator ist die *Entschädigung* der Ratsmitglieder (siehe Tabelle 1). Dieser Indikator kann Aussagen darüber machen, wie professionalisiert das Amt ist und ob das Ratsmitglied zumindest teilweise davon leben kann. Als monatliches Einkommen der Mandatsträger werden die Aufwandsentschädigungen und die Sitzungsgelder zu Grunde gelegt. Durchschnittlich erhält ein Ratsmitglied in einer deutschen Großstadt monatlich 1.001 Euro. Allerdings zeigen sich bei den Auf-

wandsentschädigungen sehr große Unterschiede zwischen den deutschen Großstädten: Die Hannoveraner Ratsherren und -frauen erhalten mit 466 Euro die geringste Aufwandsentschädigung. Die höchsten Aufwandsentschädigungen bekommen die Stadträte in München mit 2 100 Euro und jene in Stuttgart mit sogar monatlich 2 460 Euro. Damit liegen die Stuttgarter sogar über den Diäten der Hamburger Bürgerschaft, die eine Diät von 2 303 Euro erhalten (sofern man die Kostenpauschale unberücksichtigt lässt). Die Fraktionsvorsitzenden erhalten in der Regel eine erhöhte Entschädigung, die in Nürnberg bei knapp 3 000 Euro und in Stuttgart bei ca. 3 600 bis 3 800 Euro liegt, während sie in Dresden mit 700 Euro, Leipzig mit 920 Euro und Hannover mit 931 Euro eher niedrig ausfällt. Neben der reinen Höhe der Aufwandsentschädigung differiert aber auch ihre Entwicklung im Zeitraum zwischen 1984 und 2006 sehr stark zwischen den deutschen Großstädten: Durchschnittlich stiegen die Entschädigungen um 30% an. Hannover ist die einzige Großstadt, in der die Entschädigung inflationsbereinigt gesunken ist. In allen an-

2 500 Euro pro Monat

Tabelle 1: Entschädigung der Ratsmitglieder

Stadt	Entschädigung inkl. Sitzungsgeld 2006	Grundentschädigung 2006	Grundentschädigung 1984 (inflationsbereinigt)	Veränderung der Entschädigung
Dortmund	650 Euro	402 Euro	351 Euro	+ 14,5%
Dresden	600 Euro	400 Euro		
Duisburg	650 Euro	402 Euro	351 Euro	+ 14,5%
Düsseldorf	650 Euro	402 Euro	351 Euro	+ 14,5%
Essen	650 Euro	402 Euro	351 Euro	+ 14,5%
Frankfurt	895 Euro	895 Euro	684 Euro	+ 30,8%
Hannover	466 Euro	466 Euro	538 Euro	- 15,5%
Köln	650 Euro	402 Euro	351 Euro	+ 14,5%
Leipzig	770 Euro	330 Euro	-	
München	2.059 Euro	2.059 Euro	1.353 Euro	+ 52,2%
Nürnberg	1.510 Euro	1.510 Euro	1.315 Euro	+ 14,8%
Stuttgart	2.460 Euro	1.200 Euro	601 Euro	+ 99,7%
Durchschnitt	1.001 Euro	739 Euro	625 Euro	+ 30,2%
Hamburg	3.209 Euro (inkl. Kostenpauschale)	2.303 Euro	1.127 Euro	+ 104,3%

Quelle: Reiser 2007

## Die Unterschiede wachsen

deren deutschen Großstädten stieg die Entschädigung an, allerdings unterschiedlich stark: Am stärksten zeigt sich der Professionalisierungsprozess in München, wo die Entschädigung um 52% anstieg, und vor allem in Stuttgart, wo sich die Aufwandsentschädigung inflationsbereinigt sogar verdoppelt hat. Insgesamt betrachtet, haben sich die Entschädigungen in den deutschen Großstädten im Zeitraum zwischen 1984 und 2006 nicht aneinander angeglichen, vielmehr sind die Unterschiede zwischen den Städten im Jahr 2006 noch größer als im Vergleichsjahr 1984.

## Verberuflichung

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Entschädigungen in den Großstädten eine sehr große Spannweite aufweisen: Die Höhe der Aufwandsentschädigung in Städten wie Hannover und Leipzig spricht dafür, dass es sich dabei tatsächlich um eine Entschädigung für die Aufwendungen handelt – so wie es in den Gemeindeordnungen der Bundesländer festgeschrieben ist. In Städten wie Stuttgart und München haben die Entschädigungen hingegen eine Höhe erreicht, die sehr eindeutig auf eine Verberuflichung schließen lässt, da die Ratsmitglieder zumindest teilweise davon leben können.

Tabelle 2: Kosten der Kommunalparlamente

	Aufwendungen 2006	Aufwendungen 1984 (inflationsbereinigt)	Veränderung
Dortmund	16.167 Euro	14.260 Euro	+ 13,2%
Dresden	8.503 Euro		
Düsseldorf	22.684 Euro	10.522 Euro	+ 115,6%
Duisburg	17.101 Euro	9.019 Euro	+ 89,6%
Essen	21.365 Euro		
Frankfurt	30.612 Euro	17.287 Euro	+ 77,8%
Hannover	18.838 Euro	24.051 Euro	- 27,7%
Köln	30.485 Euro		
Leipzig	14.330 Euro		
München	17.448 Euro	12.777 Euro	+ 36,6%
Nürnberg	5.700 Euro	5.261 Euro	+ 8,3%
Stuttgart	18.294 Euro	6.012 Euro	+ 204,3%
Durchschnitt	18.461 Euro	12.401 Euro	+ 48,0%
Hamburg	26.682 Euro		

Quelle: Reiser 2007

## Kosten der Kommunalparlamente

Neben den Aufwandsentschädigungen für die Stadträte erhalten die Fraktionen in den Stadtparlamenten zur Ausübung der Fraktionsgeschäfte und zur Unterstützung der Ratsmitglieder Zuwendungen (siehe Tabelle 2). Diese *Kosten der Kommunalparlamente* pro Jahr pro Ratsmitglied sind der dritte Indikator zur Analyse des Professionalisierungsgrads. Insgesamt betrachtet, zeigt sich auch bei den Aufwendungen für die Fraktionsgeschäftsstellen eine breite Streuung zwischen den deutschen Großstädten. Die Frankfurter und Kölner Fraktionen erhalten mit mehr als 30 000 Euro pro Jahr pro Ratsmitglied sogar höhere Aufwendungen als die Fraktionen in der Bürgerschaft Hamburg. Nürnberg auf der anderen Seite hat lediglich ein Budget von weniger als 6 000 Euro pro Ratsmitglied. Im Zeitraum zwischen 1984 und 2006 stiegen die Fraktionszuwendungen in den zwölf Großstädten durchschnittlich um 48% an. Ebenso wie bei den Aufwandsentschädigungen haben sie sich in den einzelnen Städten jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Zuwendungen in Hannover inflationsbereinigt um über 27% zurückgingen, professionalisierten sich einzelne Städte besonders stark: So stiegen die Zuwendungen in Frankfurt um knapp 78% und in Düsseldorf um mehr als 115% an. Am stärksten ist der Zuwachs in Stuttgart, wo sich das Budget um fast 205% erhöhte.

Die Höhe der Aufwendungen hat auch einen Einfluss auf die *personelle und sachliche Ausstattung* der Fraktionsgeschäftsstellen. Die beiden

Extrempositionen bei der personellen Ausstattung nehmen Frankfurt am Main und Nürnberg ein: So hat beispielsweise die CDU-Fraktion in Frankfurt (36 Mitglieder) 13 Fraktionsmitarbeiter beschäftigt, während die CSU-Fraktion in Nürnberg (32 Mitglieder) lediglich 2,5 Stellen in der Fraktionsgeschäftsstelle hat. Neben der reinen Anzahl unterscheidet sich vor allem aber die Qualität der Mitarbeiter zwischen den Städten. Die Studie zeigt, dass sich aufgrund dieser unterschiedlichen Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen zwei verschiedene Unterstützungsarten herausgebildet haben: In Städten wie in Nürnberg und in Stuttgart können die Ratsmitglieder von den Fraktionsmitarbeitern aufgrund der geringeren personellen Ausstattung lediglich in organisatorischen Dingen unterstützt werden. Im Gegensatz dazu haben die Fraktionen in Frankfurt, Hannover und auch in Leipzig relativ große Fraktionsgeschäftsstellen, so dass die Mitarbeiter nicht nur organisatorisch, sondern vor allem inhaltlich zuarbeiten können. Dabei sind die Fraktionen in diesen Städten ähnlich wie die Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag nach dem Arbeitsgruppenprinzip organisiert. Über Art und Umfang der personellen Unterstützung hinaus zeigt sich bei den Fraktionsgeschäftsstellen in Frankfurt, Leipzig und auch Nürnberg ein Muster, das sich auch bereits bei Professionalisierungsprozessen auf den höheren Ebenen des politischen Systems gezeigt hat: Es gibt häufig Stadträte, die in ihren eigenen Fraktionen als Fraktionsgeschäftsführer oder -mitarbeiter angestellt und damit hauptberuflich für ihre Fraktion tätig sind.

Betrachtet man die drei untersuchten Indikatoren in einer Gesamtschau, zeigt sich erstens (vgl. Abbildung 1), dass der Professionalisierungsgrad in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich hoch ist: Dresden hat das am niedrigsten professionalisierte Kommunalparlament in Deutschland. Die Kommunalparlamente in Leipzig, Hannover und in den nordrhein-westfälischen Städten Duisburg und Dortmund sind ebenfalls eher niedrig professionalisiert. Stuttgart hingegen hat das am höchsten professionalisierte Stadtparlament Deutschlands, gefolgt von den Kommunalparlamenten in München, Frankfurt und Köln. Mit Ausnahme von Hannover stieg der Professionalisierungsgrad in den deutschen Großstädten im Zeitraum zwischen 1984 und 2006 inflationsbereinigt an.

Somit zeigt die Analyse, dass in den deutschen Großstädten ein Professionalisierungsprozess in den vergangenen zwei Jahrzehnten stattgefunden hat.

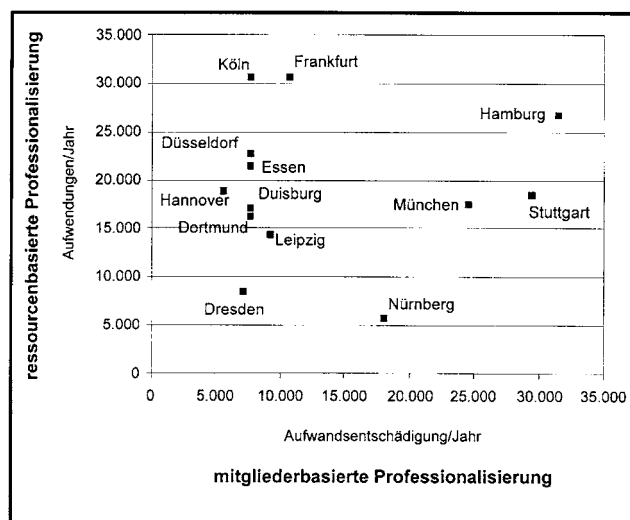
Zweitens ist zu konstatieren, dass sich in den deutschen Großstädten zwei unterschiedliche Professionalisierungsarten herausgebildet haben:

Zum einen die *mitgliederbasierte Professionalisierung*, die sich dadurch auszeichnet, dass in erster Linie die politischen Ämter professionalisiert sind. Beispiele hierfür sind Nürnberg und Stuttgart.

Zum anderen die *ressourcenbasierte Professionalisierung*, bei der die Institution vor allem durch professionelle Mitarbeiterstäbe und weitere Ressourcen professionalisiert ist. Diese Professionalisierungsart findet sich beispielsweise in Hannover und Frankfurt.

Bei diesen beiden unterschiedlichen Professionalisierungsarten handelt es sich zumindest teilweise um funktionale Äquivalente: Während das Ziel beider Professionalisierungsarten jeweils das gleiche ist, ist die konkrete Ausgestaltung der Zielerreichung unterschiedlich: So haben sich unterschiedliche Wege herausgebildet, um die Ratsaufgaben zu erfüllen. In den süddeutschen Städten findet sich die mitgliederbasierte und in den Städten Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens die ressourcenbasierte Professionalisierung. Der Vergleich der Jahre 1984 und 2006 zeigt zudem, dass diese unterschiedlichen Professionalisierungsarten bereits seit mindestens zwei Jahrzehnten vorhanden sind und sich seither nicht aneinander angeglichen haben. Bei den beiden ostdeutschen Städten Leipzig und Dresden ist hingegen interessanterweise (bisher noch) keine eindeutige Tendenz zu erkennen.

Insgesamt zeigt die Analyse zu Ausmaß und Entwicklung der Professionalisierung der Kommunalparlamente, dass der Professionalisierungsgrad der Stadtparlamente relativ hoch ist und zum Teil sogar an den Grad der semiprofessionellen Bürgerschaft in Hamburg heranreicht. Dabei sind jedoch nicht nur sehr große Differenzen im Grad und in der Entwicklung der Professionalisierung, sondern vor allem auch unterschiedliche Professionalisierungsarten in den verschiedenen Bundesländern zu erkennen. Die Kommunalparlamente in den deutschen Großstädten befinden sich also in einer Situation zwischen Feierabend- und Berufsparlament.



Quelle: Reiser 2007

Abbildung 1: Professionalisierungsgrad und -arten in den deutschen Großstädten

### Anmerkungen

Reiser, Marion (2007): Berufsparlament statt Feierabendparlament? Ein vergleichende Untersuchung der Kommunalparlamenten in deutschen Großstädten. In: Pähle, Katja/Reiser, Marion (Hrsg.): Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimität. Baden-Baden: Nomos, S.50-74.

Reiser, Marion (2006): Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weber, Max (1994): Politik als Beruf. In: Studienausgabe der Max Weber-Gesamtausgabe I/17, 35-88. [1919]. Hrsg. von Mommsen, Wolfgang J./Schluchter, Wolfgang. Tübingen: J.C.B. Mohr.

### Über Statistik:

Statistik ist eine Medizin gegen die Geschwätzigkeit der Politiker.

# Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht

Bruno Schmaus, Heidelberg

## Strategischer Indikator

Seit Jahrzehnten versuchen Raum- und Kommunalplaner, durch mehr oder weniger umfangreiche, retrospektive Indikatorensysteme die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen oder kulturellen Situationen und Entwicklungen ihrer Gebiete zu beschreiben und zu analysieren. Seit einigen Jahre gewinnen zusätzlich perspektivische Betrachtungen an Bedeutung. Nicht der analytische Indikator steht nun im Vordergrund sondern der „strategische“. Gewählte Repräsentanten oder ernannte Entscheidungsträger wünschen Zielgrößen und Benchmarks, an denen sie den Erfolg ihres Handels messen können. Das heißt, nicht der statistische Indikatorenwert ist der alleinig relevante, sondern ein zu erreichender Wert.

## Statistik und Controlling

Heidelberg hat sich im Rahmen ihrer Lokalen Agenda einerseits ein statistisches Berichtssystem und andererseits ein quantitatives Controllingsystem aufgebaut, das es den Beteiligten (Stadtrat und Verwaltung) erlaubt, kritische Handlungsfelder und dringenden Handlungsbedarf schnell zu erkennen. Im Folgenden wird dieses System, das kürzlich im Heidelberger Gemeinderat einstimmig verabschiedet wurde, auszugsweise vorgestellt.

Seit 1997 orientiert sich Heidelbergs Kommunalpolitik an den Zielen und Leitlinien des

Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 (STEP), der mit großer Mehrheit beschlossen worden war. Er ist zugleich Heidelbergs Lokale Agenda. Mit dem STEP wurde auf Initiative von Frau Oberbürgermeisterin Beate Weber auch ein Berichts- und Beobachtungssystem mitbeschlossen, um den Umsetzungsprozess regelmäßig zu überprüfen. Die Federführung für die Evaluation und das Controlling (Nachhaltigkeitsmonitoring) wurde dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik übertragen. Der erste umfassende Bericht wurde Ende 2001 vorgelegt und nach intensiver Beratung Mitte 2002 verabschiedet.

Durch den Umsetzungsbericht unter dem Titel „Wo stehen wir, was haben wir erreicht?“ wurde deutlich, dass die Verwirklichung der meisten Ziele, die einer nachhaltigen Stadtentwicklung dienen, auch bei einer erfolgsverwöhnten Stadt wie Heidelberg eine Daueraufgabe ist. Man muss auch in Heidelberg stets um den Erfolg ringen und darf sich durch Rückschläge nicht vom Weg abbringen lassen. Es ist deshalb wichtig, sich die Ziele immer wieder vor Augen zu führen und das Erreichte zu bilanzieren. Besonders im Interesse einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist eine ressourcenbewusste Steuerung städtischer Entwicklung und Erfolgssicherung erforderlich.

Mit dem zweiten Umsetzungsbericht unter dem Titel „Nachhaltigkeitsbericht 2004“ ist die Stadt einen neuen Weg gegangen. Beruhte die erste Untersuchung noch auf einer detaillierten Beschreibung von Erfolg und Lücken – die Langfassung umfasst knapp 200, die Kurzfassung rund 40 Seiten – so wurde die aktuelle einer deutlichen Schlankeitskur zugunsten der Transparenz und leichten Lesbarkeit unterzogen.

Der zweite Bericht basiert auf einem Katalog von 77 Indikatoren zu den neun Themenfeldern des Stadtentwicklungsplans, ergänzt um Kennziffern zum „Demographischen Wandel“. Dieser Zielbereich soll bei der anstehenden Fortschreibung des STEP darin zusätzlich aufgenommen werden.<sup>2</sup> Im Mittel wurde für die Bewertung eines Zielbereiches eine Seite benötigt. Das Ergebnis aus der Einzelindikatoren-Bewertung wurde in einem knappen Resümee und in einer Notenskala am Ende des jeweiligen Indikatorenblattes festgehalten.

Der Zielerfüllungsgrad bzw. die eingeschlagene Zielumsetzungsrichtung wird in Form der Ampel-Farben (Rot, Gelb, Grün) und mit Plus und Minus abgebildet. Bei Grün ist alles im Lot oder es zeichnet sich ein positiver Trend ab, bei Rot ist der Verlauf kritisch, möglicherweise sogar den Zielen

entgegengesetzt. Hier ist dann ein Entgegensteuern gefragt, soweit dies in den Händen der Stadt liegt. Der Bericht umfasst den Zeitraum 2000–2003 und schließt an den Vorgängerbericht, der den Zeitraum 1997–2000 abdeckt, an. Auf Basis dieses Vorschlages soll zukünftig alle zwei Jahre ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

im Rahmen eines programmbezogenen Monitoring kann ein zukunftsfähiger Einsatz immer knapper werdender öffentlicher Mittel sicher gestellt werden. In zunehmendem Maße werden Förderzusagen mit einer datengestützten Berichterstattung verbunden. Immer mehr Förderprogramme setzen bereits bei Antragstellung ein zuverlässiges Monitoring voraus.“<sup>5</sup>


### Heidelberger Indikatorenkatalog

Ziel des Heidelberger Indikatorenkatalog ist es, für alle Zielbereiche (Handlungsfelder) des Stadtentwicklungsplans Aussagen zu treffen. Dabei dienen die für die Prüfung der Nachhaltigkeit von Gemeinderatsvorlagen bereits zusammengestellten 85 Kurzziele als Grundlage. Nicht jedes Ziel konnte mit einem Indikator hinterlegt

Grafik 1

### Warum Indikatoren-systeme?

Was Indikatoren sind, ist hier nicht näher zu erklären.<sup>3</sup> Warum man aber Indikatoren zur Evaluation nicht nur aus dem Eigeninteresse der Statistik – sie leistet ja schließlich den größten Beitrag bei den Recherchen und der Fortschreibung – in das Alltagshandeln von Kommunen einführen sollte, bedarf schon eher einer Erörterung. Zahlreiche Städte haben in den letzten Jahren damit begonnen, in unterschiedlicher Tiefe und Ausrichtung ein Controlling auf Indikatorenbasis zur Stadtentwicklung aufzubauen. Dies kommt nicht von ungefähr, da die Vergabe von Fördermitteln immer mehr an eine entsprechende Erfolgskontrolle gekoppelt ist. „Kontinuierlich gepflegte Monitoringsysteme sind ein Gewinn für die kommunale Steuerung des Ressourceneinsatzes“, so der Städtebaubericht 2004 der Bundesregierung.<sup>4</sup> Nicht nur die lokalen Entscheidungsträger bekommen Steuerungsinformationen, sondern die Fördermittelgeber erhalten Maßstäbe für Erfolge von Förderprogrammen und Kriterien für die Mittelvergabe und Prioritätensetzung. Gerade wegen der dauerhaft knappen Ressourcen zahlt sich die Investition in eine Evaluation aus. „Nur durch datengestützte Erfolgskontrollen



Zielbereich  
Soziales

Ziel	Indikatoren	2000	2003	Differenz	Bewertung
SOZ 1 Armut bekämpfen Ausgrenzung verhindern	Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt je 1.000 Einwohner/innen <sup>1</sup>	27,5	22,7	-4,8 <sup>2</sup>	○
	... darunter Frauen in Prozent	56,2	54,3	-1,9 % Pt.	+
SOZ 2 Gewaltprävention	Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner/innen insgesamt	93,5	92,1	-1,4	+
	...ohne Diebstähle	47,5	46,6	-0,9	+
SOZ 3 Förderung von Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement	Zahl der Spender/innen bei der RNZ- Weihnachtsaktion	3.814	3.413 (2004)	-401	--
	Gespendete Summe in Euro	335.076	288.402 (2004)	-46.674	--
SOZ 5, AB 11 Bedarfsgerechtes und flexibles Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen  Vereinbarkeit Beruf und Erziehung	Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungsplätzen <sup>3</sup> für unter 3 Jährige in Prozent	9,4 (4/2001)	15,5 (3/2005)	6,1 % Pt.	++
	... 3-6 Jährige in Prozent	100,4 (4/2001)	99,4 (3/2005)	-1 % Pt.	++
	Grundschul Kinder mit Grundschul- oder Hortbetreuung in %	40,9 (4/2001)	48,0 (3/2005)	7,9 % Pt.	++
	Zahl der öffentlichen Grundschulen mit Ganztagsschulangebot	0	0 (2004)	0	○
	Zahl der öffentlichen, weiterführenden Schulen mit Ganztags-schulangebot	1	3 (2004)	2 <sup>5</sup>	+
SOZ 9 Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen	Anzahl der Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	54	57	3	+
	Hauptschüler/innen ohne Hauptschulabschluss	11	19 (2004)	8 <sup>5</sup>	○
	darunter: weiblich	4	4	0	
	ausländischer Nationalität	2	6	4	

werden, da eine Reihe von Zielen nicht oder nur schwierig in ihrem Umsetzungserfolg zu messen sind.

## Indikatorenwahl

Ausgewählt wurden solche Indikatoren, die für die Zielüberprüfung wichtig, aussagekräftig, verständlich, allgemeingültig, von geringer Komplexität sowie nachvollziehbar sind. Indikatoren, die mit einem zu hohem Erhebungsaufwand verbunden gewesen wären, deren periodische Erfassung nicht gesichert war, wurden nicht in den Katalog aufgenommen. Desgleichen wurde im ersten Schritt auf eine Einbindung weicher, subjektiver Bewertungen aus Umfragen verzichtet, obwohl sie für wichtig angesehen werden. Desgleichen wurde auch darauf geachtet, dass die Indikatoren soweit als möglich kommunal beeinflussbare Tatbestände wiedergeben.

## 20 Kernindikatoren

### Operationalisierungs- und Messprobleme...

...ergeben sich etwa dann, wenn ein Ziel kaum quantifizierbar ist, der Erhebungsaufwand unverhältnismäßig hoch ist, eine Maßzahl nur eine geringe Aussagekraft hat oder wenn die Akteure sich untereinander über den Indikator nicht einigen können. Im Kulturbereich, bei dem eine Erfolgskontrolle, vor allem wenn es um qualitative Aspekte geht, schwierig und umstritten ist, wurde deshalb hilfsweise auf Kennziffern aus dem Rechenschaftsbericht zurück gegriffen. Auch im Zielbereich „Regionale Kooperation“ stößt das Indikatorensystem an seine Grenzen, ebenso bei der Überprüfung der Fortschritte im Bereich Selbsthilfe/Bür-

## Treffsicherheit, Verfügbarkeit, Transparenz

erschaftliches Engagement. Schwer zu qualifizieren sind auch die Ziele des „Städtebaulichen Leitbildes“. So wurden etwa mit dem Antrag um Aufnahme in das Weltkulturerbe (UNESCO) oder mit der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung Handschuhsheim wichtige Fortschritte zur „Bewahrung der Einzigartigkeit von Stadt- und Landschaftsraum sowie des historischen Erbes der Stadtteile“ erarbeitet. Diese Hinweise schränken jedoch die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Indikatorensysteme nicht ein.

Von verschiedenen namhaften Institutionen (u.a. auch der BBR, FEST, KGSt, Lfu etc.) ist gemeinsam ein Katalog von Kernindikatoren für ein kommunales Berichtssystem entwickelt worden. Diese 20 Indikatoren bilden die große Bandbreite nachhaltiger Entwicklung ab. Analog gilt dies für die 24 vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelten Nachhaltigkeitsindikatoren. Sie sind in mehreren Projekten praxiserprobt und wurden für den kommunalen Alltag empfohlen.<sup>6</sup> Sie wurden nahezu zur Gänze in den Heidelberger Indikatorenkatalog aufgenommen.

### Strategisches Controllingsystem

Entscheidend für die Auswahl der Indikatoren war für die Verwaltung deren Treffsicherheit, rasche Verfügbarkeit und Transparenz. Die Berichterstattung in geringen Zeitabständen hatte Vorrang vor einer vertiefenden Betrachtung. Der Heidelberger Indikatorenkatalog und die gewählte Berichtsform befinden sich jedoch in einem beständigen Weiterentwick-

lungsprozess. Das zeigt schon die gegenwärtige Debatte im Gemeinderat. So fand die jetzige knappe Berichtsform, die Bewertung auf der Basis einer schmalen Zeitreihe ohne Langfristbetrachtung (Evaluation auf der Basis von nur zwei Zeitpunkten) sowie die bewusst wegen ihrer Strittigkeit (vorerst) ausgeklammerte Gewichtung der Indikatoren in der Vorlage nicht bei allen Gemeinderäten Gefallen. Hierzu wurden von der Verwaltung bereits Nachbesserungen angekündigt. Für maximal drei Handlungsfelder – so der Vorschlag der Verwaltung nach Anregungen aus dem Rat – die eine Schlüsselfunktion für die künftige Stadtentwicklung oder eine kritische Entwicklung aufweisen, wird in Ergänzung zum deskriptiv knappen Indikatorenbericht eine ausführlichere, ebenfalls auf Indikatoren zurückgreifende Analyse erstellt werden. Bei seiner Zustimmung zu der knappen Berichtsform hat der Gemeinderat eine ergänzende Vertiefung für die Bereiche Arbeit, Soziales und Demographischer Wandel vorgeschlagen. Eine entsprechende Ausarbeitung für den Zielbereich „Arbeiten“ lag dem Gemeinderat bei seinem Beschluss bereits vor, die Analyse für den Demographische Wandel ist in Bearbeitung.

Aus der Erfahrung mit der Implementierung des Heidelberger Indikatorenkatalogs und den Berichten aus anderen Städten ist eine bessere institutionelle Einbindung von Indikatorensystemen in Verwaltungsabläufe und politische Entscheidungsprozesse zu fordern. Die inhaltliche Weiterentwicklung ist nur durch die Beteiligung aller Akteure zu erreichen.

Mit der Evaluation ist eine politische Handlungsrelevanz verbunden, die nicht im Nachhinein schon in der Verwaltung scheitern darf.

Grundsätzlich stellt sich bei der Entscheidung, welcher Indikator herangezogen wird, um Nachhaltigkeit valide zu messen, die Frage nach dem „Nachhaltigkeitsverständnis“. Dass es so viele Spielräume in der Operationalisierung von Indikatoren gibt, ist vor allem auf das teilweise vage Nachhaltigkeitsverständnis einzelner Akteure zurückzuführen. Ohne Schulung, Sensibilisierung und beständige Beschäftigung mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ ist keine Änderung zu erwarten.<sup>7</sup>

Noch haben auch in Heidelberg die Nachhaltigkeitsindikatoren keine zentrale Steuerungsfunktion. Sie bewirken jedoch die verwaltungsinterne permanente Beschäftigung mit dem Thema. „Das Grundproblem ist hierbei, dass das Nachhaltigkeitscontrolling als übergreifendes System konzipiert werden muss, das das Finanz- und Verwaltungscontrolling aufnimmt und zu einem strategischen Nachhaltigkeitscontrolling integriert.“<sup>8</sup> Dies macht das Denken in Managementprozessen erforderlich, das keine Trennung zwischen klassischem Finanz- und Verwaltungscontrolling und Nachhaltigkeitscontrolling mehr zulässt. Heidelberg ist möglicherweise hier doch einen kleinen Schritt weiter, da eine solide Haushaltswirtschaft zu den Hauptquerschnittsanliegen des Heidelberger Stadtentwicklungsplans gehört und das Amt für Stadtentwicklung in diesen Teil des Strategischen Controllings miteingebunden ist.

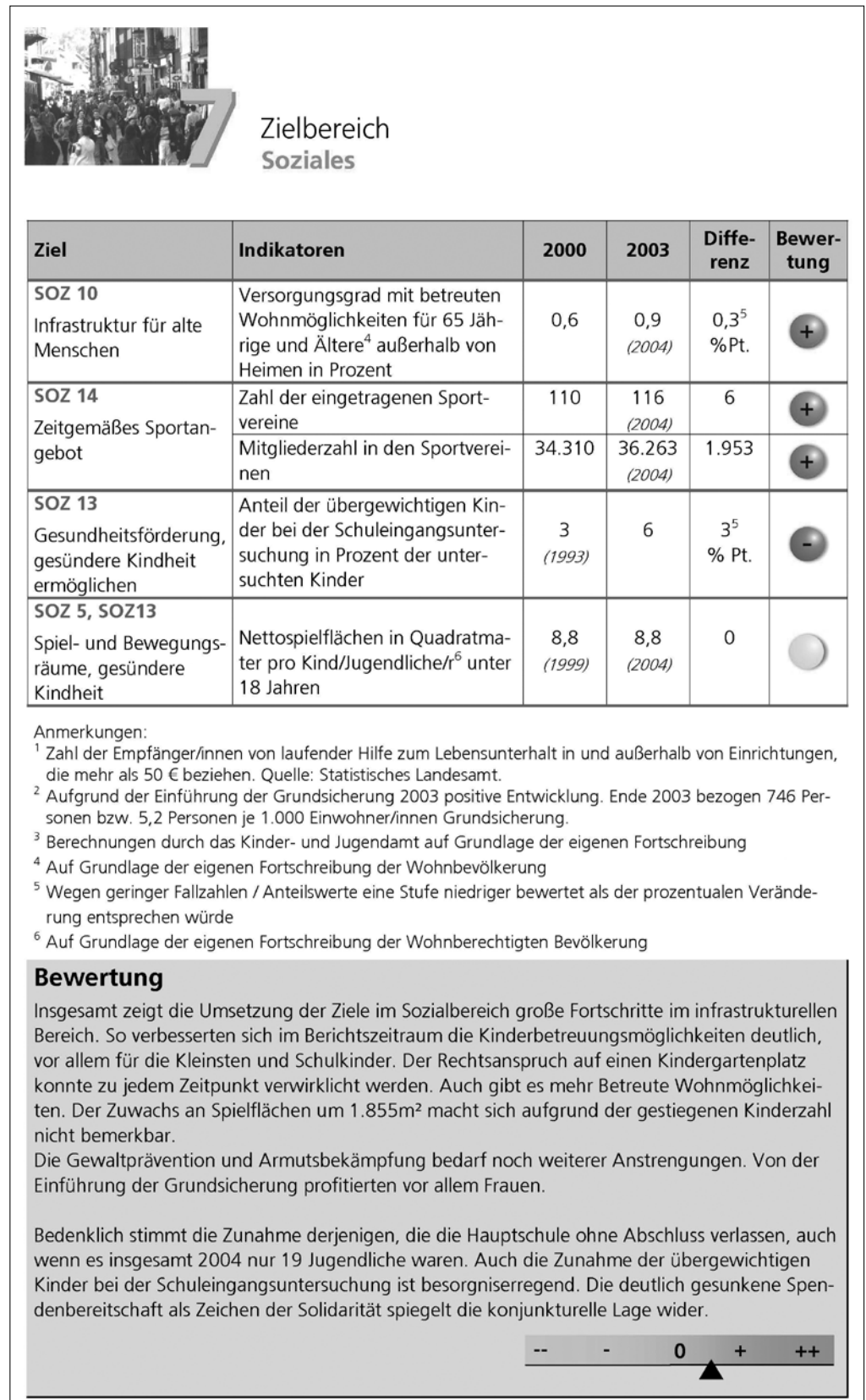
## Zentrale Ergebnisse des Nachhaltigkeitsberichts

Der Bericht zeigt, dass in allen Zielbereichen Verbesserungen erzielt werden konnten und

nur in wenigen Rückschritte auszumachen sind.

Die Umsetzung der Ziele im Sozialbereich lässt vor allem große Fortschritte im infrastrukturellen Bereich erkennen.

Grafik 2



**Armutsbekämpfung**

Die Armutsbekämpfung bedarf noch weiterer Anstrengungen. Die Wirtschaftsleistung stabilisiert sich auf hohem Niveau, lässt in ihrer Dynamik seit 2002 jedoch nach. Hierdurch steigt die Zahl der Arbeitslosen wieder deutlich. Die Gefahr von sozialen Ungleichgewichten ist damit gestiegen.

Im Umweltbereich fallen vor allem die großen Fortschritte bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion und Energieeinsparung im kommunalen Bereich auf. Kritisch ist dagegen die gesamtstädtische Entwicklung. Auch die Abfallvermeidung erreichte eine enorme Verbesserung und die Biotopvernetzungsflächen vergrößerten sich. Hier zeigt sich, dass die beschlossenen Programme und Konzepte greifen. Handlungsbedarf besteht allerdings weiterhin beim Klimaschutz, da gesamtstädtisch noch keine Erfolge bei der CO<sub>2</sub>-Minderung und der Stromersparung zu verzeichnen sind.

Insgesamt ist ein sparsamer Umgang mit Bauland festzustellen. Der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nur minimal gestiegen. Der Zuwachs zwischen 2000 und 2003 betrug absolut 21 ha, das wären im Schnitt 7 ha pro Jahr bei einem gleichzeitigen Zuwachs von mehreren Tausend Einwohnern. Vergleicht man diese mit den Vorgaben des baden-württembergischen Nachhaltigkeitsbeirats, der umgerechnet für Heidelberg bis 2010 einen Verbrauch von maximal 8,9 ha zulässt, so haben wir diese Vorgabe bereits heute erreicht.

Die Flächeneffizienz liegt mit rund 7.000 Einwohner/innen und versicherungspflichtigen Beschäftigten je km<sup>2</sup> Siedlungs- und Verkehrsfläche auf hohem

Niveau. Man hat in Heidelberg das Bild einer überschaubaren Großstadt mit kurzen Wegen und einem menschlichen Maßstab vor Augen. Dies gilt – so meine Prognose – auch im Jahr 2020. Im Verkehrsreich fällt auf, dass das Fahrgastaufkommen im ÖPNV nach den starken Zuwächsen in den 90er Jahren entgegen dem Bundestrend auch im Zeitraum 2000-2003 weiter gesteigert werden konnte.

Auf verschiedenen Ebenen hat sich in der Region in den letzten Jahren die interregionale Zusammenarbeit verbessert und eine ganz neue Qualität erreicht (z. B. Einführung der S-Bahn, Anerkennung als Metropolregion). Diese ist allerdings schwer in Indikatoren abbildbar. Hier zeigen sich deutlich die Grenzen der Indikatorenberichterstattung. Deutlich wird jedoch, wie sich die regionale Verflechtung in den letzten Jahren intensiviert hat. Das immer noch wachsende Pendlervolumen zeigt, dass eine bessere räumliche Zuordnung von Wohnungsangeboten und Arbeitsplatzstandorten gerade unter regionalem Blickwinkel verstärkter Anstrengungen bedarf.

In dem insgesamt positiven Bild gibt es jedoch eine Reihe von nachteiligen Entwicklungen. Im Zielbereich Wohnen zeigt sich insgesamt noch der größte Handlungsbedarf. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen blieb im ganzen Berichtszeitraum hinter den benötigten 600 Wohnungen pro Jahr zurück. So ist es nicht verwunderlich, dass das negative Wanderungssaldo zum Umland, vor allem bei jungenden Familien bestehen blieb.

Unter den Querschnittsanliegen fällt hier insbesondere die

schlechtere Haushaltssituation auf, die das gegenwärtige kommunalpolitische Handeln bereits entsprechend bestimmt. Hier steht Heidelberg im Vergleich zu anderen Großstädten durch seine konsequente, jedoch stets abgewogene Sparpolitik noch relativ gut da. Der überproportionale Anteil von ausländischen Kindern an Heidelbergs Hauptschulen verlangt nach weiteren Integrationsmaßnahmen. Viele wurden bereits eingeleitet, sie auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, wird wichtig werden. Bedenklich stimmt die Zunahme derjenigen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, auch wenn es insgesamt 2004 nur 19 Jugendliche waren.

Auch, wenn es wie die eben erläuterten Beispiele zeigen, Bereiche gibt, in denen Handlungsbedarf besteht, und der Indikatorenkatalog noch nicht voll ausgereift ist, ist Heidelberg doch insgesamt wieder ein Stück weitergekommen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt und beim Aufbau eines entsprechenden Monitoringssystems. Die hohe Zustimmung im Gemeinderat beweist den breiten Konsens, den man für ein kontinuierliches Controlling einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Heidelberg erreicht hat.

**Handlungsbedarf beim Wohnen****Anmerkungen:**

- 1 Der Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg 9/2005 übernommen.
- 2 Neun Handlungsfelder, nach dem aktuellen Stand Zahl der Unterziele in Klammern: 1. Querschnittsziele (8, u. a. Solide Haushaltswirtschaft, Bürgerbeteiligung, Gleichstellung von Männern und Frauen), 2. Städtebauliches Leitbild (13) 3. Regionale Kooperation und Regionalentwicklung (2), 4. Arbeiten (15), 5. Wohnen

(10), 6. Umwelt (9), 7. Mobilität (7), 8. Soziales (14), 9. Kultur (7)  
 3 Als Indikatoren werden Messgrößen bezeichnet, die Aussagen über einen bestimmten Sachverhalt ermöglichen, der zu komplex ist, um direkt gemessen werden zu können. Das eigentliche Interesse gilt dabei dem angezeigten Zustand bzw. der Zustandsveränderung. Sie sind Hilfsgrößen, die die Wirklichkeit nur begrenzt und ausschnittsweise abbilden,

sind aber unverzichtbar, wenn es darum geht, Entwicklungen transparent zu machen. Sie sind „Zustandsanzeiger“ und können Schwachstellen identifizieren und Stärken akzentuieren. Aus den Ergebnissen lässt sich für Politik und Verwaltung weiterer Handlungs- bzw. Korrekturbedarf ermitteln.  
 4 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk; Städ-

tebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004, Berlin 2005, S. 43 f  
 5 Städtebaubericht 2004, a.a.O. S. 44  
 6 siehe unter [www.staedte-der-zukunft.de/pdf/GINKO.pdf](http://www.staedte-der-zukunft.de/pdf/GINKO.pdf)  
 7 Vgl. hierzu Georg Müller-Christ, Kai-Olaf Bastenhorst, Adele Berry, Nachhaltigkeit unter Beobachtung. Ein innovatives Monitoringkonzept für Kommunen, München 2005  
 8 ebd., S. 24

**Haushaltskonstellation, Familienstand, Migration, Bildung, Erwerbsquote, Mobilität**

**Frauen in Wiesbaden**

Barbara Lettko, Wiesbaden

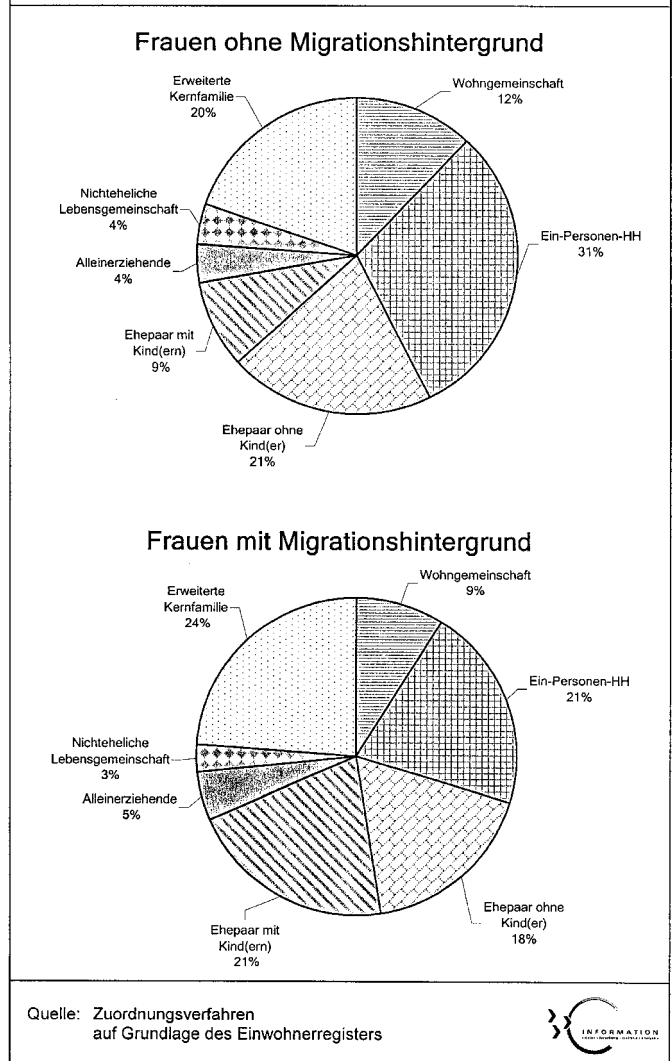
Untersuchungen, die die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen thematisieren und skandalisieren, sind - wie die Frauenbewegung selbst - weitgehend aus aktuellen öffentlichen und politischen Debatten verschwunden. Obwohl die Frauenfrage nicht mehr auf der Tagesordnung zu stehen scheint, allenfalls noch im Gewand von Gender Mainstreaming daher kommt, wurde in Wiesbaden von der Abteilung Stadtforschung der Internationale Frauentag am 8. März 2006 zum Anlass genommen, über die Lebensbedingungen der weiblichen Bewohnerschaft in der hessischen Landeshauptstadt zu informieren. Grundlage bildeten die vorhandenen Daten der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistik sowie weiteres statistisches Material. Anliegen dieser Betrachtung ist es, einen aktuellen Sachstand über verschiedene Aspekte der Lebenslage von Frauen in Wiesbaden zu geben.

Dass die Hälfte der Menschheit weiblich ist, gilt in Wiesbaden nicht ganz. Mit 52 %

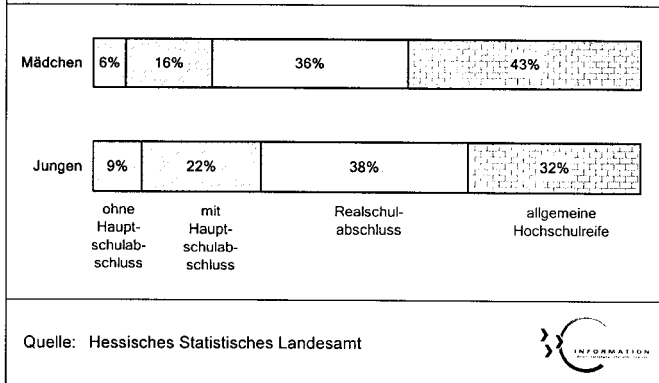
ist der Anteil der Frauen an den rund 274.000 Einwohnern/innen größer als der der Männer. Diese Bevölkerungsverteilung resultiert aus der höheren Lebenserwartung von Frauen und den immer noch spürbaren Auswirkungen der kriegsbedingten Verluste unter der männlichen Bevölkerung. Dies ist aber bekanntermaßen kein wiesbadenspezifisches Phänomen, sondern Kennzeichen der bundesdeutschen Bevölkerungsstruktur. Die Bevölkerungsprognose weist für Wiesbaden bis zum Jahr 2020 insofern eine Angleichung des Geschlechterverhältnisses aus, als die allgemeine Bevölkerungszunahme in den kommenden Jahren vor allem durch einen überdurchschnittlichen Zuwachs der männlichen Altenbevölkerung bedingt sein wird.

Hinsichtlich des Familienstandes lassen sich ebenfalls geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen. Im Vergleich zu den Männern sind Frauen seltener verheiratet und ledig, aber häufiger geschie-

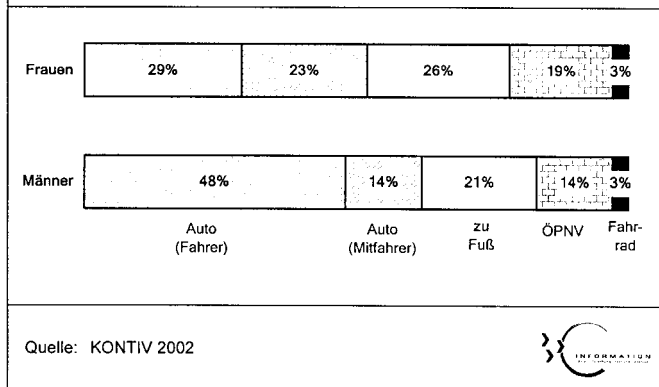
**Bild 1:**  
**Frauen mit und ohne Migrationshintergrund nach Haushaltstyp 2005 (in %)**



**Bild 2:**  
**Schulentlassene nach Geschlecht und Abschluss 2004**



**Bild 3:**  
**Hauptverkehrsmittel von Frauen und Männern**



den und vor allem verwitwet. Aufschlussreicher in Bezug auf die Lebenslage ist jedoch die Haushaltskonstellation, in der gelebt wird. Frauen leben häufiger in Einpersonen- und in Alleinerziehenden-Haushalten sowie in so genannten Wohngemeinschaften, während Männer häufiger dem Haushaltstyp Ehepaar mit und ohne Kinder und der erweiterten Kernfamilie angehören.

Unterschiede bei der Haushaltsform lassen sich nicht nur zwischen den Geschlechtern ausmachen; auch innerhalb der weiblichen Bevölkerung zeigen sich erhebliche Abweichungen, wenn nach Migrationshintergrund differenziert wird. 29 % der Wiesbadener Frauen haben einen Migrationshintergrund,

sie sind Ausländerinnen der 1. sowie der 2. und 3. Generation, Eingebürgerte und Spätaussiedlerinnen. Während Frauen mit Migrationshintergrund häufiger den Haushaltstypen erweiterte Kernfamilie und Ehepaar mit Kindern angehören, leben Frauen ohne Migrationshintergrund häufiger mit dem Ehepartner zusammen oder allein in einem Haushalt. Dementsprechend variiert das Zusammenwohnen mit Kindern bei Migrantinnen und deutschen Frauen deutlich. 39 % der Migrantinnen leben mit Kindern in einem Haushalt, bei den deutschen Frauen ist dieser Anteil mit 21 % gerade mal halb so groß. (Bild 1)

Die Schulabschlüsse von Mädchen und jungen Frauen und die Teilnahme von Frauen an der Erwachsenenbildung zeigen, dass Schulabgängerinnen häufiger mit einem Abiturzeugnis in der Tasche die Schule verlassen und Angeboten der VHS überwiegend von Frauen genutzt werden. (Bild 2)

Die höhere Formalbildung von Frauen findet aber keinen entsprechenden Niederschlag bei der Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbsquote von Frauen liegt in Wiesbaden mit 48 % deutlich unter der der Männer von 54 %. Knapp die Hälfte (48 %) der etwa 90.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wiesbaden sind Frauen. Sie sind zu über 90 % in Dienstleistungsberufen tätig, vor allem in Organisations-, Verwaltungs-, Büro- und Gesundheitsberufen. Das Berufsspektrum der Männer ist demgegenüber ausdifferenzierter und erstreckt sich in nennenswertem Umfang auch auf Fertigungs- und Technische Berufe. 30 % der versicherungspflichtig beschäftigten Frauen

gehen Teilzeittätigkeiten nach; der entsprechende Anteil bei den männlichen Beschäftigten beträgt 6 %.

Wiesbadener Frauen sind in geringerem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen; ihr Anteil an den Arbeitslosen beträgt ca. 45 %; die Arbeitslosenquote der Frauen liegt bei 12,5 %, die der Männer beträgt 14,9 %.

Schließlich bestätigt auch ein Blick auf das Mobilitäts- und das Verkehrsverhalten der Wiesbadener Bevölkerung die mehr oder weniger bekannten Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Frauen sind etwas immobiler als Männer, sie besitzen häufiger keinen Führerschein, können seltener über ein Auto verfügen, fahren seltener Fahrrad und legen ihre Wege öfter zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. (Bild 3)

Alles in allem führt der Bericht über Frauen in Wiesbaden – trotz des Rückgriffs auf aktuelle Daten und Fakten – nicht zu wirklich neuen Erkenntnissen, sondern bestätigt nur, was eigentlich alle wissen: die Lebenslagen von Frauen weichen nicht unerheblich von denen der Männer ab. Und gerade aus diesem Grund ist eine geschlechtsspezifische Betrachtungsweise der Lebensbedingungen der Bevölkerung unverzichtbar.

## Der Trend zur Singularisierung bleibt / Berlin: Jeder zweite Haushalt zählt nur eine Person

# Entwicklung der Haushalte

Josef Fischer, Leipzig

Neben der Bevölkerungszahl ist die Zahl der Privathaushalte eine wesentliche Größe, die von vielen Bereichen wie z. B. Wohnungsbedarf, soziale Absicherung tangiert wird. Haushalte können unterschiedlich definiert werden. In der amtlichen Statistik versteht man darunter eine Gemeinschaft, die miteinander wohnt und wirtschaftet.

Die Haushalte werden auf Basis des Mikrozensus ermittelt. Diese Stichprobenerhebung wurde bis 2004 einmal jährlich in einer bestimmten Kalenderwoche erhoben. Seit 2005 erfolgt die Erhebung in Teilgruppen vier Mal im Jahr, um saisonale Schwankungen besser zu erfassen.

In Deutschland gibt es seit mehreren Jahren eine Tendenz zur Singularisierung. Dies wird auch im Vergleich der Jahre 2003 und 2004 belegt. In Deutschland und den meisten betrachteten Teilbereichen

hat sich die durchschnittliche Haushaltgröße verringert, der Anteil der Einpersonenhaushalte erhöht. In Ostdeutschland ist die Singularisierung wesentlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, was nicht nur durch die Geburtenrückgänge nach 1990 begründet ist. Dass Sachsen unter den Flächenländern die geringste durchschnittliche Haushaltgröße aufweist, hängt auch mit dem hohen Altersdurchschnitt zusammen, der mit durch eine große Anzahl jüngerer Abgewanderter bedingt ist.

Die Tabelle zeigt weiterhin, dass die Haushaltsstrukturen in ländlichen Gebieten aus demografischer Sicht noch etwas gesünder sind als in verdichteten Räumen und erst recht als in Agglomerationsräumen. Von den 15 größten deutschen Städten wiesen 2004 nur Duisburg und Dortmund durchschnittliche Haushaltgrößen von über

zwei Personen auf. Die niedrigsten Werte verzeichneten München, Frankfurt a.M. und Berlin.

Bei längerfristiger Betrachtung der Entwicklung in Leipzig wird die fortschreitende Singularisierung noch deutli-

**Der Erstabdruck erfolgte im Statistischen Quartalsbericht der Stadt Leipzig, Ausgabe 4/2006**

Haushalte	1999	2001	2003	2004	2005
Anzahl in 1 000 Haushalten					
Haushalte	253,8	272,1	278,5	280,1	290,1
davon mit:					
1 Person	99,9	122,7	129,4	125,9	142,4
2 Personen	88,3	90,3	91,6	99,2	97,5
3 Personen	44,0	36,7	36,8	35,9	33,5
≥ 4 Personen	21,6	22,4	20,7	19,1	16,7
Personen					
Haushaltsgröße	1,96	1,86	1,82	1,83	1,75
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Amt für Statistik und Wahlen Leipzig					

Raumbezug	2003		2004	
	Pers. je Haush.	1-Pers.-Haush.	Pers. je Haush.	1-Pers.-Haush.
Bundesrepublik	2,13	36,7	2,12	37,6
10 Westländer	2,16	36,5	2,15	37,2
6 Ostländer	2,04	37,6	2,03	39,0
Agglomerationsräume	2,07	39,3	2,05	39,5
Verstädterte Räume	2,20	34,1	2,19	35,7
Ländliche Räume	2,24	32,7	2,23	34,1
Schleswig-Holstein	2,12	35,7	2,10	36,0
Niedersachsen	2,16	36,2	2,14	37,8
Bremen (Land)	1,86	49,2	1,85	49,1
Nordrhein-Westfalen	2,14	36,4	2,13	36,8
Hessen	2,15	35,6	2,14	35,7
Rheinland-Pfalz	2,20	34,3	2,18	35,5
Baden-Württemberg	2,22	36,2	2,21	36,5
Bayern	2,22	35,6	2,20	36,8
Saarland	2,06	37,8	2,06	39,6
Brandenburg	2,17	31,2	2,15	33,6
Mecklenb.-Vorpommern	2,10	35,1	2,10	34,2
Sachsen	2,05	36,6	2,04	37,7
Sachsen-Anhalt	2,09	34,1	2,09	35,4
Thüringen	2,15	33,2	2,14	35,1
Berlin	1,82	49,1	1,81	50,5
Hamburg	1,86	48,0	1,85	48,6
München	1,83	52,3	1,80	47,0
Köln	1,90	49,8	1,90	41,1
Frankfurt am Main	1,81	51,8	1,80	43,0
Stuttgart	1,94	47,3	1,95	41,2
Dortmund	1,99	43,3	2,02	38,5
Essen	1,98	45,0	1,96	39,7
Düsseldorf	1,83	51,7	1,83	42,6
Bremen (Stadt)	1,88	49,1	1,86	48,7
Hannover (Region)	1,96	45,2	1,94	43,3
Duisburg	2,02	41,2	2,04	38,0
Leipzig	1,82	46,5	1,83	44,9
Nürnberg	1,96	46,6	1,95	40,9
Dresden	1,93	42,4	1,90	41,8
Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Amt für Statistik und Wahlen Leipzig				

cher. Gab es 1999 nur knapp 100 000 Einpersonenhaushalte und über 65 000 Haushalte mit drei und mehr Personen, waren es 2004 bereits knapp 126 000 Einpersonenhaushalte und nur 55 000 Haushalte mit drei und mehr Personen.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank in Leipzig 2005 gegenüber 2004 von 1,83 auf nur noch 1,75. Offenbar wurden in Folge der neuen Sozialgesetzgebung 2005 in Leipzig viele Wohngemeinschaften aufgelöst.

Bei einem Einwohnerzuwachs von rund 3 000 stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um über 16 000, die der Haushalte insgesamt um 10 000. Diese Entwicklung dürfte in Deutschland nicht auf Leipzig beschränkt sein.

## Tübingen mit höchster Dichte, Berlin liegt absolut vorne

# Studierende in Deutschland

Heidrun Schellbach, Leipzig

**Der Erstabdruck erfolgte im Statistischen Quartalsbericht der Stadt Leipzig, Ausgabe 4/2006**

1 986 106 Personen studierten im Wintersemester 2005/06 an deutschen Hochschulen, fast 23 000 mehr als im Vorjahr. Die deutschen Hochschulen bzw. deren Abteilungsstandorte befanden sich in 253 verschiedenen Städten.

### Die größten Hochschulstädte

In die folgende Auswertung wurden 32 Städte einbezogen. Es handelt sich dabei um jene, die eine Anzahl von mehr als 20 000 Studierenden zu verzeichnen hatten. Von diesen hatten 14 Städte zwischen 20 000 bis 30 000 Studierende, in 18 Städten studierten sogar über 30 000 Personen. Insgesamt waren 62 % der Studierenden in diesen 32 Städten eingeschrieben, während sich die übrigen 38 % auf weitere 221 Städte verteilten.

Berlin lag im Wintersemester 2005/06 mit 136 717 Studierenden an 23 Hochschulen, was einem Anteil an der Gesamtstudentenzahl von fast 7 % entsprach, mit weitem Abstand an der Spitze. Es folgen München, Köln und mit über

45 000 Studierenden Münster und Frankfurt a.M. Mit Dresden, Leipzig, Jena und Potsdam konnten sich vier Städte der neuen Bundesländer in der Reihe der Städte mit mehr als 20 000 Studierenden positionieren.

Es waren aber mehr die kleineren dieser Städte, in denen bedingt durch den sehr hohen Anteil der Studenten an der Wohnbevölkerung das Stadtbild und die Infrastruktur maßgeblich geprägt wurden. Die Städte mit den höchsten Quoten und somit die typischen Studentenstädte waren Tübingen mit 2 735 Studenten je 10 000 Einwohner, Jena mit 2 412, Heidelberg mit 2 215, Göttingen mit 2 085 und Darmstadt mit 2 076.

In Deutschland studierten 948 818 Frauen. 7,2 % davon waren an Berliner Hochschulen eingeschrieben. Der Anteil der studierenden Frauen an der Gesamtzahl der Studierenden betrug in Deutschland 47,8 %. Der Frauenanteil der Studierenden war entsprechend der Hochschulart bzw. dem Angebot an Fächergruppen

in den einzelnen Hochschulen und somit auch als Summe in den Städten sehr unterschiedlich, so reichte die Spanne von 29 % Studentinnen in Darmstadt (bedingt durch den hohen Männeranteil in der TU Darmstadt) bis zum höchsten Anteil von fast 60 % in Heidelberg.

2005/06 studierten in Deutschland 248 357 Ausländer. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden blieb gegenüber dem Wintersemester des Vorjahres mit 12,5 % unverändert. In den vergangenen Jahren setzte sich die Zahl der ausländischen Studierenden zu circa drei Viertel aus Bildungsausländern (direkt aus dem Ausland zum Studium Kommende) und zu rund einem Viertel aus Bildungsinländern (in Deutschland Aufgewachsene mit dem auch hier erworbenen erforderlichen Bildungsabschluss) zusammen. Die absolut meisten Ausländer studierten in Berlin (20 422), gefolgt von München (13 876). Wie auch schon im Vorjahr hatten 21 Städte einen Ausländeranteil an den Studierenden von mehr

**Berlin: 23 Hochschulen,  
140 000 Studierende**

als 10 %. In der Rangfolge der Städte mit höchster Ausländerquote der Studierenden führte Stuttgart mit fast 22 %, gefolgt von Frankfurt a.M. und Darmstadt mit je fast 20 %. An den Leipziger Hochschulen betrug der Anteil 7,9 % womit Leipzig den 30. Platz und damit drittletzten Platz belegte. Auch die drei anderen in diesen Vergleich einbezogenen Städte aus den neuen Bundesländern hatten eher eine unter dem Durchschnitt liegende Quote. Das war teilweise auf den hohen Bekanntheitsgrad bestimmter Hochschulen in Städten der alten Bundesländer und zum anderen aber auch auf den überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil an der Einwohnerzahl vieler Städte (z. B. Stuttgart mit 24 %

und Frankfurt a.M. mit 22 %) zurückzuführen. Die Annahme, dass in Städten mit hohem Ausländeranteil auch viele „Bildungsinländer“ studierten, ist berechtigt. Die bundesweit immer mehr an Bedeutung gewinnenden Bachelor- und Masterstudiengänge, die bis 2010 flächendeckend einen großen Teil der bisherigen Studiengänge ersetzen sollen, wurden besonders von ausländischen Studierenden sehr angenommen.

Die Zahl der Neuimmatrikulierten im Herbst 2005 betrug fast 300 000 Personen. Ihr Anteil an der Zahl aller Studierenden betrug 15 %.

An 29 Hochschulen Deutschlands studierten jeweils mehr

als 20 000 Personen. Die größten deutschen Hochschulen waren die Universität zu Köln mit fast 46 700 und die Ludwig-Maximilian-Universität München mit über 44 000 Studierenden. Mit über 38 000 Studierenden folgen die Universitäten Hamburg und Münster. An weiteren acht Universitäten waren über 30 000 Studierende eingeschrieben. Die mit fast 600 Jahren ununterbrochenem Lehrbetrieb zweitälteste Universität Deutschlands in Leipzig belegte mit über 29 000 Studierenden den 15. Platz.

Die meisten der großen Universitäten konnten beim Vergleich der Studentenzahl im Wintersemester 2005/06 zum Vorjahr noch zulegen. Auffallend war der Rückgang der Studieren-

**Uni Köln:  
47 000 Studierende**

**Städte mit über 20 000 Studierenden im Wintersemester 2005/06**

Rang/Stadt (Bundesland)	Zahl der Hoch- schulen	Anzahl Studierende		Entwick- lung in %	Studier. je 10 000 Einwohner	Anteil an Studierende insg. in %		
		2004/05	2005/06			weibliche Studierende	ausländ.	Erst- semester
1. Berlin	23	141 010	136 717	97,0	403	50,1	14,9	11,6
2. München (BY)	13	85 467	85 787	100,4	681	48,3	16,2	17,2
3. Köln (NW)	9	73 364	74 361	101,4	756	50,6	13,2	12,4
4. Hamburg (HH)	14	69 617	69 572	99,9	399	46,7	13,1	12,1
5. Münster (NW)	7	46 232	47 095	101,9	1 739	53,4	7,9	12,4
6. Frankfurt a.M. (HE)	7	45 891	45 354	98,8	696	52,8	19,8	12,3
7. Dresden (SN)	8	39 355	39 841	101,2	805	43,6	9,1	17,2
8. Bochum (NW)	5	38 725	39 333	101,6	1 020	46,0	14,0	13,5
9. Leipzig (SN)	7	37 953	38 469	101,4	765	54,3	7,9	15,5
10. Mainz (RP)	3	37 193	37 500	100,8	1 929	54,5	10,9	8,9
11. Hannover (NI)	9	37 462	36 436	97,3	706	48,9	15,7	13,5
12. Hagen (NW)	3	35 564	36 398	102,3	1 848	40,2	9,4	7,9
13. Aachen (NW)	5	35 248	36 396	103,3	1 410	34,0	18,2	15,4
14. Bremen (HB)	5	32 297	32 592	100,9	596	48,6	17,3	14,0
15. Heidelberg (BW)	4	30 893	31 666	102,5	2 215	59,5	16,6	14,8
16. Dortmund (NW)	3	30 645	31 236	101,9	531	43,4	15,0	16,3
17. Bonn (NW)	3	31 305	30 892	98,7	988	52,6	15,1	13,7
18. Stuttgart (BW)	8	30 047	30 154	100,4	509	37,4	21,7	16,0
19. Darmstadt (HE)	4	29 538	29 184	98,8	2 076	29,3	19,3	14,7
20. Karlsruhe (BW)	6	27 211	27 920	102,6	979	33,3	17,7	18,0
21. Freiburg i. Br. (BW)	4	28 145	27 858	99,0	1 290	57,5	14,9	15,5
22. Kiel (SH)	3	27 028	27 304	101,0	1 183	50,2	9,4	13,6
23. Gießen (HE)	3	26 363	27 204	103,2	3 688	54,7	9,0	15,4
24. Göttingen (NI)	4	25 040	25 408	101,5	2 085	48,5	11,5	12,7
25. Essen (NW)	3	23 596	25 283	107,1	482	49,6	14,5	13,4
26. Düsseldorf (NW)	4	26 072	25 269	96,9	440	54,9	17,4	12,2
27. Bielefeld (NW)	5	24 398	25 112	102,9	768	53,4	8,9	15,4
28. Jena (TH)	2	24 040	24 731	102,9	2 412	53,7	4,0	17,0
29. Würzburg (BY)	3	23 560	23 742	100,8	1 773	54,7	8,4	16,5
30. Regensburg (BY)	3	22 676	22 992	101,4	1 771	50,5	7,2	17,6
31. Tübingen (BW)	1	22 399	22 835	101,9	2 735	56,9	14,7	15,5
32. Potsdam (BB)	3	20 233	20 763	102,6	1 407	57,0	9,3	13,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

den an den drei großen Berliner Universitäten. (Ihm folgte jedoch bei Erstsemestern ein deutlicher Anstieg im Wintersemester 2006/07).

Die Ursachen dieser unterschiedlichen Entwicklung können hier nicht umfassend beleuchtet werden. Eine Rolle spielen beispielsweise die

voneinander abweichenden Bestimmungen zu Studiengebühren, zum Numerus Clausus, das unterschiedliche Angebot an Studiengängen (klassisches Studium mit Staatsexamen oder Bachelor- und Masterstudium) und auch der Immatrikulationstermin an den Hochschulen.

### Hochschuldaten 2006/07

Im Wintersemester 2006/07 studieren nach vorläufigen Angaben 1 979 102 Personen an Hochschulen in Deutschland. Somit ist hier zum Vorjahr ein Rückgang der Studierenden in Höhe von 7 000 bzw. um 0,4 %

Rang/Hochschule (Bundesland)	Studierende	Veränd. z. Vorjahr	Rang/Hochschule (Bundesland)	Studierende	Veränd. z. Vorjahr	Rang/Hochschule (Bundesland)	Studierende	Veränd. z. Vorjahr
1.Uni Köln (NW)	46 667	+ 348	10.TU Dresden (SN)	32 699	+ 329	20.Uni Hannover (NI)	23 000	- 769
2.Uni München (BY)	44 091	- 774	11.Uni Bochum (NW)	31 541	+ 760	21.Uni Tübingen (BW)	22 835	+ 436
3.Uni Hamburg (HH)	38 920	+ 2 346	12.Uni Bonn (NW)	30 265	+ 95	22.Uni Dortmund (NW)	22 055	+ 783
4.Uni Münster (NW)	38 655	+ 681	13.Humboldt-Uni Berlin	29 944	- 1 279	23.Uni Bremen (HB)	21 989	+ 42
5.Uni Frankfurt a.M. (HE)	34 529	- 129	14.TH Aachen (NW)	29 397	+ 1 147	24.Uni Freiburg i.Br. (BW)	21 258	+ 159
6.Uni Mainz (RP)	34 515	+ 186	15.Uni Leipzig (SN)	29 147	+ 28	25.Uni Kiel (SH)	21 213	+ 311
7.Freie Uni Berlin	34 318	- 1 916	16.TU Berlin	28 679	- 1 802	26.Uni Gießen (HE)	21 177	+ 700
8.Uni Duisburg-Essen (NW)	34 149	+ 872	17.Uni Heidelberg(BW)	25 744	+ 392	27.TU München (BY)	20 655	+ 1 028
9.Fernuni Hagen (NW)	34 084	+ 694	18.Uni Erlangen-Nürnberg (BY)	25 125	+ 988	28.Uni Stuttgart (BW)	20 191	+ 242
			19.Uni Göttingen (NI)	23 675	+ 210	29.Uni Jena (TH)	20 003	+ 559

Quelle: Statistisches Bundesamt Amt für Statistik und Wahlen Leipzig  
 Hierbei wurde jeweils die gesamte Hochschule mit allen Abteilungen unabhängig vom Standort dargestellt.



Quelle: Statistisches Bundesamt Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Bundesland	Anzahl Studenten	Veränderung zum Vorjahr	Studenten je 10 000 Einw.	Bundesland	Anzahl Studenten	Veränderung zum Vorjahr	Studenten je 10 000 Einw.
Baden-Württemb.	248 054	+ 3 436	231	Niedersachsen	147 033	- 5 284	184
Bayern	259 128	+ 6 630	208	Nordrh.-Westf.	475 167	- 2 856	263
Berlin	132 583	- 4 134	390	Rheinland-Pfalz	103 019	+ 1 174	254
Brandenburg	42 282	+ 594	165	Saarland	19 721	+ 123	188
Bremen	30 851	- 4 213	465	Sachsen	105 685	- 2 107	247
Hamburg	70 169	+ 597	402	Sachsen-Anhalt	51 064	- 668	207
Hessen	163 536	+ 331	268	Schlesw.-Holstein	46 812	- 519	165
Meckl.-Vorpomm.	34 527	- 504	202	Thüringen	49 471	+ 396	212

Quelle: Statistisches Bundesamt Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

zu verzeichnen. Besonders hoch ist der Rückgang der Studierenden in den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Hingegen nimmt die Zahl der Studierenden besonders in Bayern und Baden-Württemberg stark zu.

Im Herbst 2006 wurden 292 558 Personen neuimmatrikuliert, was einen Rückgang zum vorigen Wintersemester um 7 280 Studierende im Erstsemester bzw. um fast 2,5 % bedeutet. Der Rückgang der Neuimmatrikulierten betrifft besonders den Freistaat Sachsen, wo er mit 8,3 % am höchsten ist. Weiterhin betroffen sind Bremen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und trotz gestiegener Studentenzahl auch Baden-Württemberg.

In Berlin nimmt die Zahl der Studierenden um 3 % ab, obwohl die Erstsemester um 10,6 % höher liegen als im Wintersemester des Vorjahres. Nach Meinung der Hochschulrektorenkonferenz liegt die Ursache für die gestiegene Studienanfängerzahl in Berlin an dem zunehmenden Angebot zulassungsfreier Studiengänge. Die Ursachen für die rückläufige Zahl der Studenten könnte die bessere Einhaltung der Regelstudienzeiten oder die verstärkte Akzeptanz der neuen kürzeren Studiengänge, wie das Bachelor- oder Masterstudium sein. Durch diese Studiengänge soll, neben anderen Vorzügen, die schnellere Verfügbarkeit der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden.

Auch im Wintersemester 2006/07 gibt es zwischen den Bundesländern wieder größere Unterschiede hinsichtlich der Studierenden bezogen auf die Einwohnerzahl (Bezugsgröße ist hierbei die Zahl der Einwohner per 31.12.2005). Die Spannweite reicht von 165 in Brandenburg und Schleswig-Holstein bis 465 Studierende je 10 000 Einwohner in Bremen. Die drei Stadtstaaten liegen, wie auch schon in den Vorjahren, mit großem Abstand vorn. Unter den Flächenländern liegt Hessen vor Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Sachsen belegt mit 247 Studierenden je 10 000 Einwohner Platz sieben, unter den Flächenländern Platz vier. Unter den ostdeutschen Flächenländern rangiert Sachsen vor Thüringen und Sachsen-Anhalt.

**Berlin: -3%**

**Weniger Studienanfänger**

### **Über Statistik:**

*Es gibt Leute, die lehnen jede Art von Statistik energisch ab, diskutieren dann aber ausführlich über die Preissteigerungsrate.*

## **Impressum**

Herausgeber: Verband Deutscher Städtestatistiker  
Vorsitzender: Rudolf Schulmeyer, Bürgeramt, Statistik und Wahlen,  
Zeil 3, 60313 Frankfurt am Main  
Telefon 069-212 33 667, E-Mail: rudolf.schulmeyer@stadt-frankfurt.de

Stellvertretender Vorsitzender: Hermann Breuer,  
Abteilungsleiter im Amt für Stadtentwicklung und Statistik  
Athener Ring 4, 50765 Köln  
Telefon 0221-221 21 871, Email: hermann.breuer@stadt-koeln.de

Redaktion: Martin Schlegel, Redaktionsleiter  
Franzstr. 21, 58091 Hagen, Telefon 02331-79101,  
E-Mail: me.schlegel@t-online.de

Herstellung Schibri-Verlag, Milow 60, 17337 Uckerland, Telefon 039753-22757,  
Telefax 039753-22583 E-Mail: schibri-verlag@t-online.de

Bezug: Stadtforschung und Statistik erscheint zweimal jährlich  
und ist beim Schibri-Verlag oder über den Buchhandel zu beziehen.  
Abonnementpreis jährlich 15 EUR

**Bei Nachdruck Belegexemplar erbeten**



**ISSN 0934-5868**

luK-Wirtschaft: Kenntnis des Spezialisierungsgrades ist wichtig

# Standortanalyse der luK-Wirtschaft

Manfred Steincke, Hannover

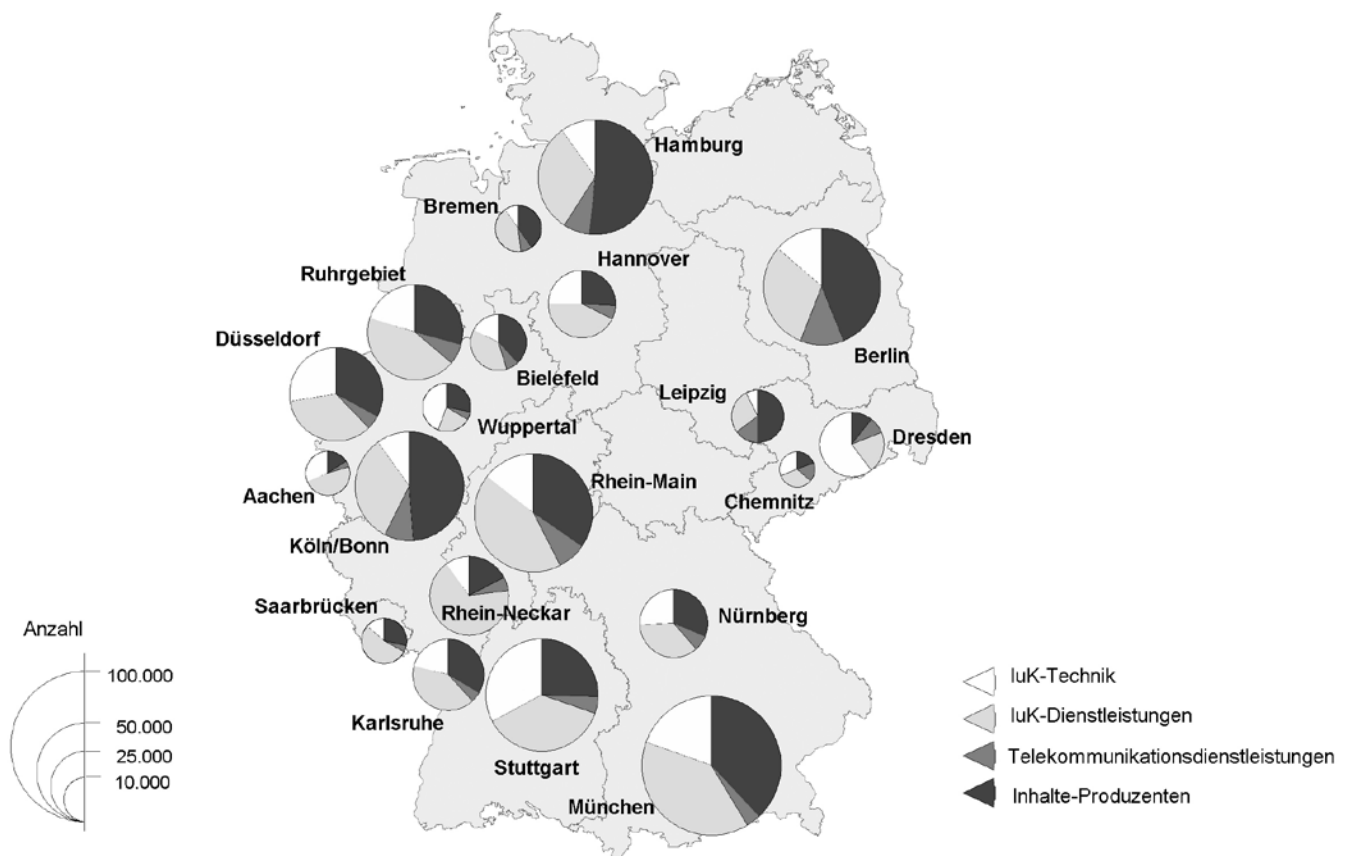
Der Erstabdruck des Artikels erfolgte in RegioVision 1-2007, Newsletter der NORD-LB Regionalwirtschaft [www.nordlb.de/regionalwirtschaft](http://www.nordlb.de/regionalwirtschaft)

Die Region Hannover kann ihre Position als Standort der Informations- und Kommunikationswirtschaft (luK) unter den Großstadtreionen in Deutschland in etwa halten, in Teilbereichen sogar verbessern. Auch wenn die Region mit ihren rund 23.400 Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig (2005) noch immer nicht zu den größten IT-Standorten zählt, ist ihre Wirtschaft dennoch überdurchschnittlich durch luK geprägt.

## München führt

Bei der Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der luK-Wirtschaft belegt die Region Hannover einen mittleren Rang 12 unter den 20 Verdichtungsräumen in Deutschland (s. Abbildung 1). Die absoluten Schwerpunkte liegen erwartungsgemäß in den besonders großen Verdichtungsräumen München, Rhein-Main, Berlin und Hamburg sowie Stuttgart und Köln-Bonn. Die einzelnen Großstadtreionen haben dabei unterschiedliche Stärken:

Auf den ersten Blick fällt auf, dass der Verdichtungsraum Stuttgart absolut besonders viele Beschäftigte im Bereich luK-Technik, also Hardware-Produktion, aufweist, dass München ein besonders großes Zentrum für luK-Dienstleistungen (Software, IT-Services, Datenbanken) ist, dass an den Medienstandorten Hamburg, München, Köln-Bonn und Berlin die Inhalte-Produzenten (Verlage, TV, Radio, Film, Werbung) stark vertreten sind und dass der Verdichtungsraum



Berlin das größte Zentrum im Bereich Telekommunikationsdienstleistungen ist. Um aber die Bedeutung der IuK-Wirtschaft und ihrer Teilbranchen für die regionalen Wirtschaftsstrukturen einschätzen und vergleichen zu können, muss die unterschiedliche Größe der Regionen berücksichtigt werden.

Um diese räumlichen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zu analysieren, wird in der Regionalforschung der Lokalisationskoeffizient gebildet. Der Lokalisationskoeffizient vergleicht den Beschäftigtenanteil der IuK-Wirtschaft an der Gesamtbeschäftigung in einer Region mit dem bundesdurchschnittlichen Anteil der IuK-Wirtschaft an der Gesamtbeschäftigung. Wäre die IuK-Wirtschaft in der ganzen Bundesrepublik vollkommen homogen verteilt, so würde der Lokalisationskoeffizient in allen Regionen bei 1 liegen. Ein höherer Wert zeigt an, dass die IuK-Wirtschaft in einer Region ein relativ größeres Gewicht aufweist. So bedeutet ein Wert von 2, dass der Prozentanteil der IuK-Beschäftigung in der Region doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt, diese Region also besonders stark auf die IuK-Wirtschaft spezialisiert ist.

### Unterschiedliche Spezialisierungsgrade

Nach wie vor die mit Abstand größte räumliche Spezialisierung in der IuK-Wirtschaft besitzt der Verdichtungsraum München. Der Anteil der IuK-Wirtschaft an der Gesamtbeschäftigung lag 2005 in München fast um das Zweieinhalbfache über dem bundes-

deutschen Durchschnitt (Lokalisationskoeffizient = 2,4). Die nächsthöchsten Spezialisierungsgrade in der IuK-Wirtschaft weisen die Großstadtregionen Karlsruhe, Stuttgart, Dresden, Hamburg und Köln-Bonn auf. Danach folgt bereits die Region Hannover, die allerdings ihren fünften Rang aus dem Jahr 2003 verloren hat und von Dresden und Köln-Bonn überholt wurde. Trotzdem weist die Region Hannover eine im Bundesvergleich klar überdurchschnittliche Spezialisierung in der IuK-Wirtschaft auf (Lokalisationskoeffizient = 1,4), und diese fällt auch höher aus als in den Verdichtungsräumen Rhein-Neckar, Rhein-Main, Düsseldorf, Nürnberg, Berlin und Leipzig. Die übrigen Großstadtregionen Ruhrgebiet, Aachen, Saarbrücken, Bielefeld, Bremen, Wuppertal und Chemnitz sind im Bundesvergleich sogar nur unterdurchschnittlich auf die IuK-Wirtschaft spezialisiert.

Die besonderen Potenziale der einzelnen Verdichtungsräume in Bezug auf die IuK-Wirtschaft zeigen sich bei einer Analyse der regionalen Spezialisierung in den vier IuK-Teilbranchen. Die Region Hannover verfügt demnach über besonders bedeutende Potenziale im Bereich der IuK-Dienstleistungen (s. Abbildung 2). Dazu gehören wichtige Unternehmen wie die FinanzIT, Höft & Wessel und TUI InfoTec. Bei der Spezialisierung in diesem bedeutenden Teilssektor belegte die Region Hannover 2005, wie bereits im Jahr 2003, den sehr günstigen Rang 4 unter den Verdichtungsräumen hinter Rhein-Neckar, München und Karlsruhe. Einen deutlichen Sprung nach vorne konnte die Region Hannover sogar beim Vergleich der räumlichen Spezialisie-

rung im Bereich IuK-Technik machen. Gegenüber 2003 hat Hannover die Verdichtungsräume Aachen, Nürnberg und Düsseldorf überholt und damit seine Position um immerhin drei Plätze auf Rang 5 verbessert. Spitzenreiter ist hier mit Abstand Dresden vor Stuttgart, München und Karlsruhe. Bei der räumlichen Spezialisierung in der IuK-Teilbranche Telekommunikationsdienstleistungen dominieren die ostdeutschen Großstadtregionen. Die Region Hannover muss in diesem Feld jedoch ihren sechsten Rang von 2003 abgeben, wurde von Köln-Bonn und Rhein-Main überholt und belegt nun Rang 8. Bei der relativen Bedeutung der Beschäftigung im IuK-Bereich der Inhalte-Produzenten liegen nach wie vor die Medienzentren München, Hamburg und Köln-Bonn auf den vorderen Rängen. Die Region Hannover kann bei den Inhalte-Produzenten ihren mittleren Rang 11 behaupten.

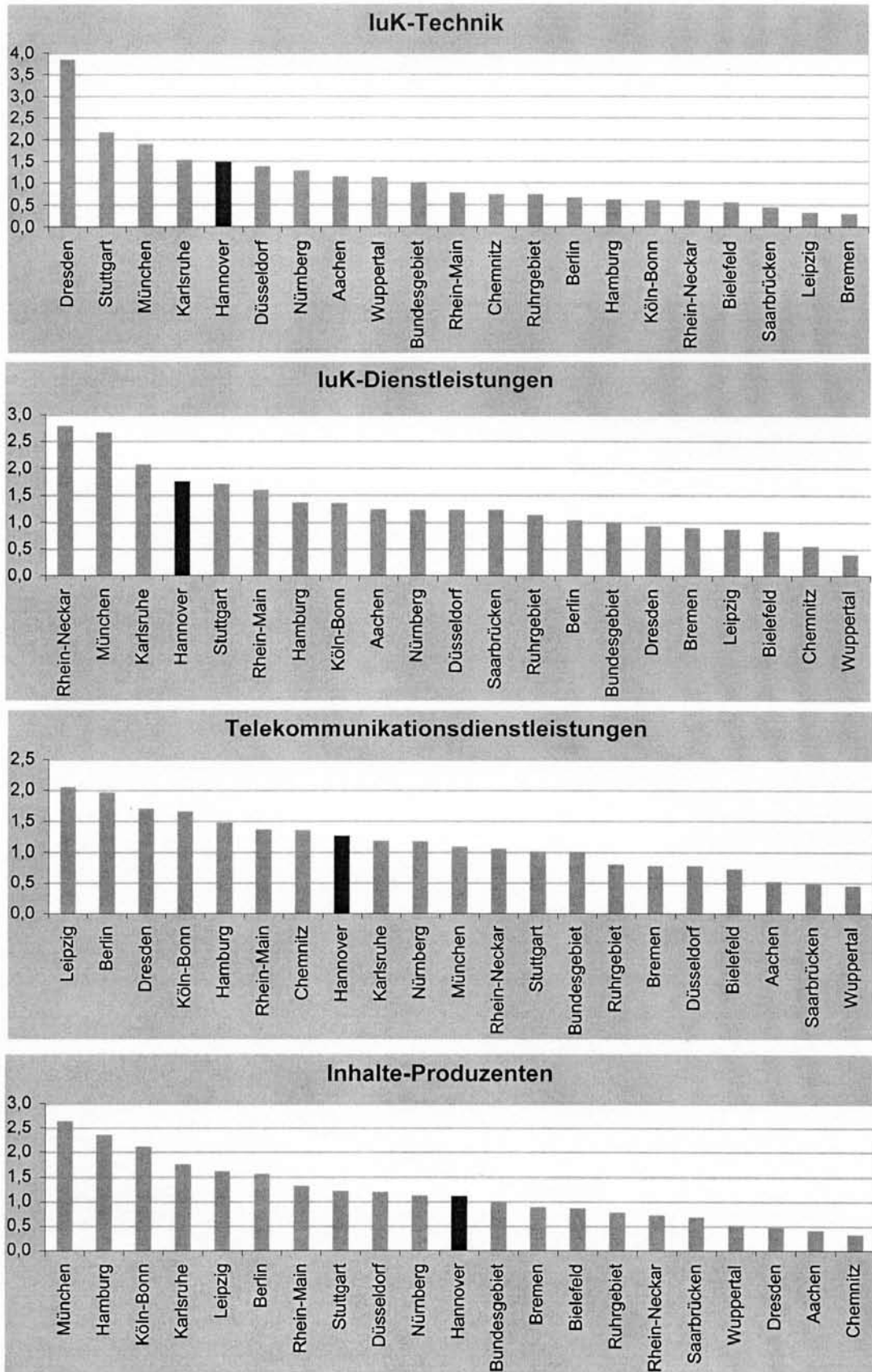
Die Kenntnis über die unterschiedliche Spezialisierung der Regionen ist eine wichtige Voraussetzung für regionalwirtschaftliche Strategien, die sich auf die Stärkung der regionalen Stärken beziehen. Auch wenn eine Region eine in absoluten Dimensionen vergleichsweise mittlere Bedeutung in der IuK-Wirtschaft aufweist, können dort sehr wohl wachstumsträchtige Cluster existieren. So verfügt der Verdichtungsraum Dresden über besondere Potenziale vor allem im Bereich IuK-Technik. Die Region Hannover behauptet sich speziell bei IuK-Dienstleistungen und zunehmend auch bei IuK-Technik. Gerade hier liegen die besonderen und profilbildenden Entwicklungs- und Wettbewerbspotenziale für den IT-Standort Hannover.

### Lokalisationskoeffizient

### Wachstumsträchtige Cluster

Abb. 2: Räumliche Spezialisierung der Verdichtungsräume in den Teilbranchen der IuK-Wirtschaft 2005

Lokalisationskoeffizient: Beschäftigtenanteil einer IuK-Teilbranche in einem Verdichtungsraum dividiert durch den bundesdurchschnittlichen Anteil der IuK-Teilbranche an der Gesamtbeschäftigung.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. - Berechnungen der NORD/LB.

## Frankfurt, Hannover und Düsseldorf sind die gefährlichsten Städte

# Städtevergleich Kriminalität

## 2006

Peter Dütthorn, Leipzig

Aus der vom Bundesinnenminister vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik 2006 geht hervor, dass im Jahr 2006 in Deutschland insgesamt 6 304 223 Straftaten polizeilich registriert wurden. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 1,4 %. Im Bundesgebiet wurden im vergangenen Jahr 55,4 % aller Straftaten (Jahr 2005: 55,0 %) aufgeklärt. Die Gesamtaufklärungsquote erreichte damit den höchsten Wert seit Einführung der gesamtdeutschen polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1993.

In Leipzig wurden im letzten Jahr insgesamt 60 961 Straftaten registriert. Der Rückgang der Zahl der Straftaten im Vergleich zum Jahr 2005 fällt mit 5,0 % größer aus als in den meisten der anderen größten deutschen Städte, von denen einige auch einen Anstieg der Zahl der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen haben. Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2006 insgesamt 307 841 Straftaten erfasst, gegenüber dem Jahr 2005 bedeutet dies einen Rückgang um 3,2 %.

Beim Vergleich der einzelnen Städte ist zu beachten, dass sich das Anzeigeverhalten und die Deliktstruktur in den Städten unterscheiden kann. In die Berechnung der Häufigkeitszahlen (= Fälle pro

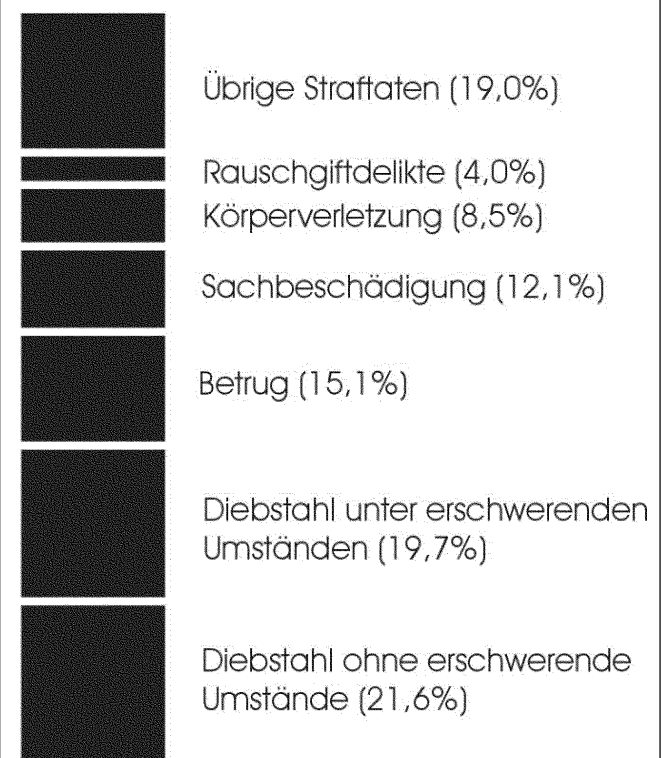
100 000 Einwohner) geht nur die amtlich ermittelte Bevölkerungszahl ein, alle anderen Personen, z.B. Pendler oder Touristen, werden dabei nicht berücksichtigt. Mit 12 128 Straftaten je 100 000 Einwohner liegt die Stadt Leipzig im Mittelfeld der größten deutschen Städte. Auch bedingt durch den Anstieg der Bevölkerungszahl ging die Häufigkeitszahl in Leipzig um 5,8 % zurück.

Wie bereits in den Vorjahren dominierten bei den einzelnen Kriminalitätsbereichen die Diebstahlsdelikte mit insgesamt 41,3 % aller angezeigten Straftaten in Deutschland, dabei jeweils etwa zu Hälfte leichte (ohne erschwerende Umstände) bzw. schwere Diebstähle (mit erschwerenden Umständen). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Diebstähle insgesamt verringert. Bei der zweitgrößten Deliktgruppe, den Betrugsfällen, ist ein Anstieg zum Vorjahr zu verzeichnen. Die Zahl der angezeigten Betrugsfälle erreichte im Jahr 2006 in Deutschland einen neuen Höchststand.

Die Aufklärungsquote der angezeigten Straftaten insgesamt differiert zwischen den größten deutschen Städten mit einer Spannweite von 39,4 % in Köln bis zu 66,1 % in Nürnberg recht deutlich. In der Stadt Leipzig wurde die Hälfte aller Straftaten aufgeklärt.

Im Jahr 2006 hat sich in Deutschland insgesamt die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen auf 2 283 127 Personen reduziert. Dabei sank die Zahl der deutschen Tatverdächtigen um 0,8 % auf 1 780 090 Personen, während die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen um 3,2 % auf 503 037 zurückging. Bezogen auf die Gesamtzahl der Tatverdächtigen reduzierte sich der Anteil der nichtdeutschen Verdächtigen seit 1993 kontinuierlich von 33,6 % auf jetzt 22,0 %.

### Deliktstruktur in Deutschland 2006



Straftaten 2006 und 2005						
Stadt	Straftaten insgesamt		Veränderung		Häufigkeitszahl	
	2006	2005	absolut	in %	2006	2005
Berlin	496 797	509 175	- 12 378	- 2,4	14 632	15 030
Bremen	80 491	81 701	- 1 210	- 1,5	14 719	14 965
Dortmund	63 724	65 573	- 1 849	- 2,8	10 834	11 139
Dresden	46 190	45 161	1 029	2,3	9 328	9 265
Duisburg	47 510	47 577	- 67	- 0,1	9 472	9 432
Düsseldorf	87 216	80 717	6 499	8,1	15 181	14 095
Essen	54 074	54 825	- 751	- 1,4	9 237	9 323
Frankfurt am Main	106 769	113 657	- 6 888	- 6,1	16 378	17 570
Hamburg	236 547	244 807	- 8 260	- 3,4	13 566	14 111
Hannover	83 357	80 936	2 421	3,0	16 163	15 690
Köln	137 576	131 830	5 746	4,4	13 991	13 595
Leipzig	60 961	64 187	- 3 226	- 5,0	12 128	12 876
München	111 622	108 675	2 947	2,7	8 861	8 700
Nürnberg	46 587	44 652	1 935	4,3	9 332	9 015
Stuttgart	55 042	54 191	851	1,6	9 289	9 175

Quelle: Bundeskriminalamt  
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

In der Stadt Leipzig waren im vergangenen Jahr 11,6 % der ermittelten Tatverdächtigen Nichtdeutsche. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen ermittelten Tatverdächtigen reichte bei den 15 ausgewählten Städten von 11,4 % in Dresden bis zu 57,0 % in Frankfurt am Main.

Aufklärungsquoten 2006									
Stadt	Aufklärungsquote in %								
	Insgesamt	Mord u. Totschlag	Vergewalt./sex. Nötigung	Raub	Schw. Körperverletz.	Schwerer Diebstahl	Einfach. Diebstahl	Betrug	Sachbeschädigung
Berlin	50,2	97,0	85,9	40,6	71,9	36,4	7,3	76,7	23,1
Bremen	42,3	92,1	71,5	40,6	77,2	41,0	6,9	78,4	25,3
Dortmund	50,2	100,0	74,4	50,2	79,6	44,2	10,1	84,4	25,9
Dresden	57,9	100,0	85,7	52,4	76,7	43,8	24,0	91,7	27,3
Duisburg	50,2	100,0	90,0	50,5	82,1	44,3	8,6	91,2	24,2
Düsseldorf	49,1	100,0	62,7	39,7	76,5	32,4	7,7	87,2	22,5
Essen	46,4	100,0	67,7	40,7	80,1	44,3	6,6	81,5	21,5
Frankfurt a.M.	57,2	106,3	78,2	44,5	83,5	30,0	10,2	80,2	21,2
Hamburg	47,0	90,9	76,7	38,8	75,7	33,7	6,9	79,1	20,0
Hannover	61,6	96,0	78,0	53,6	80,8	44,1	14,7	91,9	31,6
Köln	39,4	84,9	66,4	40,3	75,1	28,6	6,9	64,8	20,5
Leipzig	50,0	100,0	82,1	47,3	73,0	44,7	12,1	89,2	19,6
München	58,2	97,6	80,9	60,3	85,0	45,0	17,1	83,1	15,2
Nürnberg	66,1	94,1	88,9	57,2	83,0	55,1	18,7	86,5	30,0
Stuttgart	62,7	95,2	70,3	59,4	81,7	42,0	23,8	90,0	20,5

Quelle: Bundeskriminalamt  
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Aufklärungsquoten über 100 % sind u.a. dadurch zu erklären, dass Fälle aus Vorjahren nachträglich aufgeklärt wurden.

In Deutschland insgesamt waren 4,4 % aller ermittelten Tatverdächtigen Kinder im Alter bis unter 14 Jahren. Wie die meisten der größten deutschen Städte lag Leipzig mit 3,0 % deutlich unter dem Durchschnitt. Auch beim Anteil der Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) ist in Leipzig (10,7 % Anteil) ebenso wie in meisten der anderen Großstädte ein niedrigerer Anteil als im Bundesdurchschnitt (12,2 %) zu verzeichnen. Beim Anteil der Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) liegt die Stadt Leipzig mit 10,8 % wie die Mehrheit der größten Städte über dem deutschen Durchschnitt von 10,6 %. In Leipzig war der Anteil der Erwachsenen (ab 21 Jahre) an den Tatverdächtigen mit 75,5 % deutlich höher als im Bundesgebiet mit 72,8 % – wie auch bei den meisten anderen deutschen Großstädten.

Tatverdächtige und deren Altersstruktur 2006									
Stadt	Tatverdächtige 2006								
	Insgesamt Anzahl	Kinder		Jugendliche		Heranwachsende		Erwachsene	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Berlin	135 536	5 522	4,1	14 838	10,9	12 765	9,4	102 411	75,6
Bremen	20 111	809	4,0	2 464	12,3	2 165	10,8	14 673	73,0
Dortmund	21 283	883	4,1	2 640	12,4	2 373	11,1	15 387	72,3
Dresden	16 775	509	3,0	1 736	10,3	1 969	11,7	12 561	74,9
Duisburg	15 999	702	4,4	2 107	13,2	1 778	11,1	11 412	71,3
Düsseldorf	24 121	641	2,7	2 255	9,3	2 185	9,1	19 040	78,9
Essen	17 054	722	4,2	2 085	12,2	1 733	10,2	12 514	73,4
Frankfurt a.M.	39 590	637	1,6	2 692	6,8	3 248	8,2	33 013	83,4
Hamburg	74 834	3 109	4,2	7 984	10,7	7 367	9,8	56 374	75,3
Hannover	30 704	895	2,9	2 948	9,6	3 594	11,7	23 267	75,8
Köln	38 074	1 483	3,9	4 087	10,7	3 642	9,6	28 862	75,8
Leipzig	19 675	589	3,0	2 115	10,7	2 118	10,8	14 853	75,5
München	48 625	1 551	3,2	4 567	9,4	4 869	10,0	37 638	77,4
Nürnberg	21 338	913	4,3	2 526	11,8	2 338	11,0	15 561	72,9
Stuttgart	24 647	918	3,7	2 646	10,7	2 705	11,0	18 378	74,6

Quelle: Bundeskriminalamt  
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

# Erfurter Umzugsmanagement

Norman Bulenda, Eberhard Schubert, Erfurt

Im Jahr 2001 sind mit dem Rückbau von 120 Wohnungen am Brombeerweg (Wiesenhügel) die ersten Häuser in Erfurter Plattenbaustadtteilen abgerissen worden. Dem vorausgegangen war der Freizug der Objekte. Bei einem Überangebot an Wohnraum entsteht durch Fortzüge und Zuzüge (normale Fluktuation), die vom Mieter ausgehen, eher zufällig und auf eine Vielzahl von Objekten verteilter Leerstand. Konzentrierter Leerstand kann nur durch Einflussnahme der Eigentümer durch planmäßigen Freizug der Objekte bei Unterstützung der Betroffenen beim Umzug entstehen. Für diesen Prozess ist der Begriff Umzugsmanagement geprägt worden. Nachstehend werden Aspekte des Umzugsmanagements in den Plattenbaustadtteilen für den Zeitraum 2001 bis 2005, in welchem ein Rückbau von fast 4.500 Wohnungen<sup>1</sup> erfolgte, auf der Basis der Bewegungsdaten aus dem Einwohnermelderegister näher analysiert.

## Ermittlung der Rückbauobjekte

Bei einem geschätzten Leerstand von etwa 15.000 Wohnungen in Erfurt im Jahr 2001, der sich zu einem erheblichen Teil im Plattenbaubestand lokalisierte, bestand die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen. Eine erfolgversprechende Maßnahme war die Konzentration des Leerstands in ausgewählten Objekten mit anschließendem Rückbau dieser nicht

mehr benötigten Objekte. Ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl solcher Objekte waren auf der Basis natürlicher Fluktuation entstandene überproportionale Leerstände, die als Indiz für nicht mehr vom Wohnungsmarkt angenommene Objekte dienen. Damit setzt das Umzugsmanagement in der Regel auf die durch normale Fluktuation entstandene Leerstandssituation auf.

Dem Umzugsmanagement zugeordnet werden stets die Bewegungsdaten aus dem Jahr und aus dem Vorjahr des Freizugs. In Fällen, in denen im Freizugsjahr nur noch eine sehr geringe Restbelegung festgestellt wurde, wurde zusätzlich auch noch ein weiteres Vorjahr in der Untersuchung berücksichtigt. Mit dieser Verfahrensweise wird weitestgehend die tatsächliche Situation nachgebildet, da im Betrachtungszeitraum regelmäßig Jahrespläne für den Wohnungsrückbau des folgenden bzw. des nächsten folgenden Jahres aufgestellt wurden. Insgesamt wurden mit diesem Ansatz fast 5.000 Personen ermittelt, die vom Umzugsmanagement betroffen sein dürften. Bei einer mittleren Haushaltsquote im Plattenbau von 1,58 Personen<sup>2</sup> entspricht das etwa 3.050 frei zu ziehenden Wohnungen. Daraus ergibt sich, dass in diesen Objekten bereits vor Einsetzen des Umzugsmanagements ein Leerstand um 30 Prozent bestanden hat.

## Alter der betroffenen Personen

Die Altersverteilung der vom Umzugsmanagement Betroffenen wird in der Abbildung 1 dargestellt. Zur besseren Veranschaulichung der wesentlichen Aussagen wurde eine jeweils über 5 Altersjahrgänge geglättete Darstellung gewählt. Von den Betroffenen waren 69,6 Prozent im Alter von 18 bis 65 Jahren. 13,5 Prozent waren minderjährig und 16,9 Prozent waren älter als 65 Jahre. Hochbetagte<sup>3</sup> über 75 Jahre waren immerhin mit knapp 7 Prozent betroffen.

Hervorgehoben sind jedoch insbesondere die Altersjahrgänge um die 21-Jährigen und um die 48-Jährigen. Innerhalb einer Spannweite von 7 Jahren um diese Jahrgänge sind über 36 Prozent aller Betroffenen einzuordnen.

Der deutliche Rückgang der Fallzahlen bei den über 65-Jährigen täuscht darüber hinweg, dass diese Personengruppe im Vergleich mit der Gesamtbelegung in der Siedlungsstruktur Plattenbau vom Umzugsmanagement überproportional betroffen war. Während jüngere Bewohner eher flexibel auf bevorstehende Veränderungen reagiert haben, bestand bei den über 65-Jährigen ein deutliches Beharrungsvermögen. Im Betrachtungszeitraum haben dabei sowohl die bei den Wohnungsunternehmen mit dem Umzugsmanagement betrauten Mitarbeiter als auch be-

## Abriss von Plattenbauten

## 5 000 Betroffene

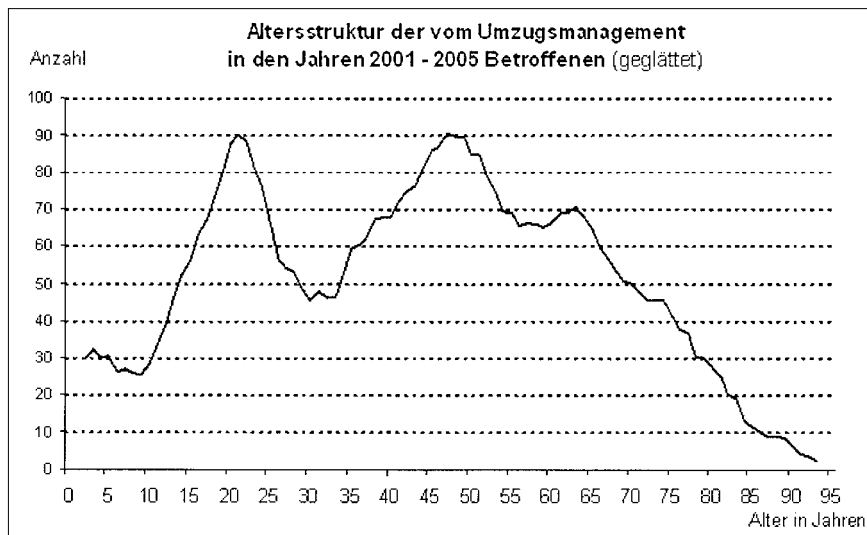


Abbildung 1

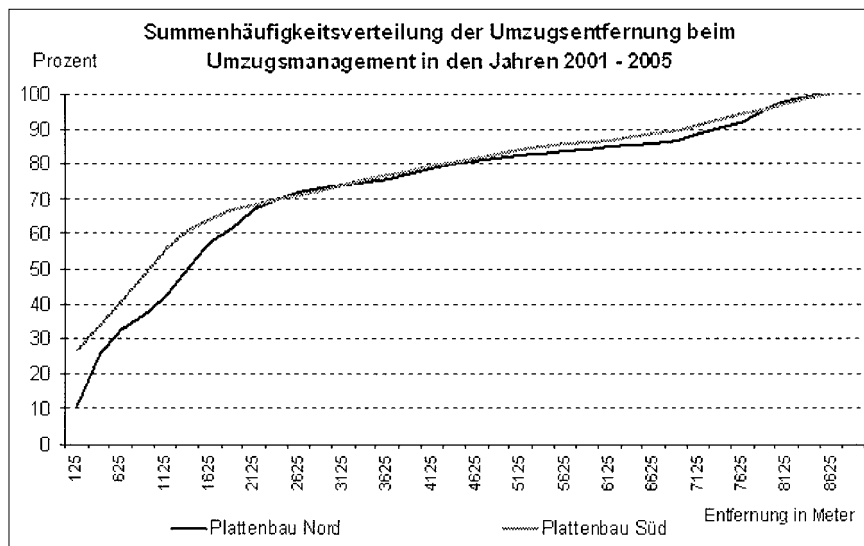


Abbildung 2

troffene Mieter besser mit dem Prozess umzugehen gelernt.

### Analyse von Zielaspekten

Bei der Analyse des normalen Umzugsgeschehens war als eine wesentliche Erkenntnis abzuleiten, dass viele Umzüge im Nahbereich zur bisherigen Wohnung stattfinden. Während sich Umzüge im gleichen Haus melderechtlich nicht darstellen lassen, ist ein sehr häufiges Ziel die bisherige Straße oder der bisherige Stadtteil.

Unter den Bedingungen des Umzugsmanagements haben

zunächst Schnellentschlossene die besten Chancen auf den Nahbereich. Weil jedoch zeitgleich nicht alle Zielwohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft angeboten werden können oder eben auch von den Betroffenen gar nicht erwünscht sind, ergeben sich durchaus auch längere Umzugswege. Dies wird nachfolgend untersucht. Zur besseren Veranschaulichung der wesentlichen Aussagen wurde eine Zusammenfassung zu den Teilgebieten Plattenbau Nord sowie Plattenbau Süd durchgeführt, wobei die Fallzahlen sowohl für die vom Umzugsmanagement Betroffenen als

auch für die rückgebauten Wohnungen für beide Teilgebiete nahezu gleich groß sind.

Gleichwohl fallen Unterschiede bei der Verteilung der Umzugsentfernung im Nahbereich auf. Ein wesentlicher Grund für den Unterschied dürfte einerseits eine noch engere Bindung der Bewohner im Plattenbau Süd an ihr Gebiet sein, als das im Norden der Fall ist, und andererseits eine erhebliche Zahl von Umzügen, die vom Roten Berg zum Moskauer Platz geführt hat (mittlere Umzugsentfernung 1,9 km). Die Unterschiede verwischen jedoch ab einer Umzugsentfernung über 2 Kilometer. Für die Medianentfernung aller Umzüge ergibt sich eine Größe von 1.125 Metern.

Dennoch verblieben etwa 43 Prozent der vom Umzugsmanagement Betroffenen im bisherigen Stadtteil, etwa 55 Prozent zogen in einen anderen Stadtteil und der Rest zog aus Erfurt fort (knapp 2 Prozent). Insofern war das Umzugsmanagement, welches auch zum Ziel hat, Mieter in den Beständen des Anbieters zu halten, erfolgreich. Dies wird noch deutlicher, wenn die Ziele nach der Siedlungsstruktur aufgeschlüsselt werden. Danach zogen über 75 Prozent wieder in den Plattenbau, knapp 19 Prozent zogen in die städtische Siedlungsstruktur und weniger als 4 Prozent zogen in die dörfliche Siedlungsstruktur.

### Anmerkungen:

- 1 Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Kommunalstatistisches Heft 54, Gebäude- und Wohnungsbestand 2005, S. 18
- 2 ebenda, S. 20
- 3 Die Altersgrenzen werden in der Literatur nicht einheitlich benutzt. Älter als 80 Jahre waren etwa drei Prozent der Betroffenen.

# Wohnen in El Salvador: Bittere Wirklichkeit

Thorsten Heitkamp, Dortmund

Der erste Beitrag zur Situation der Wohnraumversorgung und Wohnungspolitik in El Salvador (Heft 1/2006) analysierte die wichtigsten sektoralen Akteure und Finanzierungsinstrumente in El Salvador. Ein Resümee war, dass de facto keine im Sinne einer für alle relevanten Akteure verbindliche nationale Wohnungspolitik existiert und einzelne Akteure ohne Koordination untereinander auf den Wohnungsmärkten agieren. Internationale Geber- und Hilfsorganisationen versuchen ihrerseits Ansätze einer sozialen, bedarfsorientierten Wohnraumversorgung zu entwickeln und in die nationale Politik zu vermitteln. Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass zahlreiche Naturkatastrophen ad hoc-Reaktionen auf plötzlich eintretende massive Wohnungsnotstände erfordern, welche die finanziellen und technischen Ressourcen über Jahre binden und das politische Denken und Handeln bestimmen.

Dieser Beitrag geht auf die Frage ein, welche Handlungsspielräume für eine bedarfsorientierte Politik bestehen und mit welchen Problemen sie konfrontiert werden. Ein abschließender Exkurs skizziert ein erfolgreiches Projekt zur Sicherung von Wohnraum durch Maßnahmen der integralen Wohnumfeldverbesserung, das einen anerkannten Modellcharakter für ähnliche Vorhaben in Mittelamerika besitzt.

## Wohnraum und Verfassung

Die salvadorianische Verfassung stellt in Art. 119 als ein Staatsziel fest, dass eine ausreichende Wohnraumversorgung und die Erreichung einer hohen Eigentümerquote von sozialem Interesse seien<sup>1</sup>. Gleichwohl verpflichtet die Verfassung den Staat nicht zu einer ausreichenden Bereitstellung von Wohnraum, d. h. adäquater Wohnraum ist durch die Bevölkerung nicht unmittelbar einklagbar. Und der formelle Wohnungsbau (über anerkannte Bauträger und/oder Baugenehmigung) ist weit davon entfernt, eine ausreichende Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsteile sicherzustellen, da er arme Bevölkerungsschichten kaum erreicht (vgl. Heft 1/2006). Die Folge sind informell errichtete Siedlungen, die keiner Planung unterliegen und deren Eigentümerstatus oft nicht geklärt ist.

Das Regierungsprogramm der rechtskonservativen ARENA-Partei sieht für die laufende Legislaturperiode (2004 – 2009) vor, auch die informell (d. h. ohne gültigen Arbeitsvertrag) beschäftigte Bevölkerung, die nach Schätzungen ca. 70% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (offiziell ab 10 Jahren) umfasst, in die staatlichen Förderprogramme zur Wohnraumversorgung einzubeziehen. Wie diese Zielsetzung finanziert werden soll,



Ländliches Wohnen

erläutert das Regierungsprogramm nicht; sie kann letztlich nur als ein „Auftrag“ an internationale Geber- und Hilfsorganisationen verstanden werden. Die Erschließung neuer Finanzierungsquellen, wie z. B. der Grundsteuer – die mit Ausnahme von El Salvador in ganz Lateinamerika existiert –, ist seit Jahren in der Diskussion, ohne dass greifbare Fortschritte erzielt werden.

## Kein Primat der Politik

Für den Aufbau einer nachhaltigen, auf einen sozialen Ausgleich ausgerichteten nationalen Wohnungspolitik ist – in einem sozioökonomisch derart polarisierten Land wie El Salvador – die Stärkung der staatlichen Steuerungsfunktion von grundlegender Bedeutung. Beginnen könnte sie mit einer besseren Koordinierung vorhandener Ressourcen, auch die der internationalen Geber- und Hilfsorganisationen. Das setzt eine vorherige politische Verständigung

**Informelle Siedler**

gung über Leitlinien und Ziele einer nationalen Wohnungspolitik voraus. Sie ist bis heute nicht erfolgt, auch weil die politischen Parteien – und damit die nationale Politik – eng mit der nationalen Wirtschaft verwoben sind, sodass ein Primat der Politik nie existierte.

El Salvador weist gegenwärtig eines der weltweit neoliberalsten Wirtschaftssysteme auf, in dem es für eine regulierende, auf Chancengleichheit und sozialen Ausgleich ausgerichtete staatliche Steuerungsfunktion keinen Platz gibt. Nicht profitträchtige oder mit zu hohen finanziellen Risiken behaftete Handlungsfelder werden konsequent ausgeblendet bzw. der internationalen Gemeinschaft überlassen. Der Wohnraum der in Armut lebenden Bevölkerungsteile wird größtenteils von ausländischen Geber- und Hilfsorganisationen finanziert.

**Geringe politische Bedeutung**

Ein Ausdruck der weiterhin geringen politischen Bedeutung der Wohnungsfrage ist die Tatsache, dass dem zuständigen Vize-Ministerium ein Jahresbudget von ca. 3-4 Millionen US-Dollar zur Verfügung steht; eine Summe, die keinen Spielraum für eine quantitative und/oder qualitative Beeinflussung der Wohnraumversorgung bietet. Im Rahmen der

ihm übertragenden Funktionen ist es jedoch möglich, über die Genehmigung und Kontrolle von Flächennutzungs- und Bauungsplänen Ansiedlungen in Gebieten, die durch Georisiken (insbesondere Erdbeben oder Überschwemmungen) gefährdet sind, zu verhindern und damit die vielfältigen Risiken des Wohnens in El Salvador einzuschränken<sup>2</sup>. Aber selbst wenn vorhandenes Personal und Geld für diese Aufgaben genügen würden, wäre das Problem, dass informelle Siedler (und nicht nur sie) Baugenehmigungen nicht beantragen, weiterhin ungelöst.

**Bau- und Planungsrecht**

Eine strikte Anwendung des durchaus vorhandenen Bau- und Planungsrechts und eine rigorose Sanktionierung von Verstößen würden große Teile der Bevölkerung aufgrund zu hoher Immobilienkosten von jeglichem Zugang zu den Wohnungsmärkten ausschließen. Demnach muss eine staatliche Wohnungspolitik sich auch zum Ziel setzen, den formellen Wohnungsbau auf die armen Bevölkerungsschichten auszuweiten. Das bedeutet u. a. die Bereitstellung adäquater finanzieller Förderinstrumente, insbesondere flexibel ausgestalteter Kleinkredite zu (relativ) niedrigen Zinssätzen, die über die am Markt operierenden Kreditinstitute i. d. R. nicht erhältlich sind. Aber Haushalte, die kein Einkommen aufweisen bzw. von weniger als einem US-Dollar/Tag pro Person leben, werden selbst Kleinkredite nicht aufnehmen können. Und ein breit angelegtes Programm staatlicher Subventionen für eine ausreichende Wohnraumversorgung ist u. a. wegen der Dimension des Pro-

blems weder finanzierbar noch politisch gewollt.

**Integrierte Armuts politik**

Die Verbesserung der Wohnraumversorgung der armen Bevölkerungsteile kann insbesondere über eine so genannte *pro poor growth* – Politik, über eine integrierte Politik der Armutsbekämpfung erreicht werden. Einzelne staatliche Institutionen sind mit der Dimension der Aufgabe überfordert. Unter den Rahmenbedingungen größter Armut und Perspektivlosigkeit weiter Bevölkerungsteile bieten strikt sektoral ausgerichtete Strategien kaum der Dimension des Problems angemessene Lösungsansätze. Oft sind die weiteren Mängel im Wohnumfeld (insbesondere ein unzureichender Zugang zu den Arbeitsmärkten) zu gravierend, um durch eine ausschließliche Verbesserung der Wohnraumversorgung das eigentliche strukturelle Problem des jeweiligen Haushaltes entscheidend zu beeinflussen: Ein Leben in absoluter Armut, das viele Haushalte zwingt an einen anderen Ort zu ziehen, der vermeintlich bessere Überlebenschancen bietet. Es bedarf der koordinierten Zusammenarbeit vieler staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen und Organisationen, um parallel zur Verbesserung der Wohnraumversorgung konkrete Perspektiven für eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen aller Bewohner zu schaffen.

**Effektive Politikberatung**

Die Umsetzung dieser Erkenntnis in die politische Praxis erfolgt auch in El Salvador nur äußerst zögerlich. Externe Impulse können diesen Pro-

Übergabe einer Wohnung, die eine spanische Sparkasse finanziert hat



zess beschleunigen. Eine ausschließliche Politikberatung wird die der nationalen Politik hinterwohnenden gewinnorientierten Entscheidungsmechanismen jedoch nicht beeinflussen. Aussichtsreicher und effektiver ist es, in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen, verantwortungsvollen nationalen Nichtregierungsorganisation direkt in genau definierte Projekte zu investieren, die mit allen wichtigen Akteuren, d. h. auch mit der Bevölkerung, abgestimmt und durchgeführt werden. Damit wird know how vergleichsweise verlustfrei vermittelt und die Basis nationaler Experten beträchtlich erweitert. Derartige „best practices“ stellen zudem eine effektive Form der Politikberatung dar, u. a. auch weil sie den weiteren mittel- und unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen, z. B. die Verbesserung des Investitionsklimas oder der Standortqualität, erkennen lassen. Quintessenz ist, dass – in vielen Fällen – nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen sowie internationale Geber- und Hilfsorganisationen wesentliche Innovationsträger sind und ihre Arbeit trotz oder gerade wegen der schwierigen Rahmenbedingungen unverzichtbar bleibt, was der nachfolgende knappe Exkurs aufzeigen will.

### Exkurs: Wohnumfeld als „best practice“

Ein Beispiel für Investitionen in das Wohnumfeld mit dem Ziel der Sicherung vorhandenen Wohnraumes ist das Projekt „Las Palmas“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die für die Bundesrepublik das Instrument der finanziellen Zusammenarbeit ist. In den vergangenen Jahren investierte

sie in die Stadterneuerung der illegal errichteten Siedlung Las Palmas, einem innerstädtischen Gebiet der Landeshauptstadt San Salvador, ca. 6,9 Millionen Euro, umgerechnet fast 10.000 US-Dollar je angetroffener Wohneinheit. Technische und soziale Infrastrukturen (Schule, Bürgertreff, Sportplatz, etc.) wurden komplett neu erstellt, die angetroffene Gebäudesubstanz jedoch nicht verändert. Vorrangig war die Legalisierung der Wohnsituation der Bewohner, d. h. die Grundbucheintragung als Eigentümer der Immobilie, deren Kosten von der KfW übernommen wurden. Auch andere Methoden und Verfahren waren neu, z. B. die Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen einzelner Durchführungsphasen, um das Demokratieverständnis unter der Bewohnerschaft zu stärken. Einfachere Arbeiten wurden zur Stärkung der Mitverantwortung der Bewohner für ihren Wohnort in Selbsthilfe durchgeführt. Diese Verfahren waren – und sind – für die Nachhaltigkeit des gesamten Stadterneuerungsprozesses von großer Bedeutung. Personen, die über keine beruflichen Qualifikationen verfügten, wurden Grundlagen ausgewählter Gewerke vermittelt, was ihnen z. T. den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichte, in jedem Fall aber ihre Selbstachtung stärkte. Der Erfolg des Projektes ist dazu augenscheinlich: Im gesamten Quartier sind kaum Banden-Graffiti zu sehen, der öffentliche wie private Raum ist gepflegt und sauber. Aber ein anderes Faktum ist von besonderem Interesse: Eine im Auftrag der KfW von einer salvadorianischen NGO im Quartier durchgeführte repräsentative Umfrage ergab, dass der Stadterneuerungsprozess in fast je-



Las Palmas

der Wohneinheit private Investitionen von mehreren Hundert US-Dollar auslöste. Hier wurde (in El Salvador zum ersten Mal empirisch belegt) erreicht, was von einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten (öffentlichen) Investition verlangt wird: Die Steigerung ihrer Effizienz durch eine möglichst starke Mobilisierung privater Investitionen (Kredite, Rücklagen). Heute gilt der Stadterneuerungsprozess von Las Palmas als ein anerkanntes Vorbild für ähnliche Vorhaben in ganz Mittelamerika, was in El Salvador bereits dazu führte, dass weitere Stadterneuerungsprozesse, die auf den Erfahrungen von „Las Palmas“ aufbauen, initiiert wurden (u. a. „Los Manantiales“ in San Salvador, finanziert u. a. von der KfW).

Die Fotos stammen vom Autor.

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Der staatliche Wunsch einer hohen Eigentümerquote treibt in Mittelamerika seltsame Blüten: In Guatemala, einem Nachbarland von El Salvador, werden Mietwohnungen zum quantitativen Wohnungsdefizit gezählt.
- <sup>2</sup> Der Aufgabenbereich des Vize-Ministeriums umfasst auch die Stadt- und Regionalentwicklung inklusive der Erteilung von Baugenehmigungen außerhalb der Metropolregion von San Salvador. Dort ist für die Erteilung der Baugenehmigungen die Oficina de Planificación del Área Metropolitana de San Salvador (OPAMSS) zuständig.

### Sekundärwirkung der Stadterneuerung

### NGO-Umfrage

# Als der Herr Fünf die Dame Juli trug

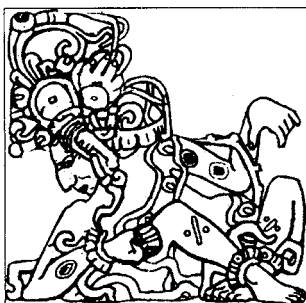
## Zahlen als Götter

Jürgen Seitz, Bonn

### DIE GÖTTER DER ZAHLEN 1 BIS 10



Eins



Zwei

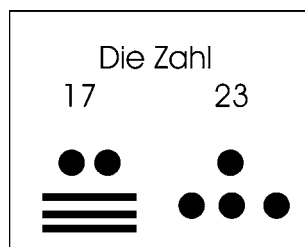


Drei

Sie kennen unser Dezimalsystem. Sie wissen auch, dass es andere Zahlssysteme gibt. Computer arbeiten intern mit einem Binärsystem, weil dieser nur die Zustände Strom an = 1 und Strom aus = 0 kennt. Vielleicht wissen Sie auch, dass das Volk der Maya ein Zahlensystem auf der Basis 20 hatte. Die spanischen Eroberer haben nicht nur fast sämtliche einheimischen Schriften, sondern auch die Menschen verbrannt, die das alte Wissen bewahrten. Deshalb kann nur mühsam rekonstruiert werden, was es einst gegeben hat. Inzwischen ist das meiste entziffert. Wir wissen, dass die Maya eindrucksvolle Berechnungen vorgenommen haben. Sie erstellten Zahlentafeln, aus denen sich die Umläufe des Planeten Venus ergeben und sie besaßen einen Kalender, der dem damaligen europäischen Kalender überlegen, nämlich genauer war. Was Sie wahrscheinlich nicht wissen ist, dass die Zahlen selbst einen anderen Charakter hatten als unsere Zahlen. Sie konnten Quantitäten angeben. Sicher. Darüber hinaus besaßen sie aber eine Eigenschaft, die wir Zahlen nicht beilegen würden: Sie galten als übernatürliche Wesen.

Die Zahlen der Maya wurden mit nur drei Zeichen wiedergegeben: einem Punkt für 1, einem Strich für 5 und dem Abbild einer Muschel für 0. So ergeben drei Striche und zwei Punkte die Zahl 17. Das Zahlensystem der Maya arbeitet,

wie unseres, mit Stellenwerten. Ein Punkt oben und drei Punkte darunter ergeben 23. Neben der Darstellungsform mit Punkten und Strichen gibt es für die Zahlen bis zwanzig auch eine, die unterschiedliche Köpfe zeigt und gelegentlich kommen auch ganze menschliche Figuren vor, die für Zahlen stehen.



Es gibt Hinweise darauf, dass diese Figuren (und Köpfe) Abbilder vergöttlichter Zahlen sind. Es ist nicht einfach, diese Götter und Zahlen direkt zuzuordnen. Offenbar haben die Maya ihre Götter nicht statisch gesehen. Die Götter wurden geboren, wurden alt und sie starben – um wieder aufzustehen. Und mehrere einzelne Götter konnten auf einer höheren Ebene zu einer Gottheit auf einer anderen Ebene verschmelzen. Als sicher wird heute angenommen, dass es zumindest einige Götter gab, die auch mit Zahlen identifiziert wurden. Insbesondere werden die Götter der Zahlen vier, neun und dreizehn (Oxlahun Ti Ku) genannt. Der Sonnengott gehört zur Zahl 4, der Maisgott ist mit der Zahl 8 verbunden, der Tod steht für die Zahl 10 und der Regengott ist Patron der Zahl 13. Damit sind die Zahlen lebendig und haben Eigenschaften. Sie können gut

und schlecht, jung oder alt, männlich oder weiblich sein oder auch launisch oder großzügig.

Möglicherweise gab es die Vorstellung von Göttern, die die Zeit als Bündel trugen. So könnte man sich einen Rastplatz dieser Götter vorstellen, den Ort der Null. Es gab nicht nur eine Verknüpfung von Göttern und Zahlen, sondern auch eine Verbindung mit Zeitperioden, mit Tagen und mit Zyklen, wie in unserer Kultur mit Wochen und Monaten. Diese Götter sind Träger von Kalendereinheiten. Auf diese Art wurde ein Datum dargestellt, so als würde der Herr Fünf die Dame Juli tragen, um den 5. Juli zu bezeichnen. Allerdings besaßen die Maya einen Kalender, der nicht mit Wochen und Monaten agierte, sondern mit Einheiten von dreizehn und von zwanzig Tagen. Diese Einheiten ergeben fortlaufende Zyklen von 260 Tagen (13 x 20; Tzolkin) und wurden mit Zyklen von 18 x 20 Tagen (360) + 5 Tagen (1 Jahr; Haab) verbunden um Einheiten von 52 Jahren zu formen.

Hinter Zahlen als Wesen stecken Vorstellungen, die über ein Zählen deutlich hinaus gehen. Das hat eher etwas mit Wahrsagerei zu tun. Wenn ich Wesen kenne, die den jeweiligen Tag regieren, dann kann ich über die Eigenschaften der Regenten eine Prognose über die Qualität des Tages abgeben, die diesen für ein Unterfangen günstig oder ungünstig

werden lässt. Und ich kann auch Einfluss nehmen, indem ich die Regenten durch Gebete, Bitten oder kleine Geschenke geneigt mache oder sie auch zu bestechen versuche oder sie sogar bedrohe.

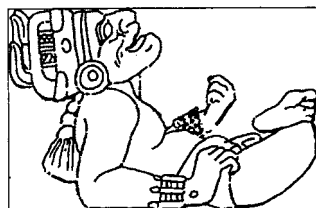
Die Maya haben, wie wir, mit ihrem Kalender Ereignisse zeitlich fixiert. Und sie haben Zahlen sicher auch zum Zählen, also auch für Statistiken verwendet. Viel bedeutender war aber offenbar die mantische Funktion, also die Möglichkeit mit seiner Hilfe günstige und ungünstige Zeitpunkte festzustellen. Eine besondere Bedeutung hatte für eine agrarische Bevölkerung die Festlegung von Zeitpunkten, die mit Feldarbeiten verbunden waren. Und damit hatte sie eine durchaus auch nach unseren Vorstellungen notwendige Funktion. Da auch Gestirne als göttlich angesehen wurden und damit einen Einfluss auf das Leben der Menschen hatten, wurde es wichtig, den Lauf der Gestirne vorherzusagen. Die Maya haben hier bedeutendes geleistet.

Zahlen als Götter und Wahrsagerei, das klingt jetzt vielleicht sehr weit weg. Für uns haben Zahlen nur eine Eigenschaft, nämlich ihren Zahlwert. Der kann im Zusammenhang mit dem, was wir zählen, gut oder schlecht sein. Mehr Geld ist uns meist lieber als weniger. Aber: Wir könnten uns doch auch Eigenschaften von Zahlen vorstellen, die über ihren numerischen Wert hinaus gehen – aber natürlich mit ihm zusammenhängen. Sie wären in der Regel von der Reihenfolge abgeleitet. Die 1 hat als erste Zahl eine prominente Stellung und könnte einen Beginn bezeichnet aber auch etwas Geringwertiges. Die Null hat andere Eigenschaften. Sie ist einerseits leer, besitzt also keinen eigenen Wert, beeinflusst den Wert einer anderen Zahl aber ganz gewaltig. Dann gibt es die Möglichkeit der Übertragung. So könnte auf die 9 eine

Eigenschaft „Fruchtbarkeit“ übertragen werden, weil die menschliche Schwangerschaft 9 Monate lang dauert. Damit bekommen Zahlen auch mantische Qualitäten. Letztlich sind auch unserer Kultur solche Spekulationen nicht völlig fremd. Sind wir doch mal ehrlich. Sehen Sie vielleicht nicht doch die 13 und damit alles was mit 13 zu tun hat, als ungünstig an? Wie bei den Maya wurden auch bei uns Zahlen dazu benutzt, etwas herauszufinden, das der rationale Verstand nicht wissen kann, z.B. zukünftige Ereignisse. Solche Vorstellungen lagen oder liegen z.B. der Wahrsagerei mit Spielkarten zugrunde.



Vier



Fünf



Sechs



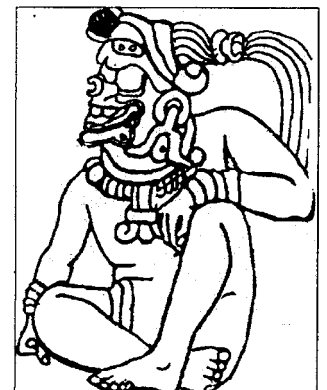
Neun



Sieben



Acht



Zehn

## Fortzüge ins Ausland – Transnationale Mobilität trifft Deutschland

# Exodus der hochqualifizierten Deutschen?

Michael Haußmann, Stuttgart

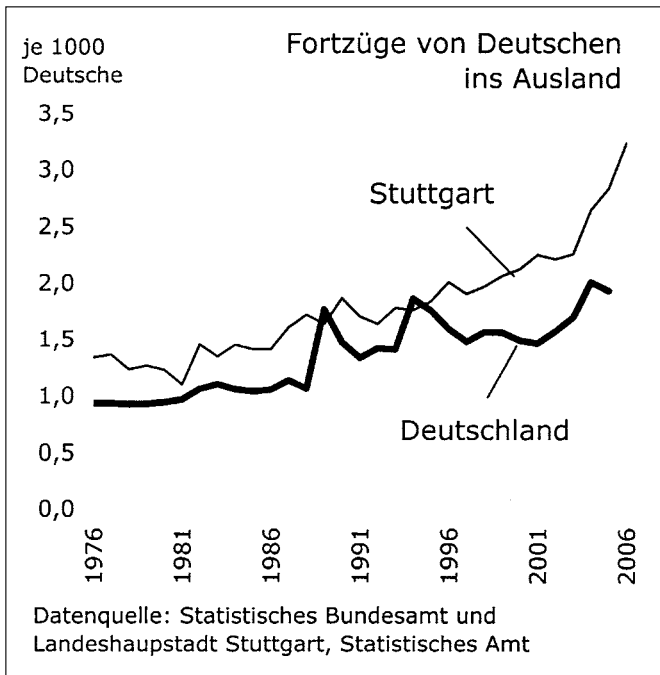


Abbildung 1

Dass Deutsche ins Ausland ziehen, haben namhafte Magazine als vermeintlich hochbrisantes Thema in die öffentliche Diskussion eingebracht. Beispiele sind das Manager-Magazin mit „Wir bluten aus“, die Zeit mit „Nix wie weg!“ oder die FAZ mit „Brain drain: Kluge Köpfe auf der Walz“. Selbst die Presse im Ausland nimmt Notiz: „Die Deutschen kommen“ titelte die Neue Züricher Zeitung, „Goodbye fatherland“ war im Economist zu lesen.

Doch wie sehen die Fakten aus? Sind nur ausblutende Räume mit hoher Arbeitslosigkeit betroffen oder ist der ange-deutete Trend deutschlandweit

beobachtbar? Ist das Thema auch für eine wirtschaftskräftige Stadt wie Stuttgart relevant? In der Befragung „Perspektive Deutschland“ liegt die Schwabenmetropole in punkto Lebensqualität immerhin ganz oben, zahlreiche Rankings attestieren eine hohe Attraktivität und Zukunftsfähigkeit.

Die öffentliche Berichterstattung in den Medien erfolgt meist anekdotisch in Form von Erfahrungsberichten, eine synthetische Betrachtung der Zahlen und Zusammenhänge fehlt. Eine objektive Einschätzung der Situation ist eine wichtige Aufgabe für die Statistik. Dieser Beitrag soll Licht in das Thema bringen.

### Mehr Fortzüge – Negativer Saldo

Nimmt man sich als erstes die prominent durch die Presse gewanderte Zahl der Fortzüge von Deutschen ins Ausland vor, so ist ein deutlicher Anstieg nicht zu leugnen (siehe Abbildung 1). Seit 1976 hat sich die Zahl bezogen auf die deutsche Bevölkerung mehr als verdoppelt. Interessanterweise liegen die Werte in Stuttgart zum einen höher, zum anderen steigt die Kurve steiler an als im Bundesgebiet. Ein Ende ist nicht abzusehen: Aus Stuttgart liegt als „Frühindikator“ bereits die aktuellste Zahl für das Jahr 2006 vor. Hier war im letzten

Jahr abermals eine deutliche Steigerung um 15 Prozent zu verzeichnen.

Warum ist das Thema erst in den letzten Jahren in die öffentliche Diskussion gelangt, obwohl der Trend schon lange ablesbar ist? Das liegt unter anderem daran, dass die Zahl der Fortzüge nach dem Fall der eisernen Mauer von den (Spät-)Aussiedlerzuzügen überdeckt wurde. Erst nachdem letztere in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen sind, wurde der schleichende Schwund wieder deutlicher sichtbar. Der Wanderungssaldo der Deutschen ist dadurch im Bundesgebiet erst seit 2005 negativ, in Stuttgart seit 2002. Ein schärferes Bild ergibt sich dann, wenn man die Zuzüge von (Spät-)Aussiedlern herausrechnet. Dann ist Netto in Deutschland seit mehr als 30 Jahren ein negativer Wanderungssaldo und damit ein schon lang anhaltender, schleichender Abfluss zu konstatieren (siehe Abb. 2). Die dargestellten Zahlen dürften die Situation sogar leicht unterschätzen, da in einigen Fällen, insbesondere bei kurzfristigen Auslandsaufenthalten, ein Wohnsitz in Deutschland beibehalten wird. Ein zweiter Unschärfefaktor ist die Tatsache, dass gerade bei Fortzügen ins Ausland teilweise Abmeldungen unterlassen werden.

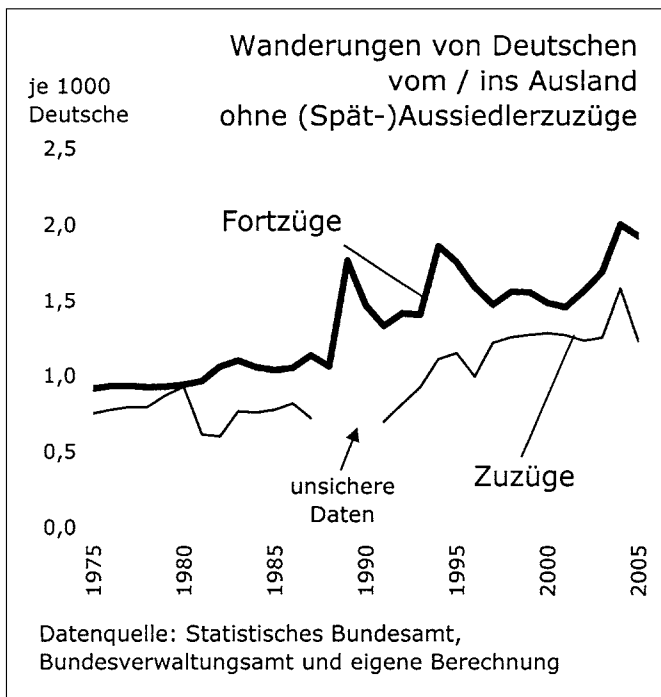


Abbildung 2

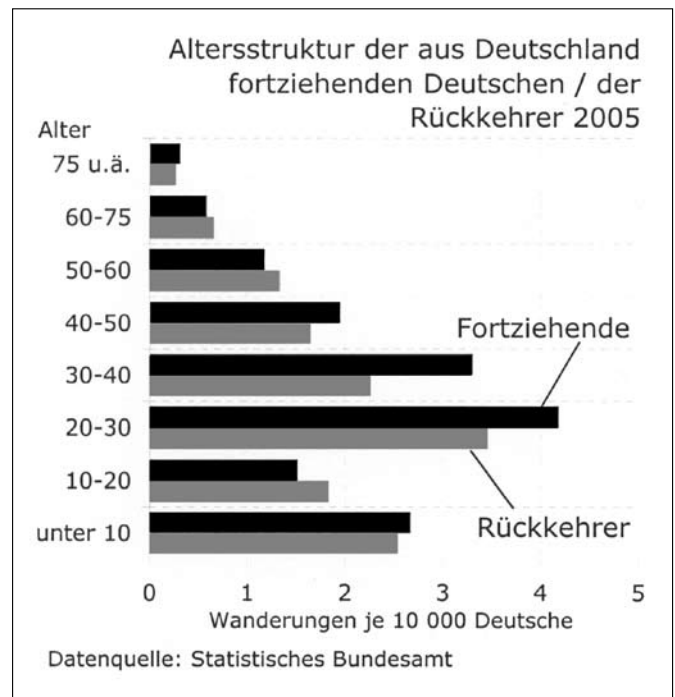


Abbildung 3

### Wer zieht ins Ausland?

Wie nicht anders zu erwarten, hängt die Mobilität stark vom Alter und der Lebensphase ab (siehe Abbildung 3). Am mobilsten sind die 20- bis 30-Jährigen, darunter Studenten und Berufsanfänger. Interessant ist die Betrachtung der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen: Hier ist der Einwohnerverlust per Saldo am höchsten, d.h. es ziehen deutlich mehr Personen ins Ausland, als von dort derzeit wieder zurückkehren. Wie man an der Zahl von Kindern und Jugendlichen sehen kann, sind auch viele Familien unter den Fernwanderern. Die Zahlen legen nahe, dass eher Familien mit kleinen Kindern fortziehen, hier sind Verluste zu verzeichnen. Familien mit schulpflichtigen Kindern gehören dagegen eher zu den Rückkehrern. Die viel zitierte steigende Altersruhesitzwanderung von Deutschen ins Ausland kann nur in geringem Maße abgelesen werden. Hier könnte mit hinein spielen, dass viele Senioren,

die einen Wohnsitz im Ausland begründen, eine Wohnung in Deutschland beibehalten und somit statistisch nicht erfasst werden.

### Wie sind die Fortziehenden qualifiziert?

Dazu kann die amtliche und die kommunale Statistik keine hinreichenden Antworten liefern, die Sozialforschung jedoch schon: Eine Untersuchung auf Basis des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP)<sup>1</sup> zeigt, dass die Fortziehenden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eher erwerbstätig und eher jünger sind. Die Abwanderung aus Deutschland scheint also nicht in erster Linie eine Chance für Arbeitslose zu sein. Signifikant sind die hohen Anteile von Fortziehenden mit Uni-/FH-Abschluss sowie von Berufstätigen im Management und von Selbständigen. Die Daten des European Labour Force Surveys<sup>2</sup> bestätigen dies und geben darüber hinaus Aufschluss

darüber, dass sich die Trends verstärken. Insbesondere die Fortzüge der Jüngeren und Qualifizierteren nehmen demnach zu.

### Wo wohnten die Fortziehenden?

Karte 1 zeichnet ein erstaunliches Bild: In dunklem Ton sind die Gebiete eingefärbt, aus denen überproportional abgewandert wird. Es sind dabei keineswegs wirtschaftsschwache Regionen. Im Gegenteil, es sind die derzeit prosperierenden wirtschaftlichen Kernräume, außerdem die Grenzregionen zur Schweiz, nach Österreich und Frankreich.

### Wohin wird abgewandert?

In die Schweiz besteht derzeit ein deutliches Abwanderungsgefälle. Deutlich dahinter folgen Österreich, die USA sowie Großbritannien. In Stuttgart hat sich bereits China unter den stärksten Abwanderungsmagneten platziert. Daneben

### Gebildete Berufstätige ziehen weg

Länder, in die 2005 ein Abwanderungsgefälle bestand

Deutschland	Zuzüge je 100 000 Deutsche Einwohner	Fortzüge	Saldo
Schweiz	7	19	-12
Österreich	6	12	-6
USA	12	18	-6
Großbritannien	6	12	-6

Stuttgart	Zuzüge je 100 000 Deutsche Einwohner	Fortzüge	Saldo
Schweiz	11	35	-24
USA	18	36	-19
Großbritannien	16	22	-6
Österreich	10	16	-6
China	5	11	-6

Länder, mit denen 2005 rege, aber ausgeglichene Wanderungsverflechtungen bestanden

Deutschland	Zuzüge je 100 000 Deutsche Einwohner	Fortzüge	Saldo
Polen	16	12	+4
Spanien	8	10	-2
Frankreich	7	10	-2

Stuttgart	Zuzüge je 100 000 Deutsche Einwohner	Fortzüge	Saldo
Polen	21	19	+2
Spanien	13	16	-3
Frankreich	15	15	0
Italien	9	10	0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Tabelle 1

existieren rege, aber größtenteils ausgeglichene Wanderungsbeziehungen mit Polen, Frankreich, Italien und Spanien (siehe Tabelle 1). Insbesondere mit Polen sind intensive Pendelwanderungsverflechtungen bekannt.

Betrachtet man den derzeit stärksten Magneten Schweiz näher, so fällt deutlich auf, dass sich der Wanderungsverlust dorthin innerhalb von sechs Jahren mehr als verdoppelt hat (siehe Abbildung 4). Seit 2000 beträgt der Schwund insgesamt knapp 40 000 Personen. Dies ist nicht zuletzt mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen Verträgen zu erklären. Alleine ein Drittel des Wanderungsverlusts in Richtung Schweiz geht auf das Konto Baden-Württembergs. Dies liegt unter anderem daran, dass viele deutsche Grenzgänger ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen konnten. Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen, insbesondere weil die derzeit geltenden und voll ausgeschöpften Mengenbeschränkungen nach Ablauf der

fünffährigen Übergangsfrist ab dem 1.6.2007 aufgehoben werden. Die Verluste nach Österreich verlaufen noch dynamischer: Die Werte haben sich innerhalb von sechs Jahren verdreifacht, die Verluste nach Großbritannien sogar vervierfacht.

### Erklärungsansätze

Als ein Mosaikstein zur Erklärung der skizzierten Entwicklung ist die steigende Zahl deutscher Auslandsstudenten zu nennen. Deren Zahl hat sich zuletzt um jährlich etwa 3000 erhöht. Beliebte Studienorte sind vor allem Großbritannien, die USA sowie unsere Nachbarländer Niederlande, Schweiz, Österreich und Frankreich. Das Anwachsen der Zahl der Auslandsstudenten ergibt zwar per se einen negativen Wanderungssaldo, sie kann aber in der Höhe die Verluste nur zu einem Bruchteil erklären (siehe Abbildung 5).

Weit wichtiger scheint die beruflich bedingte Mobilität aufgrund der internationalen Verflechtungen von Unternehmen im Rahmen der Globalisierung

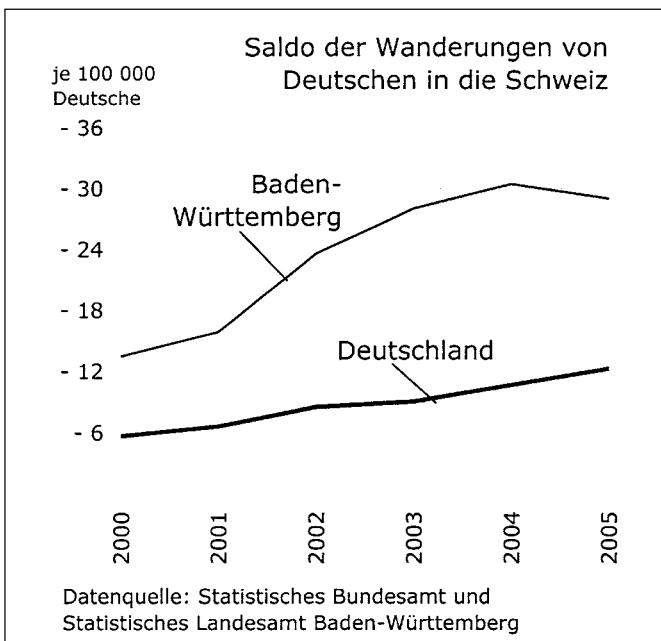


Abbildung 4

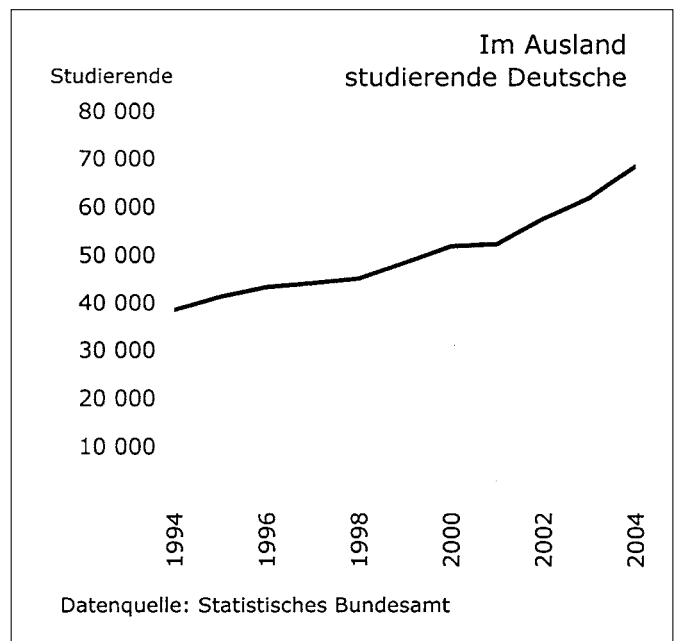


Abbildung 5

zu sein. Ein wichtiger Indikator ist dabei der Anteil der Direktinvestitionen im Ausland am Bruttoinlandsprodukt. Diese werden nicht nur getätigt, um auf billigere Arbeitskräfte zurückgreifen zu können, sondern insbesondere, um strategisch wichtige Märkte zu erschließen. Die Höhe der Direktinvestitionen von deutschen Firmen im Ausland sowie von ausländischen Unternehmen in Deutschland ist seit Mitte der 90er Jahre deutlich gestiegen (siehe Abbildung 6). Mit der steigenden Zahl von internationalen Unternehmenstätigkeiten steigt gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dass deutsche Arbeitskräfte in Zentralen oder Tochterfirmen im Ausland eingesetzt werden. International verflochten sind dabei vor allem Unternehmen mit einem hohen Exportanteil sowie Firmen im Bereich unternehmensorientierte Dienstleistungen und Finanzen. Vergleicht man die wirtschaftlichen Kernräume dieser Bereiche mit den Räumen, aus denen überdurchschnittlich häufig fortgezogen wird, so fällt die hohe Übereinstimmung auf (siehe Karte 1 in Verbindung mit Karte 2). Auch aus der räumlichen Verteilung wird somit ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Globalisierung der Wirtschaft und der steigenden Mobilität deutlich.

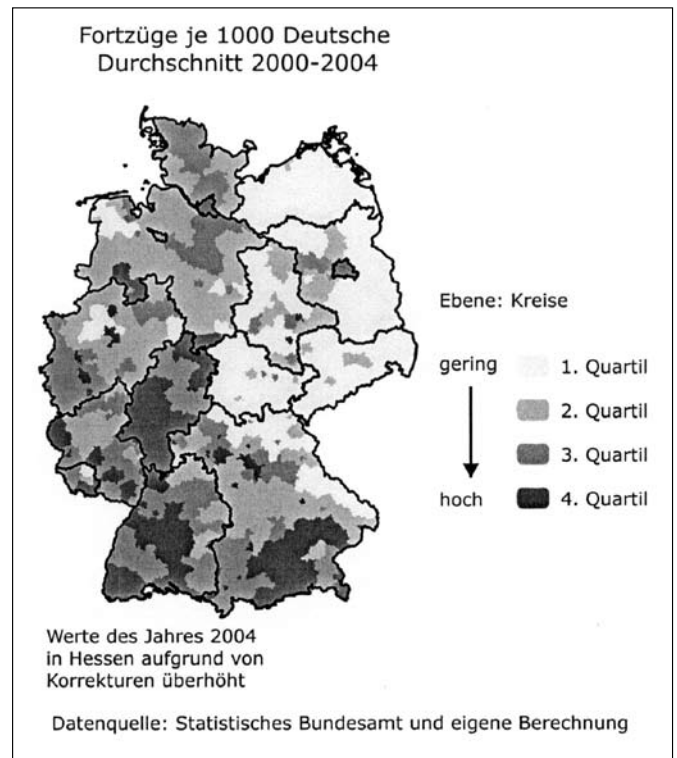
Was der temporären wie der längerfristigen Abwanderung im privaten Bereich entgegenkommt, ist der sinkende Anfangswiderstand. Informationen, Ansprechpartner und Erfahrungsberichte aus der Praxis sind heute im Internet in Minutenschnelle recherchierbar, und internationale Arbeitsvermittlungen wie die ZAV oder EURES vermelden ständig steigende Vermittlungszah-

len. Die „Markttransparenz“ macht ökonomisch vernünftiges Handeln möglich. Auch ist die Welt durch e-mail und sinkende Telekommunikationskosten enger zusammengedrückt, sodass soziale Kontakte zur Familie und zu Freunden und Bekannten auch über weite Strecken aufrecht erhalten werden können.

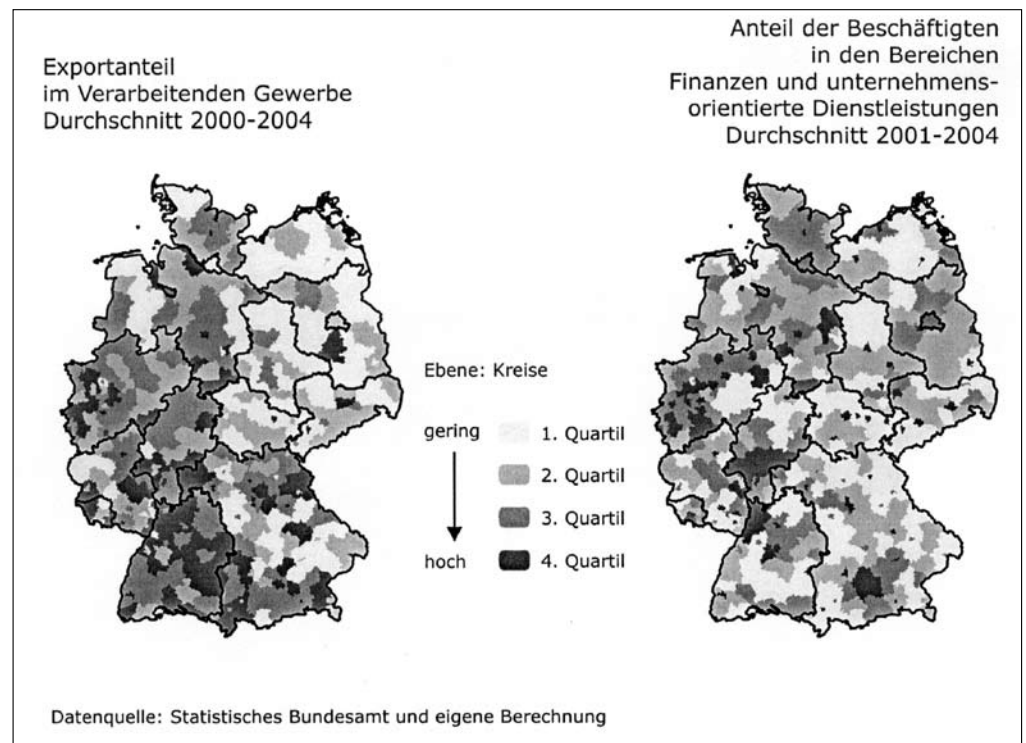
Dass es sich bei den Wandermotiven um ein ganzes Bündel handelt, wird aus den Ergebnissen der (über den Fokus Deutschland hinausgehenden) empirischen Untersuchung der Mobilität innerhalb der EU im Rahmen des PIONEUR-Projekts<sup>3</sup> deutlich. Von 5000 befragten EU-Bürgern aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien, die in den genannten Ländern als Ausländer lebten, bezeichnete rund ein Viertel „Arbeit“ als Wanderungsgrund, von den Männern sogar ein Drittel. 30 Prozent gaben „Familie / Liebe“ an, insbesondere Frauen mit 37 Prozent. Für ein weiteres Viertel war

„Lebensqualität“ die Motivation, für 7 Prozent „Studium“, und 13 Prozent gaben mehrere bzw. andere Gründe an. Interessant ist insbesondere die Tatsache, dass die Hälfte der Befragten bereits Auslandsaufenthalte in anderen Ländern vorzuweisen hatte.

Karte 1



Karte 2



**Transnationale  
Arbeitsmobilität****Eine kurzfristige  
Mode?**

Nach Berechnungen der OECD<sup>4</sup> leben heute knapp 3 Millionen in Deutschland Geborene in anderen OECD-Ländern. Diese werden im internationalen Jargon „Expatriates“ genannt. Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten ist nur die Zahl der Expatriates aus England höher, die klassischen Gastarbeiterländer Südeuropas liegen zahlenmäßig darunter. Der Anteil der hochqualifizierten Expatriates aus Deutschland ist mit knapp 30% zwar nicht gering, aber im internationalen Vergleich auch nicht Besorgnis erregend hoch: Sowohl Frankreich als auch Großbritannien haben höhere Quoten vorzuweisen.

**Fazit**

Wer beim Thema „Zunahme der Fortzüge von Deutschen ins Ausland“ nur „fahnenflüchtige“ Hochqualifizierte, Aussteiger oder Ruhestandswanderer vor Augen hat, der greift zu kurz. Wie der Beitrag gezeigt

hat, spielt insbesondere die gestiegene transnationale Arbeitsmobilität im Rahmen der Globalisierung eine wesentliche Rolle. Deutschland als Exportnation mit zahlreichen supranationalen wirtschaftlichen Verflechtungen ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen, aber nicht alleine auf der Welt. Dabei ist nicht nur ein „neutraler“ Austauschprozess zu beobachten: Der Trend geht dahin, dass der Wanderungssaldo der Deutschen dauerhaft negativ bleibt, wenn auch in einem Bereich, der volkswirtschaftlich (noch) nicht relevant ist.

Aus welchen Beweggründen fortgezogen wird und ob es sich um kurz- oder langfristige Aufenthalte handelt, muss auf Basis der derzeit vorhandenen Datenlage weitgehend im Nebel bleiben. Es bleibt festzuhalten, dass der aufgezeigte Trend keinerlei Sättigungseffekte zeigt, sodass weiterer empirischer Forschungsbedarf besteht und ein weiteres statistisches Monitoring notwendig ist.

**Anmerkungen**

- Der Beitrag ist eine kurze Zusammenfassung zweier Vorträge im „Forum Demografischer Wandel“ des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg bzw. im Rahmen des Arbeitskreises Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder im Dezember 2006 bzw. Januar 2007, jeweils in Stuttgart.
- Schupp, J., Söhn, J., Schmiade, N. (2005): Internationale Mobilität von deutschen Staatsbürgern - Chance für Arbeitslose oder Abwanderung der Leistungsträger, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 30. Jg. 2-3/2005, S. 279-292.
  - Mytzek, Ralf (2004): Mobilität von Deutschen in Europa - Der Einfluss von Alter und Bildung auf Migration, in: Arbeit und Beruf 55, Juli 2004, S. 193-195.
  - PIONEUR (2006): Mobility and the Emergence of European Identity among National and Foreign Citizens in the EU. Konferenz des PIONEUR-Projekts am 10. März 2006, Universität di Firenze, <http://www.obets.ua.es/pioneer/resultados.php>
  - Dumont, J.-C., Lemaitre, G. (2005): Counting Immigrants and Expatriates in OECD Countries - A New Perspective. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 25.

**Fahnenflüchtige?****Über Statistik:**

*Wenn Entscheidungen anstehen, sind Statistiken gefragt: Um sie herbeizuführen, zu begründen oder zu vertagen.*

**Eine Zahl – mehr nicht!**

Martin Schlegel, Hagen

Eine der unsinnigsten Summen, die ich kenne, ist nun wirklich 2026,985583, die Summe von 1,985583, 2010, 4, 8 und 3. Bei diesem Quintett handelt es sich um die Zahlen, die von 2002 bis 2006 „Zahl des Jahres“ wurde. Nicht addierbare Einzelereignisse.

Doch fügen wir dieser Zahlenreihe ein weiteres Exemplar hinzu. Eine Zahl aus Politik, Wirtschaft, Sport, Unterhaltung oder einem anderen Bereich unserer Gesellschaft. Welche Zahl die „Zahl des Jahres 2007“ wird, das liegt vor allem in Ihrer Hand. Denn Sie

– als Leser oder Leserin dieser Zeitschrift – sind vorschlagsberechtigt, mithin privilegiert. Senden Sie Ihren Vorschlag an die Redaktion von „Stadtforschung und Statistik“, fügen Sie nach Möglichkeit eine kurze Begründung an.

## Bundestagswahl 1957: Eine einmalige Wahl?!

# Zenith der Ära Adenauer

Ulrich Naumann, Köln

Es ist immer wieder ein satirisches Detail, an das sich der Autor, damals 18 Jahre alt, zuerst erinnert, geht es um die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957: An eine Karikatur, abgedruckt in einer West-Berliner Tageszeitung, wenige Tage vor dem Wahlsonntag. Sie zeigte zwei der „Herren in Pankow“ – so des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer Sammelbezeichnung für die Machthaber der „Zone“ – nämlich Walter Ulbricht, den spitzbärtigen Ersten Stellvertreter des dortigen Ministerpräsidenten und Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED - die eigentliche politische „Nummer 1“ - und Otto Grotewohl, Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros der SED. Beide sinnierten über den Wahlausgang im Bundesgebiet. Und der Zeichner hatte Ulbricht, eingedenk seines unverwechselbaren, immer dahingefistelten Sächsisch, diesen Satz in den Mund gelegt: „Gugge, Oddo, geine Blanung bei den Gabidalisten, nur noch weniche Dage bis zur Wahl und immer noch gein Ergebnis.“

Der 18jährige Abiturient hatte, um seinen weiteren Weg soweit wie möglich selbstbestimmt zu wählen, genau am 1. September 1957 die „Zone“ verlassen. Das war, bei offenen Sektorengrenzen in Berlin, damals mit einer Pappfahrkarte für die Berliner S-Bahn möglich. Sie kostete drei „Alu-Chips“, wie sie später hießen, nämlich drei „zonale“ Zehn-

pfennig-Münzen. Und so wurde er, von West-Berlin aus, für 14 Tage noch Zeitzeuge eines intensiven und bereits damals materialreichen Wahlkampfes. Erinnerlich blieben drei Dinge: „Keine Experimente“ – vielleicht der bekannteste Slogan, mit dem die CDU/CSU jemals eine Bundestagswahl bestritt. Das beinahe allgegenwärtige, gezeichnete Konterfei ihres Spitzenkandidaten Konrad Adenauer auf weißem Hintergrund: die zeichnerisch verjüngte, immerhin schon 81jährige Figur eines politischen Übervaters. Und nach dem Wahlsonntag angesichts eines überwältigenden Erfolges – nämlich des Gewinns der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU mit 50,2% der Zweitstimmen – in einem konservativen, harmoniesüchtigen und noch stark autoritätsfixierten allgemeinen Kontext ein überwiegend durch breite Genugtuung gekennzeichnetes Echo in Presse und Öffentlichkeit.

### Westbindung und Wohlstand für alle

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hatten während zweier Legislaturperioden bürgerliche Koalitionsregierungen mit Konrad Adenauer als Bundeskanzler, nicht zuletzt angesichts des offensichtlichen Expansionsdranges der UdSSR in Mittel- und Osteuropa, eine konsequente Westbindung des Landes vorgenommen: Von der Mitgliedschaft in der Organisation für europäische wirtschaftliche

Zusammenarbeit (1949) über die Mitgründung der Montanunion und die Mitgliedschaften im Europarat (beides 1951), der UNESCO, der Weltbank und des Weltwährungsfonds (jeweils 1952). 1954 wurden die Pariser Verträge unterzeichnet, 1955 erlangte das Land volle Souveränität und wurde Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU) und des Nordatlantikpaktes (NATO), weswegen 1956 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Aufgrund eines Vertrages mit Frankreich ist das Saarland am 1. Januar 1957 deutsches Bundesland geworden. Und im März 1957 gehörte die Bundesrepublik mit Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg zu den Mitbegründern der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft, der Keimzelle eines anvisierten Vereinten Europa.<sup>1</sup>

Alles dies war, zuvorderst aus Sorge um die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit auf den Widerstand der Opposition gestoßen. Ein Wechselspiel von Offerten und Drohungen der UdSSR und der DDR begleitete diesen Integrationsprozeß.

Zeitlich parallel dazu entstanden mit der UdSSR als Hegemon der Warschauer Pakt als Militärbündnis und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG bzw. Comecon) als Zusammenschluss der Planwirtschaften in Mittel- und Osteuropa mit einer verordneten internen Arbeitsteilung, an der

### Zeitzeuge des Wahlkampfes

### „Geine Blanung bei den Gabidalisten“

**Stimmzettel**

für die Bundestagswahl im Wahlkreis Nr. 41 Stadt Hannover-Süd am 15. September 1957

Jeder Wähler hat

eine **Erststimme** und eine **Zweitstimme**

für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten für die Wahl nach Landeslisten

1	Werner, Rudolf Kaufmann Hannover Mühlenturmgang 9	Christlich- Demokratische Union <b>CDU</b>	<input type="radio"/>	1	Christlich Demokratische Union Cillien, Storch, Frau Dr. Brökelachen, Dr. Stiemer, Kuntzcher	<b>CDU</b>	<input type="radio"/>
2	Ollenauer, Erich Parteivertreter Bonn Johannes-Müller- Straße 14	Sozialdemo- kratische Partei Deutsch- lands <b>SPD</b>	<input type="radio"/>	2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ollenauer, Franke, Dr. Dr. Heinsenmann, Frau Kospeter, Dr. Schmidt	<b>SPD</b>	<input type="radio"/>
3	Dr. Hasemann, Walther Chemiker Hannover Kerstinstraße 24	Deutsche Partei (Deutsche Partei/ Freie Volkspartei) <b>DP</b>	<input type="radio"/>	3	Deutsche Partei (Deutsche Partei/ Freie Volkspartei) Hildweg, Dr. v. Merklitz Frau Kalinke, Logemann, Dr. Steinhilber	<b>DP</b>	<input type="radio"/>
4	Dr. Ott, Karl Staatssekretär i. R. Hannover Auf dem Emmer- berge 1	Gesamtdeutscher Block / BHE <b>GB-BHE</b>	<input type="radio"/>	4	Gesamtdeutscher Block / BHE von Kessel, Ahrens, Schneider Frau Fisselberger, Gosling	<b>GB-BHE</b>	<input type="radio"/>
5	Dr. Mießner, Herwart Regierungsrat, Hannover Spinnstraße 4	Freie Demokratische Partei <b>FDP</b>	<input type="radio"/>	5	Freie Demokratische Partei Graaf, Ebert, Sander, Krümmeyer, Dr. Mießner	<b>FDP</b>	<input type="radio"/>
6	Schredhelm, Veronika Hausfrau Hannover Charlottenstr. 28	Föderalistische Union (Bayern-Partei/ Zentrum) <b>FU / Zentrum</b>	<input type="radio"/>	6	Föderalistische Union (Bayernpartei / Zentrum) Happe, Preißl, Holtius, Töglers, <b>FU / Zentrum</b> Dr. Dr. Crome		<input type="radio"/>
7	Eißner, Siegfried Rechtsanwalt Hannover Alois Collar Heerstraße 36	Bund d. Deutschen Partei für Einheit, Frieden und Freiheit <b>BdD</b>	<input type="radio"/>	7	Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit Fischer, Poppen, Graf von Schießen, Dr. Heisterberg, Hirtlich	<b>BdD</b>	<input type="radio"/>
8	Falkmar, Hermann Buchbinder Hannover Vöhrstraße 1	Deutsche Gemeinschaft <b>DG</b>	<input type="radio"/>	8	Deutsche Gemeinschaft Wüllich, Borste, Gnade, Bokelberg, Schaub	<b>DG</b>	<input type="radio"/>
9	Dr. Schimmerohn, Heinz Vers.-Kaufmann Hannover Raimundstraße 1	Deutsche Reichs-Partei <b>DRP</b>	<input type="radio"/>	9	Deutsche Reichs-Partei Freiburger, v. Thadden, Eisenmann, Stalle, Joel	<b>DRP</b>	<input type="radio"/>
10			<input type="radio"/>	10	Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsvereine – UDM) Schulze, Prochaska, Kwasny, Krodmeyer, Fleige <b>Mittelstand</b>		<input type="radio"/>

sich allerdings die Führungsmacht selbst nicht beteiligt hat.

Marshallplan-Hilfe und die ordoliberalen Wirtschaftsverfassung Soziale Marktwirtschaft hatten sich in der Bundesrepublik als Motoren eines schnellen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus erwiesen. Ein sozialökonomisches Erfolgsmodell war entstanden, von den Zeitgenossen als „Wirtschaftswunder“ benannt und fortan unter dieser irrationalen Bezeichnung verklärt. In der Rückbesinnung bezeichnete dies viel später – und richtiger – ein französischer Ökonom als „Rheinischen Kapitalismus“.

Dabei war eine konsequente Setzung auf die Kräfte einer durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und Privatinitiative gekennzeichneten Wettbewerbswirtschaft erfolgt,

deren Steuerung sich weitgehend über Angebots- und Nachfrageprozesse, den Markt also, vollzog.

Der Staat setzte einen „Datenkranz“ (Schumpeter), mithin Rahmenbedingungen, in denen der Wirtschaftsprozess ablief. Seine Ergebnisse wurden in Form einer zweiten Einkommens- (und Vermögens-)verteilung korrigiert. Der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard stellte in diesen Jahren so etwas wie die Personifizierung dieses Erfolgsmodells dar: „Wohlstand für alle“ hieß seine bekannteste Schrift – und das war damals verheißenes, und, so schien es, nicht einmal gänzlich utopisches wirtschaftspolitisches Ziel.

## Temperatursturz im Kalten Krieg

Trotz Ausbaus und damit schrittweiser Verfestigung der Westbindung mit dem Ergebnis wachsender Sicherheit nach außen und erfolgreicher Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeichen Sozialer Marktwirtschaft hatte sich in der zweiten Hälfte der zweiten Kanzlerschaft Konrad Adenauers die politische „Gesamtstimmung“ signifikant verändert. Die Sympathiewerte für die CDU/CSU waren zwischen August 1955 und August 1956, demnach binnen eines Jahres, von 59 auf 37% sehr deutlich zurückgegangen. Nur noch 34% der Befragten wollten Adenauer weiter als Chef des Bundeskabinetts; 44% waren für einen Kanzlerwechsel.<sup>2</sup>

In diese Zeit – Februar 1956 – fiel der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), auf dem deren Chef Nikita Chruschtschow mit einer weltweit

aufsehenerregenden Rede die Entstalinisierung einleitete. Das wurde verbunden mit der Hoffnung auf interne Reformen im Ostblock und positive Wirkungen auf das Verhältnis zwischen den Machtblöcken. Nicht zuletzt dies, wie eine allgemeine Unzufriedenheit über die anhaltende wirtschaftliche Notlage und geistigen Druck löste im Juni 1956 in Polen Unruhen in der Arbeiterschaft Posens aus, führte trotz Drucks der UdSSR im Oktober zu einem Machtwechsel an der Spitze von Staat und kommunistischer Partei und bewirkte zumindest innenpolitisch eine relative Freiheit von sowjetischer Lenkung.

Zu einem jähen Temperatursturz im Kalten Krieg und erneuter Verfestigung der Gegensätze führten indessen die Ereignisse im November und Dezember 1956 in Ungarn. Die Niederschlagung des Ungarnaufstandes durch die UdSSR bedingte einen Wiederanstieg der Sympathiewerte für die CDU/CSU. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass die zeitgleiche Suezkrise (Militärisches Eingreifen Englands, Frankreichs und Israels wegen ägyptischer Nationalisierungsabsichten für den Kanal von Suez) die gerechtfertigte Verurteilung der UdSSR wegen der Ereignisse in Ungarn konterkarierte – und eine Art „moralisches Gottesgeschenk“ für alle Propagandisten im Ostblock darstellte.

## Innere Reformen und ihre Wirkung auf die Wahl

Der 2. Deutsche Bundestag, in dem eine bürgerliche Koalition die Mehrheit hatte, verabschiedete vor dem Wahltermin (15. September 1957) eine Reihe

von Gesetzen, die fraglos nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis blieben:

- Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank erfolgte die Einrichtung einer unabhängigen Zentralbank als „Hüterin der Währungsstabilität“ (26. Juli 1957);
- Mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („Kartellgesetz“) sollte gegen den Widerstand mächtiger wirtschaftlicher Interessen die Vermachtung (Kartellierung) von Märkten verhindert werden. (27. Juli 1957). Dieses Gesetz gilt heute als „Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft“, war Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Preis-/Leistungswettbewerbs im Interesse der Verbraucher. Es gewann Vorbildcharakter für die einschlägigen Gesetze der europäischen Partnerländer und für das spätere Europäische Wettbewerbsrecht;
- Es gelang eine Besserstellung der Arbeiter im Krankheitsfall;
- Auf Drängen des Bundesverfassungsgerichtes kam entsprechend Grundgesetzgebot endlich das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau (18. Juni 1957) zustande. Dennoch behielt der Ehemann weiterhin das Entscheidungsrecht in Erziehungsfragen;
- Zur Verbesserung der Studienbedingungen wurde eine 1955 in Bad Honnef vereinbarte finanzielle Förderung („Honnefer Modell“) eingeführt;
- Großen Einfluß auf die Wahl hatte die Rentenreform. „Das Gesetz bedeutete eine sozialpolitische Revolution: es führte den Grundsatz ein, dass die Renten mit

wachsendem Nationaleinkommen steigen sollten. Diese sogenannte „Produktivitätsrente“ wurde für jeden neuen Rentner entsprechend dem Einkommen der noch Beschäftigten im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung festgesetzt, und danach hat jede Rente an der alljährlichen Anpassung an die finanzielle Lage der Versicherungsfonds, an der wirtschaftlichen Produktivität und dem Kopfeinkommen der Beschäftigten teilzunehmen. Das System sollte das Realeinkommen nicht nur gegen Inflation schützen, es sollte den Rentnern auch einen Anteil an dem wachsenden realen Sozialprodukt gewähren.“<sup>3</sup>

- Bemerkenswert und sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis war auch die Einführung der Fünftage-Woche in verschiedenen Gewerbebranchen, verbunden mit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden.

### Langfristige Wahlvorbereitungen

Die Regierungspartei **CDU/CSU** zeigte bei den Vorbereitungen zur Wahl des 3. Deutschen Bundestages die größte Zielsicherheit, Gründlichkeit und Kühnheit. Das wurde bestimmend auch für Richtung, Inhalte und Tempo der Bemühungen seitens der anderen Parteien. Die CDU/CSU baute auf die innen- und außenpolitischen Erfolge, ihren Kanzler, ein erfolgreiches Einbinden vieler heterogener Kreise, Schichten, Milieus über soziale und, vor allem, konfessionelle Grenzen hinweg.

Unmittelbar nach ihrem Wahlsieg von 1953 initiierte sie eine

umfassende und tiefgreifende Analyse aller Wahlergebnisse auf der Ebene von Regierungsbezirken seit 1871 (!) Ein halbes Dutzend Statistiker bereitete mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung die publizierten Ergebnisse während eineinhalb Jahren auf. Ziel war es, den historischen Quellen der CDU-Stimmen nachzuspüren. Herausgefunden werden sollte dabei, wo Strukturen und Milieus vorhanden gewesen waren, die konservative Mehrheiten erbrachten – und: wie sich diese Mehrheiten im Zeitverlauf – wachsend, stabil, schrumpfend – entwickelt hatten. Repräsentiert wurde das durch mehrheitliche Voten für konfessionell ausgerichtete Parteien wie das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, die Konservativen und die Nationalliberale Partei im Kaiserreich, in den Jahren der Weimarer Republik entsprechend für das Zentrum, die Deutsch-Nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, den Christlichen Volksdienst und die Bayerische Volkspartei.

Diesen durch sozialökonomische Faktoren bestimmten und geprägten Strukturen und Milieus wurde mithin, trotz des Bruches von 1933, offenbar eine Grundstabilität zugemessen, zumal auch immerhin Teile der, zwar inzwischen älter gewordenen, Wählerschaft aus den Jahren vor 1933 dort noch ansässig waren.

Detailliert aufbereitet und untersucht worden sind aber insbesondere die Wahlergebnisse aller Städte und Dörfer nach 1945. Je nach prozentualer Verschiebung der CDU/CSU-Resultate nahm man eine Klassifizierung vor. Dort, wo infolge parallel dazu kleinräumig aufbereiteter Daten zur

**CDU/CSU:  
Statistiker machen tiefgreifende Analysen**

**Ziel:  
Aufspüren konservativer  
otentiale**

**Detaillierte, kleinräumige Untersuchung**

konfessionellen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur noch Potential für die CDU/CSU vermutet wurde, ist die Organisation der Ortsverbände verbessert worden.

Der Wahlkampfleiter der CDU, Dr. Franz Meyers, nordrhein-westfälischer Innenminister, hatte überdies die Parteiorganisation überholt und in jedem Wahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer mit den nötigen personellen, sachlichen (z.B. Auto) und finanziellen Mitteln ausgestattet. Er und der Bundesgeschäftsführer, „Boß“ Dr. Bruno Heck, verpflichteten für den Wahlkampf Fachleute aus zwei Werbeagenturen in Essen und Köln.<sup>4</sup> Dadurch konnte sich der Parteiapparat selbst auf Strategie und Taktik des Wahlkampfes konzentrieren.

Des weiteren hatten führende Mitglieder der CDU/CSU sehr früh die Nützlichkeit von Ergebnissen einer politikbezogenen, in Wahlvorbereitungszeiten wahlbezogenen Umfrageforschung erkannt. Sie begannen eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den Instituten Allensbach (auf Kosten der Regierung) und Emnid (auf Kosten der CDU/CSU).

Die **SPD** als Hauptkonkurrentin um die Wählergunst schien sich um die Jahreswende 1956/57 in einer guten Ausgangsstellung zu befinden. Sie hatte in den 1956er Kommunalwahlen augenfällige Gewinne und in den Meinungsumfragen während der ersten Hälfte des Jahres 1957 einen leichten Vorsprung vor der CDU/CSU erzielt. Die FDP schien zu einer Koalition auf Bundesebene bereit und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer wurde bei Besuchen im Ausland als potentieller Kanzler empfangen.

Mit Fritz Heine aus ihrem Vorstand als Wahlkampfleiter (übrigens seit 1928) setzten die Sozialdemokraten aus traditionellen und finanziellen Gründen auf das Potential des Parteiapparates und ihrer Mitgliedschaft. Sie versicherten sich zwar der Unterstützung des DIVO-Institutes, verzichteten indessen auf die Übertragung der Wahlwerbung auf Werbefirmen.

Gerechnet wurde aufgrund einer DIVO-Untersuchung auf Basis von 6 000 Befragungen bei ca. 35 Mio. Wählern mit 9 Mio. „sicheren“ SPD-Stimmen, 3,25 Mio. „weichen“ SPD-Wählern – und mit 3 Mio. unentschlossenen und 2 Mio. Wählern, die kleinen Parteien abgewonnen werden konnten. Wollte die SPD einen Stimmenteil von mehr als 30% erzielen, mußte sie folglich ihren Wahlkampf insbesondere auf eine Zielgruppe von 5 Mio. Stimmberechtigten focussieren.

Die **FDP** vertrat neben liberalen auch nationale Positionen, war nach politischer und regionaler Herkunft heterogen, sah sich als eine „dritte Kraft“ im politischen Spektrum – und zwar auf allen Ebenen – in der Rolle des „Züngleins an der Waage“, zwischen CDU/CSU und SPD. Deshalb war sie in regional unterschiedlicher Weise offen nach „rechts“ und „links“. Ihr Wahlkampfleiter war der Düsseldorfer „Jungtürke“ Wolfgang Döring. Er richtete die Liberalen für die 1957er Wahl strategisch aus auf eine Verhinderung der absoluten Mehrheit einer der großen Parteien, einschließlich, soweit vorhanden, ihrer Satelliten.

Im Falle der drei maßgeblichen Parteien hatten Parteitage Wahlprogramme verabschiedet. sie waren Basis für die

Wahlpropaganda und –agitati-on in Zeitungen, Zeitschriften, Wahlbroschüren, Flugblättern, Plakaten, Kandidatenbriefen, die Rundfunk- und Fernsehwerbung, für Wahlreden von prominenten oder weniger prominenten Kandidaten.

## Warnung vor leichtfertigen Experimenten

In ihrem sogenannten „Hamburger Manifest“ stellte die CDU als Hauptpunkte diese Forderungen heraus:

- Einheit des Vaterlandes, Völkerfreiheit, Weltfrieden und deshalb
  - allgemeine und kontrollierte Abrüstung aller Atomwaffen;
  - Sicherung der freien Welt durch Stärkung des atlantischen Bündnisses;
  - Verhinderung des Wiederauflebens von Klassenkampf und Konfessionshader.
- Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten und deshalb
  - Fortsetzung und Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage von Mittelstand und Landwirtschaft;
  - Stabilität von Währung und Preisen durch maßvolles Verhalten der Sozialpartner, der Verbände, sinnvolles Staatshandeln;
  - soziale Sicherheit und innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie.

Das Manifest schließt mit dem Appell an alle, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen, der Warnung vor „leichtfertigen politischen, wirtschaftlichen

### Der Nutzen von Umfragen wird erkannt



Wahlkampfmarke der SPD für den 1957er Wahlkampf.

und sozialen Experimenten“, nennt Festigkeit und Beständigkeit als Voraussetzung für eine Erreichung der deutschen Einheit und Garanten für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Die CSU veröffentlichte im Juli 1957 ein eigenes Grundsatzprogramm, folgte dabei in Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik den Positionen der Schwesterpartei und ergänzte es um landespolitische Vorstellungen und Ziele.

Aufsehen erregte die Forderung nach einer „Volksaktie“, zunächst durch Privatisierung des „meistbegehrten Objektes des Bundesvermögens“<sup>5</sup>, des Volkswagenwerkes – als, so Ludwig Erhard, Start in die „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“, gekennzeichnet durch eine breite Streuung von Vermögen, auch und gerade von Produktionsvermögen. Damit sollten Arbeiterschaft und Mittelstand angesprochen werden. Die Schaffung eines Gesetzes zur Überführung der Volkswagenwerke in breit gestreuten Privatbesitz unterblieb vor der Wahl aber einstweilen wegen eines Proteststreiks der VW-Worker gegen diesen Plan.<sup>6</sup>

### „Sicherheit für alle“

war das zentrale Motto der SPD für ihren Wahlkampf 1957, wofür ein Wahlprogramm Mitte Juni in Dortmund beschlossen wurde. Es bestand aus zehn Thesen:

- Frieden durch Abrüstung und Entspannung – Schluß mit der Wehrpflicht und Wettrüsten;
- Wiedervereinigung in Freiheit und Sicherheit durch aktive Politik;

- Nur friedliche Nutzung der Atomenergie;
- Stabile Währung und stabile Preise;
- Eigentum und Wohlstand für jedermann;
- Sicherung des freien Wettbewerbs;
- Alter ohne Not;
- Sicherheit der Familie;
- Gleiche Berufs- und Bildungsmöglichkeiten für alle;
- Schutz der Demokratie und Geistesfreiheit.<sup>7</sup>

Bemerkenswert ist, dass die SPD, zwei Jahre vor ihrem Godesberger Programm-Parteitag, programmatisch auf Sicherung des freien Wettbewerbs setzte, gegen die Marktvermachtung durch Kartelle plädierte, keine Verstaatlichungs- oder planwirtschaftliche Absichten erkennen ließ und trotz Ablehnung der Wehrpflicht keinem Pazifismus huldigte, sondern für eine Freiwilligen-Armee plädierte und schon gar nicht eine Neutralisierung der Bundesrepublik verfolgte.

### Gegen Staatskapitalismus und sozialistische Experimente

Auf einem Parteitag Ende Januar 1957 in Berlin und einem Parteikongreß im Juni in Hamburg formulierte die FDP ihre programmatischen Aussagen für die Bundestagswahl:

- Einheit Deutschlands vor jener Europas als oberstes politisches Ziel;
- Verzicht der Bundeswehr auf atomare Waffen;
- Sorge für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung: Forderung nach fortschrittlicher Sozialpolitik, leistungsgerechter Entlohnung, verantwortungsbewußter Tarifpolitik der Sozialpartner, Um-

bau des Erziehungssystems mit der Chance gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle;

- Währungsstabilität nach innen und außen: Senkung der öffentlichen Ausgaben, Steuerabbau, gegen Staatskapitalismus der CDU/CSU und sozialistische Experimente der SPD;
- Eigentum für jedermann; weitgehende Überführung staatlicher Betriebe in privaten Kleinbesitz;
- gesundes Bauerntum – kostendeckende Preise anstatt Subventionen;
- keine Allmacht des Staates;
- nie wieder Einparteien-Herrschaft.<sup>8</sup>

### Neuer politischer Stil in Europa

Für die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag kandidierten insgesamt 16 Parteien und Wählergruppen<sup>9</sup>.

In allen Bundesländern stellten sich dem Wählervotum sechs Parteien und Gruppen: SPD, FDP, GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), DP (Deutsche Partei), BdD (Bund der Deutschen) und DRP (Deutsche Reichspartei).

Die CDU hatte nur in Bayern keine Liste aufgestellt. dort kandidierte die Schwesterpartei CSU; die Saarländische Christliche Volkspartei (CVP) war als „Landesverband Saar“ der CSU angeschlossen.

Alle anderen Parteien oder Gruppen traten nur in ausgewählten Bundesländern an; manche bloß in einzelnen Wahlkreisen.<sup>10</sup>

Erstmalig war Briefwahl möglich und das Bundesverfas-

### 16 Parteien treten an

### 10 SPD-Thesen: Frieden, Wiedervereinigung, Atomenergie, ...

### Briefwahl und 5%-Hürde

sungsgericht entschied, dass die 5-Prozent-Sperrklausel nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Damit war eine entsprechende Beschwerde der Bayernpartei und der Gesamtdeutschen Volkspartei (zu der damals die späteren Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann und Johannes Rau gehörten) abgewiesen.<sup>11</sup>

## Der CDU/CSU-Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde seitens der bisher stärksten Partei, der CDU/CSU, unter Bundeskanzler Konrad Adenauer auf der Basis einer sorgfältig ausgeklügelten Psychologie geführt. Zum Einsatz kamen zum ersten Mal alle Mittel der Markt- und Meinungsforschung und der Werbepsychologie. Er bestach durch präzises timing, eine zeitlich, regional und gruppenspezifisch flexibel und zielführend gehandhabte Nutzung aller von professionellen Beratern für geeignet befundenen Werbemitteln und –methoden. Sachliche, personelle und nicht zuletzt finanzielle Ressourcen wurden massiv eingesetzt. Die CDU/CSU blieb während des gesamten Wahlkampfes immer die führende, agierende Bewerberin um die Wählergunst – und zwang ihre Konkurrentinnen, besonders der SPD, fortwährend in die Rolle von Reagierenden.

Der eigentliche Wahlkampf begann nach übereinstimmender Meinung der meisten Beobachter mit dem aufsehenerregenden Appell von 18 führenden deutschen Atomwissenschaftlern, dem „Göttinger Manifest“. Darin wurde der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen jeder Art und eine ausschließlich friedliche Nutzung der Kerne-

nergie gefordert. Anfang 1957 hatte die Bundesregierung verkündet, dass die Bundeswehr in der normalen Bewaffnung die modernsten Typen benötige und zählte dazu schon „fast“ taktische Atomwaffen. Der Kanzler hielt sie für eine „Fortentwicklung der Artillerie“. Sein Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß betonte zwar, es gehe nicht um strategische Atomwaffen, die für die deutschen Streitkräfte nicht infrage kämen, führte aber in diesem Zusammenhang auch aus, dass er jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher nenne, „...der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile verschafft.“ – und das bedingte 1957 eben auch die Verfügung über strategische Atomwaffen.

Dem Appell der 18 schlossen sich acht Persönlichkeiten der evangelischen Kirche an, ebenso die Parteivorsitzenden Ollenhauer (SPD) und Dr. Maier (FDP). Namens ostdeutscher Atomforscher erklärte Manfred von Ardenne Zustimmung. Wenig später erschien ein warnender Aufruf Albert Schweitzers zu den gleichen Fragen.

Das zentrale Argument des Wahlkampfes der CDU/CSU war: Weiter mit Adenauer und seiner Mannschaft angesichts außen- und innenpolitischer Erfolge versus „Funktionärsherrschaft der SPD mit FDP-Krücken“. Die Wahlkampfleitung setzte, professionell beraten, auf einfache Formeln („Unser Erfolg ist unser Programm“), focussierte auf ihre Führungspersönlichkeiten und ordnete ihnen Schlagtexte („Hüter der Währung“, „Sicherheit für alle“ – was ironischerweise die zentrale Parole der politischen Hauptgegnerin war) zu. Sie war überzeugt,

dass Wahlen eben nicht auf rein vernunftmäßiger Basis gewonnen werden können. Untersuchungen hatten ergeben, dass bei mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten Konrad Adenauer wie ein Monarch verehrt (CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck: „Die Leute wollen einen herrscherhaften Typ.“), Staatskunst und eben Autorität am Ruder des Staateschiffes erwartet und auch väterlicher, eigentlich ein überväterlicher Tadel beinahe wie selbstverständlich hingenommen wurde. Deshalb rückte die CDU/CSU ihren Kanzlerkandidaten konsequent in den Mittelpunkt des Wahlkampfes.

Auf dem entscheidenden und bis heute bekanntesten Wahlplakat von 1957 wurde das markante Gesicht des 81jährigen vom österreichischen Künstler Aigner mit malerischen Mitteln verjüngt und dramatisiert dargestellt. In tiefem Ernst strahlte es Lebensklugheit und Autorität aus – sonnengebräunt und blond war der Kanzler abkonterfeit, und der durchdringende Blick seiner strahlend blauen Augen schien dem Betrachter zu folgen. In blauer Schrift auf weißem Untergrund erschien mit „Keine Experimente“ der wohl bekannteste Wahlslogan der Nachkriegszeit. Er ist sprichwörtlich geworden für die Politik Adenauers und der CDU/CSU in den 50er Jahren. Der Werbeberater Herbert Strauf hatte ihn formuliert. Den Wahlkampfmanagern war er zu unpolitisch, aber Konrad Adenauer entschied sich für ihn. „Keine Experimente“ war im Grunde nicht auf Politik, sondern allgemein auf das Zeitempfinden zur Politik bestimmt“, ist später mit Recht geurteilt worden.<sup>12</sup>

CDU/CSU:  
Ausgeklügelte  
Psychologie

Präzises timing



Im Juni 1957 sagte Adenauer dann vor versammelter Geistlichkeit und Mitgliedern des Katholischen Männerwerkes auf einer Kundgebung vor dem Bamberger Dom, dass es bei der Wahl darum gehe, ob Deutschland und Europa christlich bleibe oder kommunistisch werde und einen Monat später auf dem Landesparteitag der CSU in Nürnberg: „Wir sorgen dafür, dass die Sozialdemokratische Partei niemals an die Macht kommt. Wir sind dazu zutiefst entschlossen, weil wir glauben, dass mit einem Sieg dieser Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist.“<sup>13</sup>

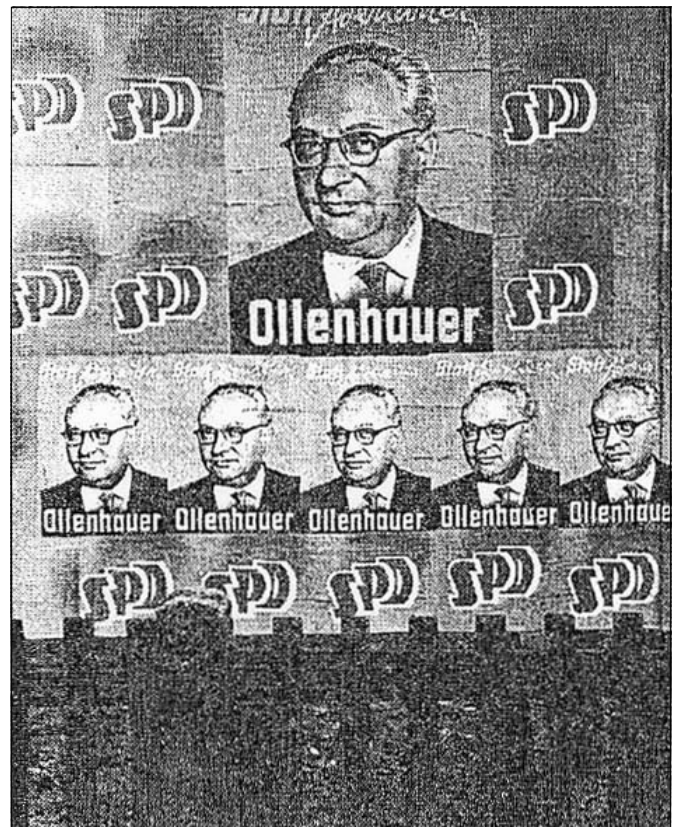
Es war ein bewährtes Mittel der CDU/CSU, den sozialdemokratischen Gegner unter Fraternisierungsverdacht mit den Kommunisten zu stellen, in fundamentalen innen- und außenpolitischen Fragen und in seiner Stellung zu religiösen Fragen als Unsicherheitsfaktor par excellence zu bezeichnen.

Die CDU/CSU, unbestreitbar mit Hauptverdienst für den Aufbau der Bundesrepublik, benutzte, wie selbstverständlich, in diesem Wahlkampf Gedanken und Symbole, auch die Hymne des Staates. Sie fühlte sich an Ende der von ihr dominierten zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als Staatspartei. In ihre Wahlwerbung einbezog sie ein ganzes Netz staatlicher oder staatliche unterstützter Institutionen, z.B. das Bundespresseamt und die Zentrale für Heimatdienst. Alles das lief parallel zum eigentlichen Wahlkampf der CDU/CSU selbst und war oftmals durchdringender, wirkungsvoller als reine Parteipropaganda. Hinzu traten viele Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften, die oftmals allein zu eben diesem Zweck

gegründet, im Vorfeld Agitation für ihre Politik betrieben haben. Die Partei selbst, staatliche und staatlich unterstützte Institutionen und eben diese Vorfeldorganisationen und CDU/CSU-orientierte mächtige und finanzkräftige Interessengruppen setzten, zeitlich, regional, gruppenspezifisch gezielt und flexibel alle erfolgversprechenden Werbemittel ein: Wahlillustrierten, Wahlzeitungen, Beilagen zu Lokalblättern, einzelne Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen in fast allen Tageszeitungen und Illustrierten, ganze Anzeigenserien, Flugblätter, Kandidatenbriefe, Briefe an alle Wahlberechtigten („Meine lieben Landsleute!“ vom Bundeskanzler), an bestimmte Zielgruppen (Hausfrauen, Rentner, Landwirte, Mittelständler, Flüchtlinge), Karikaturen. Filme wurden gezeigt, Ausstellungs Sonderzüge waren unterwegs, Tagungen und Versammlungen wurden abgehalten. auch Kabarettveranstaltungen fanden statt. Von einer Werbefirma organisiert waren Werbemobile, bestückt mit Tonfilmausstattung, bis in die kleinsten Dörfer gefahren, in denen gut 1/3 der Wahlberechtigten lebte. Dabei wurden 30 Filme eingesetzt, darunter auch Trickfilme.

Während die katholische Kirche und katholisch geprägte Organisationen die CDU/CSU offen oder, nicht weniger wirksam, indirekt unterstützten, hielten sich die evangelische Kirche und ihre Organisationen summa summarum eher zurück.

Auffallendes Propagandamittel war die Plakatierung: glänzend konzipiert, fachmännisch ausgeführt, zentralisiert, umfassend und kostspielig – mit besonderer Konzentration auf



die letzten fünf Wochen vor dem Wahltermin wurden annähernd 10 Mio. Plakate geklebt. Hierbei war die CDU/CSU nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ihrer Konkurrenz auf dem Wählermarkt klar überlegen.

Zu Wahlkundgebungen, Besuchen in Zeitungsredaktionen und Betrieben erschien ihr Kanzlerkandidat – fast mit sakralem Anspruch mit „ER kommt!“ auf Plakaten angekündigt – im schwarzen Mercedes, begleitet von Marschmusik, oder im Sonderzug. Adenauer agierte, betrachtet man alte Filme und Bilder, mit offensichtlicher Freude – und mit Erfolg – im Wahlgetümmel.

Seine und die Reden diverser Kandidaten waren zu Anfang heftig und polarisierend angelegt. Sie wurden versöhnlicher und damit anziehender für kritische Zuhörer, je näher der Wahltermin heranrückte.

## Die Rolle der Kirchen

## Der SPD-Wahlkampf

Die SPD hatte sich zwischen den Alternativen scharf-aggressive Kampagne, objektiv-positive Kampagne und friedliche, Gemeinsamkeiten betonende, Differenzen verkleinernde Kampagne, die sogar eine Große Koalition nicht ausschloß, für die zweite Variante entschieden: Ihre objektiv-positive Kampagne setzte auf Argumente und Inhalte, weniger auf die Herausstellung von Kandidaten.

Bei ihrem Spitzenkandidaten Erich Ollenhauer („Wie ein Geheimrat aussehender Magdeburger Maurersohn“)<sup>14</sup>, vor der Wahl zeitweise als zukünftiger Kanzler angesehen, setzte sie auf Verlässlichkeit und eine vorhandene internationale Erfahrung.

Die SPD bemühte sich, die Furcht vor Verstaatlichung und übermäßige Kontrollen zu zerstreuen und außenpolitisch nicht für Neutralität, sondern für einen Vertrag über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu werben, an dem Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten teilnehmen sollte.<sup>15</sup> Das Wort „Sozialismus“ kam in allen programmatischen Aussagen zur Wahl nicht vor. „Die SPD hatte somit im Jahr 1957 die grundlegende Annahme, dass der Sozialismus eine Anziehungskraft auf die deutsche Wählerschaft ausüben könnte, in Frage gestellt.“<sup>16</sup>

Ein Hintansetzen personenbezogener Wahlwerbung bewirkte, dass sie erfolgreiche ehemalige oder aktive SPD-Ministerpräsidenten, Regierende und Erste Bürgermeister als Ausweis administrativer Kompetenz und erfolgreicher

Teilhabe am Aufbau eines demokratischen Nachkriegs-(teil-)deutschland, wohl zu ihrem Schaden, kaum werbend herausstellte:

Hans Steinhoff (Nordrhein-Westfalen), Dr. Karl-August Zinn (Hessen), Dr. Wilhelm Hoegner (Bayern), Hinrich Kopf (Niedersachsen), Wilhelm Kaisen (Bremen), Max Brauer (Hamburg) und Prof. Ernst Reuter (Berlin).

Während des gesamten Wahlkampfes war die SPD in einer reagierenden Position. Die herausfordernde Rolle Adenauers nötigte ihr die Linie des Gegenangriffs auf. Aber: Frontalangriffe auf den amtierenden Kanzler und erneuten Kanzlerkandidaten der CDU/CSU griffen im Ergebnis nicht.

Sie setzte im Wahlkampf auf ihren Parteiapparat und ihre Mitglieder. Wegen begrenzter Mittel – meist aus dem Aufkommen an Parteibeiträgen – war es ihr unmöglich, die Gesamtbevölkerung mit teuren Werbemitteln zu erreichen. Eingesetzt wurden, nicht anders als bei der großen Konkurrentin, Themen- und Bildplakate, Flugblätter, allgemeine und gruppenbezogene Wählerbriefe, Illustrierte („Illus“), rote Papiersegler, Klebmarken und –streifen, auf denen, zwecks Verwendung auf Postsendungen neben den amtlichen Wertzeichen, die Serie der Wahlplakate reproduziert wurde. Das aber führte zu einem Zusammenstoß mit der Deutschen Bundespost. Handzettel, Kandidatenbriefe und Argumentationshilfen für ihre „Wahlkämpfer“ kamen hinzu. In der Filmarbeit kamen u.a. fünf Zeichentrick- und ein Marionettenfilm zum Einsatz, weiterhin Tonbildfolgen („Kino der armen Partei“), Redeentwürfe, Tonbänder. Politisches

und Amateurkabarett wurden eingesetzt, ebenso Unterhaltungsprogramme (etwa mit Max Schmeling in Bremen) und selbst Flugzeugmodell-Ausstellungen veranstaltet.

Die Partei bemühte sich, freilich mit nur marginalem Erfolg, christlich orientierte Wählerschichten zu gewinnen und mit einem Plakat „Zerrt die Religion nicht in den Wahlkampf“ deren Instrumentierung durch die CDU/CSU für wahlpolitische Zwecke wenn auch nicht vollends zu verhindern, so doch einzudämmen.

Auf eine Herausstellung von „Ollenhauer und seine Mannschaft“ wurde, gewiß nicht zum Vorteil, verzichtet.

Willkommene Unterstützung leisteten intellektuelle Kreise, z.B. 300 Schriftsteller, Schauspieler und Bildende Künstler eines „Fränkischen Kreises“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, politisch neutral, leistete keine direkte Unterstützung. Sehr wohl erfolgte sie indirekt, da in seinen Leitungsetagen viele Personen saßen, die Mandatsträger der SPD im Bundestag waren oder in dieser Wahl für einen Parlamentssitz kandidierten.

Ungebetete Unterstützung, einem Danaergeschenk gleich, war der Aufruf aus leitenden Kreisen der im Jahr zuvor verbotenen KPD, Kandidaten der SPD zu wählen. Schädigend wirkten auch ausgesandte Agitatoren, etwa 1 Mio. in der DDR gedruckte und an bundesdeutsche Privatanschriften versandte Broschüren und Flugblätter. Das galt ebenso für Aufrufe der vom Boden der DDR aus sendenden Rundfunkstationen „Freiheitssender 904“ und „Deutschlandsen-

**SPD:  
Argumente statt  
Personen**

**Hilfe der Intellektuellen**

**Danaergeschenk  
der KPD**

der“ zugunsten der SPD und – von ihr als „Judaskuß“ eingeordnet – das Angebot von Sendezeiten zu Wahlzwecken seitens des Staatlichen Rundfunks der DDR. Die CDU/CSU instrumentierte das alles als Beweise für vorhandene politische Verbindungen oder inhaltliche Übereinstimmungen der SPD zur bzw. mit der SED. Die Sozialdemokraten sahen es so, dass damit seitens der deutschen Kommunisten beabsichtigt war, sie, den nächsten und bittersten historischen Feind, zu schwächen.<sup>17</sup>

## Der FDP-Wahlkampf

Die FDP war strategisch, wie schon erwähnt, auf die Rolle eines „Züngleins an der Waage“ ausgerichtet. Die Hauptstoßrichtung ging auf die CDU/CSU und Konrad Adenauer, in der Hoffnung, im bürgerlichen Lager, und sei es durch Stimmensplitting, Wähler zu gewinnen. Sie setzte die beiden großen Parteien dem Vorwurf aus, sie wollten („Gegen den CDU-Staatskapitalismus und sozialistische Experimente“) aus der Bundesrepublik einen „totalen Versorgungsstaat“ machen. Faktisch sah sie sich in dieser Wahl im Bündnis mit der SPD und hoffte, die SPD-Kampagne würde genügend vielen Wählern die CDU/CSU verleiden, die dann aus Scheu, sozialdemokratisch zu wählen, ihre Stimme der weder „roten“ noch „schwarzen“ FDP geben würden („Zwei Stimmen für die dritte Kraft – gegen Rom und Planwirtschaft“)<sup>18</sup>

Wegen des provokativen Charakters dieser Farbe waren die Plakate – was die anderen Parteien vermieden – in Rot gehalten. Eingesetzt wurden, weil wegen des Klientels der

Partei als „zu billig“ angesehen, weniger Flugblätter, aber mehr Broschüren, Kandidatenbriefe, Plakate und Filme, des weiteren Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften. Wahlversammlungen, darunter mit den Spitzenleuten an ausgewählten Orten, fanden statt – und bemerkenswert war, dass sich eine „Aktion Die Ehemaligen“ eigens um Stimmen ehemaliger NSDAP-Mitglieder bemühte. Die Umfragen des Institutes Intermarket blieben in Form interner Berichte den Leitungsgremien der Partei vorbehalten, um die Mitglieder, Anhänger und weitere potentielle Wähler durch schlechte Resultate nicht zu demotivieren.

## Triumph für CDU/CSU

Im professionell vorbereiteten und durchgeführten Wahlkampf hatte die CDU/CSU mit Erfolg die innenpolitischen Leistungen und außenpolitischen Ergebnisse herausgestellt, die sie mit Konrad Adenauer als Kanzler erzielte. Mit Erfolg sprach sie das in der Wählerschaft sehr weit verbreitete Bedürfnis nach innerer und äußerer Sicherheit, Kontinuität und Stabilität in der Po-

litik an. Alle nutzbaren Mittel, Methoden und Erfahrungen wurden eingebunden, ebenso staatliche und staatlich unterstützte Institutionen und Organisationen in ihrem Vorfeld, ihre Politik direkt oder indirekt, inhaltlich und finanziell unterstützende Interessengruppen.

Das alles führte im Ergebnis zu einem wohl einzigartig bleibenden Erfolg in einer Wahl zum Deutschen Bundestag: Mit 50,2% der Zweitstimmen die Erringung der absoluten Mehrheit durch eine Partei. Die SPD landete, obwohl sie gegenüber 1953 um 2 Prozentpunkte zulegen konnte, mit 31,8% - das entsprach einer Prozentsatzdifferenz zur Wahlsiegerin von 18,4%! – deutlich abgeschlagen auf Platz 2. Für die CDU/CSU war dies bis heute (Bundestagswahl 2005) das beste, für die SPD – nach 28,8% in der 1953er Bundestagswahl – das zweitschlechteste Ergebnis in allen bisherigen Wahlgängen für das Bundesparlament. Sie wurde nur zweimal, in der Bundestagswahl von 1972 mit 45,8% - ihrem besten Ergebnis – und in jener von 1998 (mit 40,9% der Zweitstimmen) stärkste Partei. 2002 gab es mit jeweils 38,5% ein Patt zwischen SPD und CDU/CSU.

## Einzigartiges Wahlergebnis

## FDP und das bürgerliche Lager

Tabelle 1

Zweitstimmenanteile nach Bundesländern				
Land	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Prozentsatz-differenz CDU/CSU - SPD
Schleswig-Holstein	48	31	6	17
Hamburg	37	46	9	-9
Niedersachsen	39	33	6	6
Bremen	30	46	6	-16
Nordrhein-Westfalen	54	34	6	20
Hessen	41	38	9	3
Rheinland-Pfalz	54	30	10	24
Baden-Württemberg	53	26	14	27
Bayern	57	26	5	31
Saarland	54	25	18	29
<b>Bundesrepublik</b>	<b>50</b>	<b>32</b>	<b>8</b>	<b>18</b>

Urnen- und Briefwähler			
Partei	Urnenwähler %	Briefwähler %	Zusammen %
CDU/CSU	49,6	60,3	50,2
SPD	32,3	21,0	31,8
FDP	7,6	9,7	7,7
Andere	10,4	9,0	10,3
Zusammen	100	100	100

Tabelle 1

Die FDP erreichte mit 7,7% ein gegenüber 1953 um 1,8 Prozentpunkte schlechteres Ergebnis.

Die Wahlbeteiligung belief sich auf 87,8%.

Die CDU/CSU errang 270 Sitze, auf die SPD entfielen 169, die FDP 41 und die DP (Deutsche Partei) 17 Sitze.<sup>19</sup>

Die Tabelle 1 zeigt die Zweitstimmenanteile der Parteien (ohne DP) nach Bundesländern (ohne Berlin) und die Prozentsatzdifferenz zwischen CDU/CSU und SPD.<sup>20</sup>

Erkennbar wird, dass die CDU/CSU ihr bestes Ergebnis (57%) in Bayern, ihr schlechtestes in Bremen (30%) erzielte; die SPD war am stärksten in Hamburg und Bremen (je 40%), am schwächsten in Baden-Württemberg und Bayern (je 26%). Die für die CDU/CSU günstigsten Prozentsatzdifferenzen zur SPD weisen Bayern (31), das Saarland (29) und Baden-Württemberg (27) auf; dagegen konnte die SPD die CDU/CSU nur in Bremen (-16) und Hamburg (-9) überwinden. Die CDU/CSU gewann mithin die Hälfte oder nahezu die Hälfte der Stimmen in sechs Bundesländern:

in Schleswig-Holstein als einzigem norddeutschen Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland.

Weniger als die Hälfte der Stimmen ergaben sich in Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Hessen.

Die Stimmenanteile für die SPD waren am gleichmäßigsten über die Bundesländer verteilt, aus sozialstrukturellen Gründen hoch in Hamburg und Bremen, auffallend niedrig dagegen vor allem in den katholischen Bereichen des Südens. Auch dafür waren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen maßgebend.

Stimmenanteile von über 10% verbuchte die FDP im Saargebiet, in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz.

Cum grano salis war der Stimmenanteil der CDU/CSU in den größeren Städten eher niedriger, während sich in kleineren Gemeinden höhere Stimmenanteile ergeben haben. Für die SPD war es umgekehrt.

Der konfessionelle Faktor wirkte besonders in kleineren und überwiegend katholischen Gemeinden, nahm aber ab, wenn – auch in kleinen Gemeinden – der Anteil evangelischer Wahlberechtigter zunahm. Mit wachsender Gemeindegröße ging im allgemeinen eine Abnahme dieses Faktors einher.

Die CDU/CSU gewann 52% der gültigen Stimmen der Frauen, war im übrigen am erfolgreichsten bei alten Wählern, speziell älteren Frauen. Die

SPD erzielte dagegen eher bei jungen Wählern Zustimmung, die FDP in den mittleren Altersgruppen.

Eine erstmalig in einer Bundestagswahl mögliche Briefwahl beantragten rund 1,7 Mio. Wahlberechtigte, 1,6 Mio. Wahlbriefe kamen zurück und davon enthielten 1,5 Mio. die erforderlichen Unterlagen. 5% der gültigen Stimmen entfielen auf Briefwähler, was sicherlich einen Anstieg der Wahlbeteiligung um 2% gegenüber der Bundestagswahl von 1953 mitverursachte.

Die in der Bundestagswahl von 1957 gegebene Verteilung von Urnen- und Briefwählern und den Wählern zusammen auf die Parteien zeigt die Tabelle 2.<sup>21</sup>

Demnach hatte mit etwas mehr als 60% ein sehr deutlich überwiegender Teil der Briefwähler für die CDU/CSU gestimmt.

Von allen gültigen Stimmzetteln wiesen 89% eine Identität von Erst- und Zweitstimme auf. Für die CDU/CSU belief sich dieser Loyalitätsindex 1957 auf 93% (1953: 87%), für die SPD betrug er 95% (1953: 97%), und für die FDP 83% (1953: 85%), d.h. die Kandidaten spielten eher eine untergeordnete Rolle.

Dieser Index stieg zwischen den beiden Bundestagswahlen nur im Falle des Votums für die CDU/CSU an, während er sich bei jenen, die für SPD und FDP stimmten, verminderte.

Erkennbar ist, dass die Wähler der „kleinen Parteien“ ein mögliches Splitting zugunsten von deren Fraktionsstärken – über die Zweitstimme – vornahmen, die Erststimme aber häufig nicht (an die chancenlosen Wahlkreisandidaten) „verschenkt“ haben.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Zusammenstellung nach Stichwort Bundesrepublik Deutschland, in: Der Neue Brockhaus, 3. Aufl., Bd. 1, Wiesbaden 1960, S. 400.
- <sup>2</sup> Noelle, E. und E. P. Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957, S. 182f. und S. 262f.
- <sup>3</sup> Kitzinger, U. W., Wahlkampf in Westdeutschland – Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1961, S. 48f.
- <sup>4</sup> ebenda, S. 67.
- <sup>5</sup> ebenda, S. 57.
- <sup>6</sup> nach Müller, M. L., Der gesinnungsmäßige Standort westdeutscher Tageszeitungen und die Bundestagswahl 1957, Diss. Berlin 1961, S. 42.
- <sup>7</sup> ebenda, S. 44.

- <sup>8</sup> ebenda, S. 46.
- <sup>9</sup> dazu im einzelnen: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 200, Heft 1, Stuttgart 1957, S. 97.
- <sup>10</sup> Müller, M. L., a.a.O., S. 40f.
- <sup>11</sup> ebenda, S. 46.
- <sup>12</sup> Gries, R. u. a., Die Ära Adenauer, in: Journal Geschichte, Jg. 1983, 3.
- <sup>13</sup> zitiert bei Müller, M. L., a.a.O., S. 43.
- <sup>14</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.08.1957, zitiert bei Müller, M. L., a.a.O., S. 100.
- <sup>15</sup> Kitzinger, U. W., a.a.O., S. 63.
- <sup>16</sup> ebenda, S. 99.
- <sup>17</sup> ebenda, S. 211 ff.
- <sup>18</sup> ebenda, S. 127 und S. 124, Fußnote 1.
- <sup>19</sup> Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 200, Heft 1, Stuttgart 1957 und Heft 2, Stuttgart 1958.
- <sup>20</sup> entnommen Kitzinger, U. W., a.a.O., S. 238 und eigene Berechnungen.
- <sup>21</sup> Wirtschaft und Statistik, Jg. 1957, 12, S. 681 u. 628\*

Die SPD-Wahlkampfmarke und das Foto mit den Ollenauer-Plakat stammt aus: Faulenbach, B., Högel, G., Rudolph, K. (Hg.): Vom Außenposten zur Hochburg der Sozialdemokratie. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen, 1893-1993. Essen: Klartext, 1993.  
Das Adenauer-Plakat wurde von der CDU zu Verfügung gestellt.

## Arbeitshilfe zur Nutzung von Urban Audit-Daten erschienen

# Urban Audit und das „Dashboard“-Tool

Antje Seidel-Schulze, Berlin

Die Städtestatistik wird immer häufiger mit der Anforderung konfrontiert, schnell und übersichtlich statistische Daten der Städte vergleichend zu präsentieren. Für derartige Vergleiche benötigt man zweierlei – ein einfach handhabbares PC-Programm und vergleichbare Daten, wie die des europäischen Urban Audit.

Eine Empfehlung zu diesem Thema ist im April 2007 im Auftrag des KOSIS-Verbundes durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) erstellt und unter dem Titel „Nutzung von Urban Audit-Daten – eine Arbeitshilfe für deutsche Städte“ veröffentlicht worden. Darin enthalten ist zum einen eine inhaltliche Empfehlung, die eine begründete Auswahl

wettbewerbsrelevanter Indikatoren aus dem umfangreichen Datenbestand des Urban Audit trifft. Zum anderen wird mit in dieser Arbeitshilfe ein Auswertungsprogramm – genannt Dashboard – vorgestellt. Dieses Instrument macht – auch über Urban Audit hinaus – Städtevergleiche anschaulich und einfach möglich und dient dazu, den Standort der eigenen Stadt im Wettbewerb mit anderen Städten zu bestimmen.

Mit dem Urban Audit Projekt, das 1997 auf Initiative der EU-Kommission gestartet wurde, liegen für 259 europäische mittelgroße und große Städte (zukünftig 360), darunter 35 (zukünftig 40) deutsche Städte vergleichbare Daten aus den Jahren 1996, 2001, künftig

auch 2004 vor. Im Variablenset des Urban Audit, das von nationalen Koordinierungsstellen aus amtlichen Statistiken sowie von den projektbeteiligten Städten zusammengetragen und bei EUROSTAT zusammengeführt wird, sind mehr als 300 Variablen enthalten, die nach demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Indikatoren strukturiert sind.

Mit der Etablierung des Urban Audit stellt sich gerade in der großen Gruppe der deutschen Teilnehmerstädte die Frage, welche erweiterten Möglichkeiten die Daten des Urban Audit für die Arbeit in den Städten bieten. Erste Empfehlungen des KOSIS-Verbundes hat es in der Vergangenheit

**Ein Set mit  
300 Variablen**

**KOSIS-Empfehlungen**

bereits gegeben. Die vorliegende Arbeitshilfe bündelt diese Vorarbeiten und empfiehlt in einer interdisziplinären Redaktionsgruppe aus Vertretern der Städtestatistik, des Difu und des BBR eine Betrachtung von Entwicklungsunterschieden insbesondere in zwei großen

Themenfeldern: der „Wettbewerbsfähigkeit“ und der „Sozialen Kohäsion“.

Das ursprüngliche Ziel, für beide Themenfelder mit Hilfe des Dashboards einen jeweils stadtspezifischen Gesamtindex „Wettbewerbsfähigkeit“ bzw.

„Soziale Kohäsion“ zu ermitteln, konnte nicht erzielt werden, weil sich die jeweiligen Teilbereiche als zu heterogen darstellen, ein Gesamtindex daher weder statistisch und inhaltlich vertretbar ist.

Deshalb werden die beiden großen Themenfelder „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Soziale Kohäsion“ nun über jeweils einzelne Teilbereiche (Indizes) dargestellt (siehe Abbildung 1 und 2). Diese Teilbereiche wiederum setzen sich aus einzelnen Indikatoren des Urban Audit zusammen.

Abbildung 1

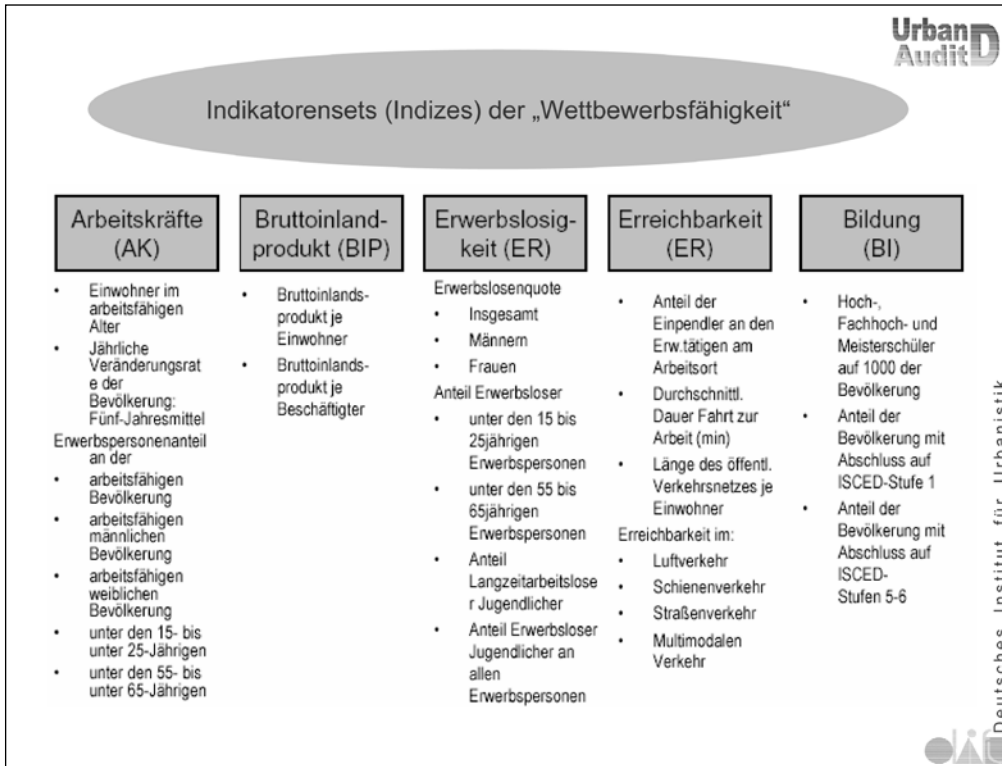
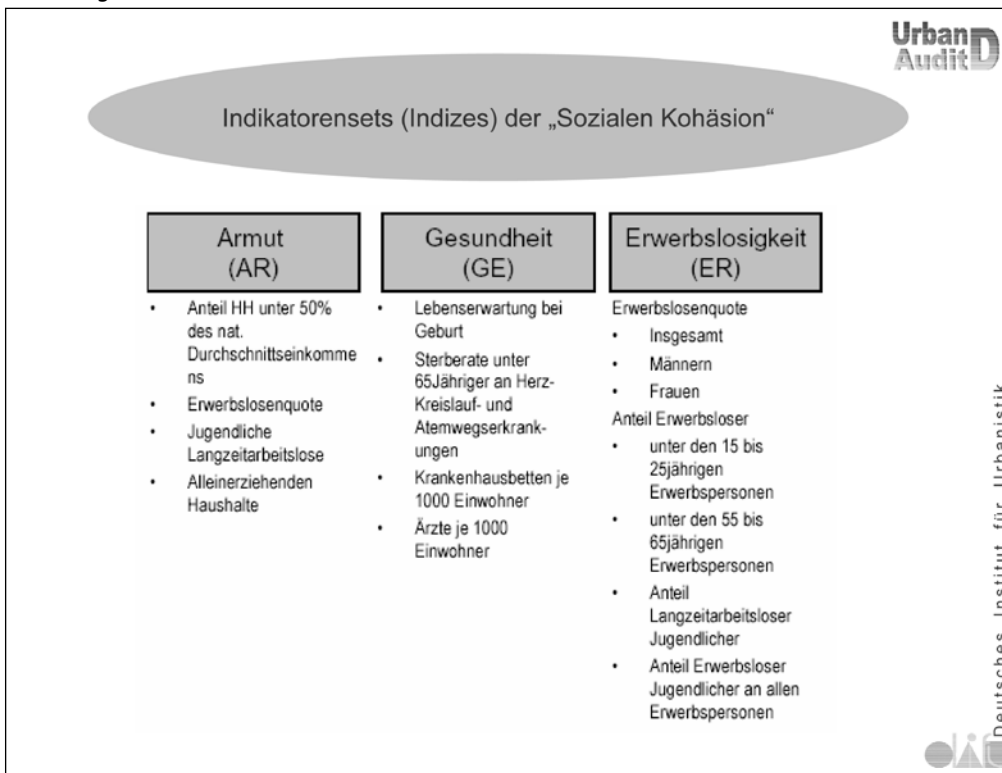


Abbildung 2



### Indizes der „Wettbewerbsfähigkeit“

- Arbeitskräfte
- Bruttoinlandsprodukt
- Erwerbslosigkeit
- Erreichbarkeit
- Bildung

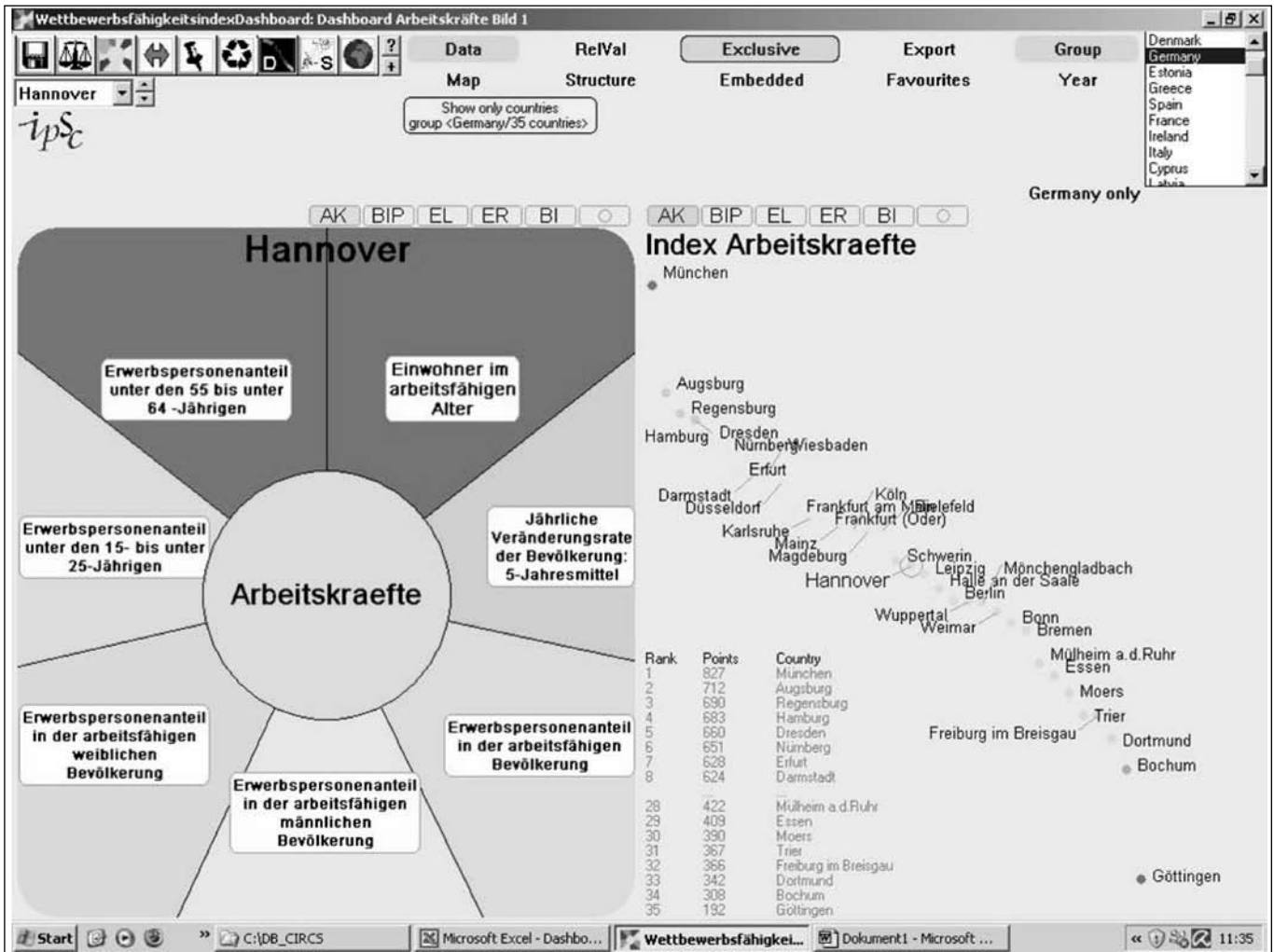
### Indizes der „Sozialen Kohäsion“

- Armut
- Gesundheit
- Erwerbslosigkeit

Die Auswahl der Teilbereiche und der jeweils verwendeten Indikatoren erfolgte in einem intensiven Abstimmungsprozess durch die Redaktionsgruppe. Auf Basis inhaltlicher Vorüberlegungen und auf der Grundlage umfangreicher statistischer Prüfungen mittels Reliabilitätstests wurden die Indikatoren innerhalb der Teilbereiche zusammengestellt. Nicht erklärenden Indikatoren wurden aus den Modellen entfernt.

Für die Darstellung der genannten Teilbereiche wird in der Arbeitshilfe ein kostenlos verfügbares Online-Instrument namens „Dashboard“ empfohlen. Dieses Instrument wurde ursprünglich von der „Consultative Group

Abbildung 3: Dashboardansicht für den Index „Arbeitskräfte“ am Beispiel der Stadt Hannover



on Sustainable Development Indices“ [www.iisd.org/cgsdi](http://www.iisd.org/cgsdi) entwickelt, seit 1999 von der gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (European Commission Joint Research Centre, JRC [www.jrc.ec.europa.eu](http://www.jrc.ec.europa.eu) im Rahmen des European Statistical Laboratory weitergeführt. Im Jahr 2006 hat EUROSTAT erstmals die Nutzung von Urban Audit im Zusammenhang mit Dashboard angeregt. Diese Idee

wurde vom KOSIS-Verbund aufgenommen und umgesetzt. Das nun bereitgestellte „Dashboard“ – als Download verfügbar unter [www.statistik.nuernberg.de/urban-audit](http://www.statistik.nuernberg.de/urban-audit) – ist gewissermaßen ein „ready-to-work-tool“, das mit den oben beschriebenen Daten befüllt und entsprechend der oben beschriebenen Systematik voreingestellt ist.

Das Angebot richtet sich vor allem an Urban Audit-Städte,

die das Programm mit allen Voreinstellungen für eigene Analysezwecke nutzen können. Darüber hinaus ist das Programm aber auch für jede andere Stadt nutzbar. Schließlich lassen sich jenseits von Urban Audit eigene Daten einstellen und eigene Dashboards erzeugen. Wie diese gelingt ist ausführlich in einem Handbuch beschrieben, das in elektronischer Form über die Urban Audit Website zu erhalten ist.

**Über Statistik:**  
Eine gute Statistik kommt ohne Anzügen aus.

## Erinnerung bei postalischen Umfragen

# Das Problem Rücklaufquote

Sören Petermann, Halle

Bei dem folgenden Text handelt es sich um die Zusammenfassung eines Aufsatzes, der unter der Überschrift „Rücklauf und systematische Verzerrungen bei postalischen Befragungen. Eine Analyse der Bürgerumfrage Halle 2003“ in den ZUMA-Nachrichten Nr. 57 erschienen ist.

### Zahlreiche Untersuchungen

Die Rücklaufquoten postalischer Befragungen stellten in der Vergangenheit ein großes Problem dar. Mittlerweile gibt es zahlreiche Forschungsergebnisse, die belegen, dass durch eine Vielzahl von Maßnahmen Ausschöpfungen erzielt werden, die mit Face-to-face- und Telefonbefragungen vergleichbar sind. Dieser Beitrag ging der Frage nach, welche Auswirkungen eine dieser Maßnahmen – Erinnerungsaktionen – auf die Verzerrung der Stichprobe hat. Die Grundlage der Analyse bildeten die Teilnahmeentscheidungen vor und nach einer Erinnerungsaktion. Mehrere Ergebnisse konnten dokumentiert werden.

### Erinnerungen erhöhen den Rücklauf

Zunächst konnte gezeigt werden, dass Erinnerungsaktionen einen substanziellen Beitrag zur Erhöhung des Rücklaufs leisten können. Die Tailored Designed Methode (TDM) ist – auch wenn sie nur in Teilen umgesetzt wird – ein geeignetes Mittel, die Rücklaufquoten postalischer Befragungen zu erhöhen. Zweitens sind die systematischen Verzerrungen sowohl nach der ersten als auch nach der zweiten Entscheidung eher gering. Dies gilt zumindest im Hinblick auf die Variablen Geschlecht, Alter und Wohngebiet. Niedrige Rücklaufquoten bedeuten also nicht zwangsläufig schlechte Datenqualität. Dennoch wäre der Rückgriff auf andere, ge-

### Geringe Verzerrungen

nauere Indikatoren der Teilnahmeentscheidung wünschenswert. Dies ist aber für Gegenüberstellungen von Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern relativ schwierig. Drittens ist es nicht unwahrscheinlich, dass bestehende Verzerrungen durch die Erinnerungsaktion verstärkt werden. Eine Verstärkung auf niedrigem Niveau konnte für die Variablen Geschlecht und Alter nachgewiesen werden. Es ist also keinesfalls so, dass Erinnerungsaktionen systematische Verzerrungen mildern oder beseitigen. Jüngere Untersuchungen kommen zu ähnlich interpretierbaren Ergebnissen. Reuband (1999: 90ff.) untersuchte Sozialprofil und Antwortverhalten zwischen Teilnehmern ohne und mit Erinnerungsaktionen und stellte fest, dass sie nicht unterschiedlich sind. Schneekloth & Leven (2003: 45) untersuchten Teilnehmer und durch Nachbearbeitung erreichte konvertierte Verweigerer im ALLBUS und stellen fest, dass „gemeinhin schlechter erreichbare Gruppen ... durch die Nachbearbeitung in der Stichprobe nicht besser repräsentiert worden“ sind. Schließlich kann man kaum eine Empfehlung geben, wie viele Erinnerungsaktionen sinnvoll sind bzw. wie groß die Stichprobe sein sollte. Vehovar und Lozar (1998) haben den komplexen Zusammenhang zwischen Stichprobengröße,

Standardfehler und Anzahl der Erinnerungsaktionen mathematisch dargestellt. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine Berechnung, wie viele Erinnerungsaktionen (unter gegebener Stichprobengröße) ausreichend sind bzw. wie groß die Stichprobe (unter gegebener Anzahl von Erinnerungsaktionen) sein soll, in der Praxis mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil die Informationen über Rücklauf- bzw. Ausschöpfungsquoten fehlen. Die Anwendung der TDM erlaubt, den Raum des möglichen Rücklaufs auf 50 bis 75% einzuengen. Schließlich bleibt noch festzuhalten, dass die Modellierung der Teilnahmeentscheidungen erweitert werden kann, indem Nutzen-, Kosten- und Vertrauenselemente subjektiv gewichtet werden. Allerdings wird die Analyse der Teilnahmeentscheidung dadurch sehr komplex, weil dann erwartbar ist, dass durch Erinnerungsaktionen nicht nur Nutzen-, Kosten- und Vertrauenselemente sondern auch deren subjektive Gewichtungen beeinflusst werden. Sollte eine solche Erweiterung erfolgreich sein, ließen sich Erinnerungsaktionen individueller, d.h. stärker auf bestimmte Personentypen zugeschnitten, gestalten.

Seit 1994 über 11 000 neue Wohnungen in Erfurt

# Zwei Quellen der Bautätigkeitsstatistik

Rainer Schönheit, Erfurt

Nach der herkömmlichen Verfahrensweise bildet das Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HBauStatG) die Basis der einschlägigen Veröffentlichungen des Thüringer Landesamtes für Statistik (TLS), die für die statistische Berichterstattung der Stadt Erfurt übernommen wird. Darin wird unter anderem die amtliche Zahl der Wohnungen in neu gebauten Wohngebäuden ausgewiesen.

Jeder Bauherr hat bei genehmigungs- bzw. zustimmungsbedürftigen Baumaßnahmen einen Erhebungsbogen für die Statistik auszufüllen sowie die Baufertigstellung anzuzeigen. Mit der Änderung des Baurechtes, auch durch die im Jahr 2004 modifizierte Bauordnung Thüringens - ThürBO, gibt es genehmigungsfreie Bauvorhaben. Dadurch wird es wahrscheinlicher, dass nicht mehr alle neu gebauten Wohngebäude in der amtlichen Statistik erfasst werden. In Verbindung mit der erstmaligen vollständigen Auswertung der Statistischen Gebäudedatei zum Jahresende 2005 und Veröffentlichung der Ergebnisse im Kommunalstatistischen Heft 54 „Gebäude- und Wohnungsbestand 2005“ erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Problematik.

Eine alternative Erfassungsmöglichkeit für neu gebaute Wohngebäude zur Ermittlung möglichst realitätsnaher jährlicher Ergebnisse der Neubautätigkeit ergibt sich aus der konsequenten Anwendung des Qualitätsmanagements bei der Führung der kommunalen Statistischen Gebäudedatei im Bereich Statistik und Wahlen. Dabei liefert die Verknüpfung der neu vergebenen Adressen mit dem Datum des Einzugs des ersten Bewohners an dieser Adresse Hinweise auf die Qualifizierung eines Datensatzes in der Statistischen Gebäudedatei. Diese Variante soll im Folgenden näher erläutert und mit den Ergebnissen der Landesstatistik verglichen werden.

Die neu vergebenen Adressen werden aus dem Adressre-

gister ermittelt. Aus dem Einwohnermelderegister ist das früheste Anmeldedatum für diese Adressen selektierbar. Zur Feststellung des Gebäudetyps (Ein- und Zweifamilienhaus oder Mehrfamilienhaus) wird als weitere Quelle das im Bereich geführte Gebäuderegister ausgewertet. Alternativ ist zur Ermittlung des Gebäudetyps auch eine Haushaltegenerierung mit einem späteren Einwohnerbestand als Basis zu verwenden bzw. eine selektive Begehung möglich.

Die Grafiken stellen die Ergebnisse der Landesstatistik und der Auswertung aus der Statistischen Gebäudedatei gegenüber. In Abbildung 1 sind die jährlich fertig gestellten Wohnungen in neuen Wohngebäuden dargestellt. Der Vergleich

Abbildung 1

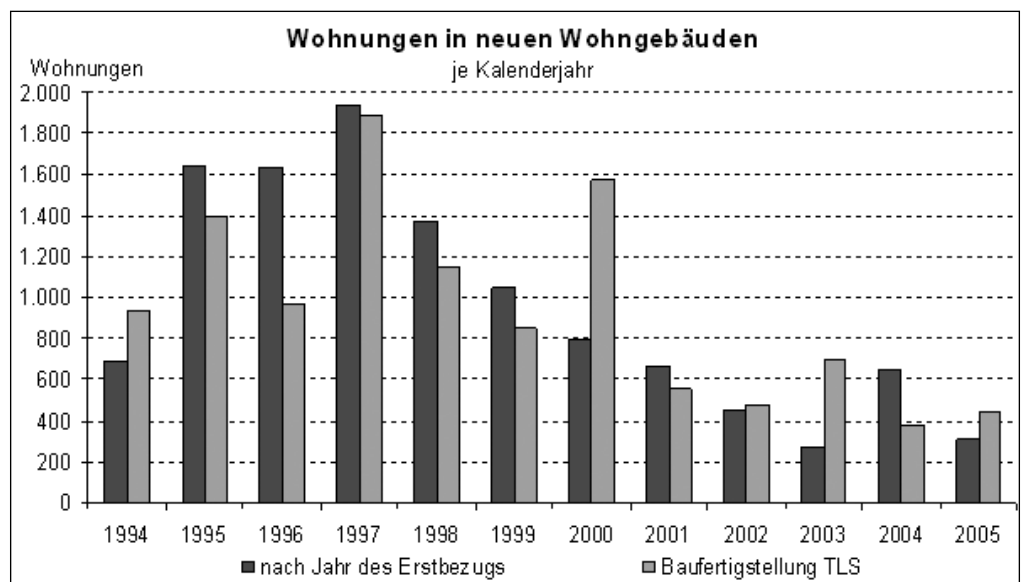




Abbildung 2

zwischen der Zahl der Landesstatistik und der mit oben beschriebenen Vorgehen berechneten Wohnungszahl in neu errichteten Gebäuden zeigt einen uneinheitlichen Trend. Auffallend sind die Unterschiede in den Jahren 2000 und 2003.

Hier weist die Landesstatistik eine erheblich höhere Zahl an Baufertigstellungen aus.

Die Abbildung 2 zeigt die kumulierten Ergebnisse seit dem Jahr 1994. Am Ende des Betrachtungszeitraumes besteht

nur eine geringe Differenz von 161 Wohnungen bzw. 1,4 % zwischen beiden Varianten. In der Relation zum Gesamtneubauvolumen von immerhin mehr als 11.000 Wohnungen in neuen Wohngebäuden ist das eine eher zu vernachlässigende Größe.

Damit erweisen sich beide Quellen zumindest in der Langfristbetrachtung als gleichermaßen geeignet. Die Entscheidung, ob das Neubauvolumen eher aus der Hochbaustatistik oder eher aus der Statistischen Gebäudedatei abzuleiten ist, dürfte daher rein pragmatisch erfolgen. Das wesentlichste Kriterium bleibt dabei ein tatsächlich erfolgter Bezug der Immobilie und die Möglichkeit der kleinräumigen Zuordnung der Daten der kommunalen Statistischen Gebäudedatei.

## Wider die Eigenstatistik – Museumsprobleme

# Kreative Zählung

Martin Schlegel, Hagen

### Kreative Zählung bringt Museum Gästeströme

**WUPPERTAL.** (Inw) Eine „ideenreiche“ Besucherzählung hat dem Wuppertaler Von der Heydt-Museum in den vergangenen Jahren wahre Gästeströme beschert. Erst mit dem Wechsel in der Leitung und plötzlich halbierten Zahlen war aufgefallen, dass lange Zeit auch Postkartenkäufer und selbst Handwerker als Besucher gezählt worden sind. Eine aktuelle Vorlage des Kulturausschusses belegt für das Jahr 2005 151 444 Museumsbesucher. Mit Dienstantritt des neuen Direktors im Folgejahr stürzte diese Zahl auf 78 000. Bei der Ursachenforschung sei man darauf gestoßen, dass in der Vergangenheit jeder gezählt worden war, der seinen Fuß über die Museumsschwelle gesetzt hat.

Viel Kommentierendes muss man zu dem kleinen Zeitungsbericht wohl nicht schreiben. Da berichtet die Westfalenpost am 30. März 2007 über eine Statistik, die das Wuppertaler Von der Heydt-Museum betrieben hat. Das Museum hat seine Besucher gezählt. Eine einfache Sache, die jeder kann, haben die sich gesagt.

Das Ergebnis: Im Jahr 2005 besuchten über 150 000 Menschen das Museum; eine schöne, erfolgsbezeugende Zahl.

Doch dann wechselte der Chef und in 2006 waren es weniger als 80 000; ohne dass von Umbauten oder ähnlichen Störungen zu berichten wäre.

Ohne hier auf die offizielle, den Ex-Chef leicht schonende Begründung einzugehen, wird aus diesem Vergleich der – vorsichtig formuliert – Pfusch offensichtlich. Das Grundproblem ist nun mal: Eigenstatistiken sind nicht aussagekräftig. Wenn einer selbst zählt, was er

tut, und diese Zahlen über Erfolg oder Misserfolg Auskunft geben, dann ist er einfach nicht objektiv.

Es wäre aber auch unverschämte, von ihm objektive Daten zu verlangen. Das können nur neutrale Beobachter. Statistik sollten Statistiker machen. Denn schließlich gilt: Ein Profi fälscht keine Statistik.

Hoffentlich ziehen die Wuppertaler Konsequenzen, um einem neuerlichen Sündenfall zu begegnen.

# Kommunen werden befragt

Michael Bretschneider, Berlin

Hin und wieder sollen Kommunalverwaltungen Fragen beantworten wie beispielsweise: „Bitte schätzen Sie ein, welche Bedeutung das Entwicklungskonzept für die Beurteilung konkreter Ansiedlungsvorhaben hat“

„Würden Sie es begrüßen, wenn das Land Nordrhein-Westfalen Kriterien für die Ausweisung zentraler Versorgungsbereiche formulieren würde?“

„Welche Aufgaben sind in Ihrer Kommune in diesem Jahr von besonderer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik?“

Die Beispiele zeigen, dass es in an Kommunalverwaltungen gerichtete Befragungen nicht nur um die so genannten „objektiven“ Informationen geht, sondern auch um „subjektive“ Einschätzungen und Bewertungen.

## Die Initiatoren

Initiiert werden dieser Befragungen sowohl von der Praxis wie auch aus dem Wissenschaftsbereich:

Die staatliche Verwaltung auf Bundes- und Landesebene will mit den Befragungsergebnissen die Grundlagen für das Regierungshandeln verbessern. Die Kommunen selbst und ihre Spitzenverbände nutzen Befragungen als Instrument des interkommunalen Erfah-

rungsaustauschs und der Verbandsarbeit. Verbände wie Industrie- und Handelskammern, die des Einzelhandels oder Wohnungswesens interessiert die ihren jeweiligen Wirkungskreis betreffende Meinung aller oder einer wie auch immer getroffenen Auswahl der über 14 Tausend Kommunalverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland.

Privatwirtschaftlich initiierte Befragungsvorhaben stehen üblicherweise in einem direkten oder indirekten Kontext von Versuchen, Informationsbedarf in geldwerte Nachfrage zu transformieren.

Die Wissenschaft erhofft sich hingegen für deskriptiv, kausal oder normativ angelegte Forschungsvorhaben empirische Belege, wenn sie umfragen-gestützte Meinungsforschung bei Kommunalverwaltungen betreibt. Das Instrument „Befragung“ lockt dabei alle Disziplinen, die sich mit kommunalen Angelegenheiten oder Fragen befassen, bei denen die Meinung der lokalen Akteure für wichtig erachtet wird. Das sind nicht nur die Verwaltungswissenschaften, denen der Gegenstand „Kommunalverwaltung“ besonders nahe steht. Befragungsvorhaben initiieren Geographen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Rechtswissenschaftler und Politologen, aber auch Stadtplaner oder Verkehrswissenschaftler.

## Die Verwaltungsmeinung

Üblicherweise zielt Meinungsforschung eben auf diese: die Meinung des Befragten. Das scheint eine klares Ziel zu sein, wenn Befragungen auf die Meinung der Befragten in ihren eigenen Angelegenheiten abstellen. Befragt werden sie beispielsweise als Bürger, Verbraucher oder Wähler, und für derartige Befragungen steht ein ausgefeiltes Instrumentarium der empirischen Sozialforschung zur Verfügung.

Ganz offensichtlich sind die Kunstregeln der empirischen Sozialforschung jedoch nicht unbesehen auf die Umstände und Konstellationen einer Befragung von Korporationen wie (Kommunal-) Verwaltungen übertragbar: Die eingangs genannten Fragenbeispiele zielen ja eben nicht auf die persönliche Meinung des Befragten, sondern dieser dient lediglich als kundiger Auskunftgeber, der - entsprechend seiner Stellung in der Verwaltung - eine mehr oder weniger restriktiv gebundene Rolle wahrnimmt und dieser entsprechend Meinungen „der Verwaltung“ zu äußern in der Lage ist. Insofern fallen Erhebungs- und Aussageeinheit auseinander<sup>1</sup> und das Ziel einer Befragung ist regelmäßig ein Ergebnis, nach dem „die Kommunen“ mehrheitlich oder zu Teilen dieser oder jener Meinung anhängen<sup>2</sup>.

Erstabdruck: Deutsches Institut für Urbanistik, Difu-Berichte 2/2007

## Regeln der empirischen Sozialforschung

Derartige Untersuchungsziele von Befragungen setzen offenbar voraus, dass es eine solche Verwaltungsmeinung tatsächlich gibt. Ein Blick in die Hauptsatzung einer Kommune zeigt, welche Rollen innerhalb der Verwaltung mit welchen Befugnissen verbunden werden, eine Meinung nach innen oder außen bilden oder vertreten zu dürfen bzw. zu müssen.

Tatsächlich ist es für die Planung einer Verwaltungsbefragung jedoch wenig ratsam davon auszugehen, dass es um das Erfragen „der“ Verwaltungsmeinung geht, obwohl die Ergebnisberichte solcher Befragungen oft genau diesen Eindruck erwecken wollen. Die Antworten auf die Frage „Halten Sie das Gewerbeflächenangebot Ihrer Kommune für ausreichend?“ können recht verschieden ausfallen, wenn sie einerseits vom Wirtschaftsförderungsamt, andererseits aber vom Stadtplanungsamt gegeben werden. So mag es in der Kommunalverwaltung zwar fall- und ausnahmsweise tatsächlich nur eine und „die“ Verwaltungsmeinung geben. Daneben geht es aber wohl häufiger um Prozesse einer permanenten Willensbildung in der Verwaltung, in denen durchaus auch konkurrierende und rivalisierende Meinungen über längere Zeit koexistieren können. Das war beispielsweise in den 70er Jahren gut am Beispiel der Frage der Einrichtung von Fußgängerzonen in den Innenstädten zu beobachten. Erst an dessen Ende eines längeren kontroversen Prozesses stand eine umfassend befürwortende Verwaltungsmeinung.

Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Auswahlinheit innerhalb der Verwal-

tung Adressat einer Befragung sein soll, denn offenbar bestehen Möglichkeiten, das Befragungsergebnis vorab durch diese Auswahl zu beeinflussen: Eine Bewertung des Erfolgs der Verwaltungsmodernisierung wird aus der Sicht des Organisationsamtes voraussichtlich eher positiv ausfallen, aus der Sicht eines Fachamtes nur dann, wenn die Modernisierungsgewinne deren Nachteile überwiegen. Den Erfolg der Beteiligung einer Stadt am Programm „Soziale Stadt“ wird das federführende Amt tendenziell positiv bewerten, während dem Stadtteildenken weniger zugetane Verwaltungsteile zurückhaltender urteilen können.

In zahlreichen Befragungen wird hingegen die Frage der Zuschreibung einer Befragung innerhalb der Verwaltung der Posteingangsstelle überlassen. Seit dem Umbau vieler Verwaltungen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist die Lenkungswirkung tradierter Ämterbezeichnungen ohnedies zurückgegangen, was für eine solche Delegation der Auswahlfrage spricht. Andererseits begibt sich der Befragende durch eine solche Delegation der Kontrolle einer nicht unwesentlichen Stufe im Befragungsdesign.

Eher selten findet sich in den Ergebnisberichten zu Verwaltungsbefragungen eine genauere Überprüfung der Frage, ob und in welchem Umfang die angestrebte Zielgruppe in der Verwaltung tatsächlich erreicht worden ist. Im Bericht zur Mitgliederbefragung der KGSt zur Verwaltungsmodernisierung aus dem Jahr 1997<sup>3</sup> findet sich hierzu eine mutige Ausnahme: Eine tabellarische Darstellung zeigt detailliert, dass der ein-

gesetzte „Chefbogen“ tatsächlich nur zu etwa einem Drittel auch von der Zielgruppe der „Chefs“ ausgefüllt wurde, bei einer Gesamtbeteiligung an der Umfrage von lediglich 43,1 % ein durchaus beachtlicher Ausfall. Auf eine solche Transparenz wird in den Ergebnisberichten anderer „Bürgermeisterbefragungen“ verzichtet und auf „Repräsentativität“ allein aufgrund der Beteiligungsquoten etwa verschiedener Gemeindegrößenklassen geschlossen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Planung einer Befragung von Kommunalverwaltungen mit durchaus eigenen methodischen und organisatorischen Fragen verbunden ist. Antworten hierzu können den gängigen Lehrbüchern der empirischen Sozialforschung nicht entnommen werden.

Verblüffend, dass die Häufigkeit der Befragungen von Kommunalverwaltungen bisher noch keine erkennbare Aufmerksamkeit bei der Methodenforschung ausgelöst hat. Befragungen von Kommunalverwaltungen werden zwar zahlreich und in verschiedenen Varianten der Methodentriangulierung durchgeführt, aber wissenschaftlich-methodisch kaum systematisch reflektiert.

## Die Befragten

Aus der Sicht der befragten Kommunen ist der auf sie gerichtete breite Strom von externen Befragungswünschen eine zwiespältige Angelegenheit: Als grundsätzlich positiv für die Kommunen kann das Interesse an ihrer Arbeit gelten, als problematisch hingegen der Bearbeitungsaufwand. Vor allem aber ist die Frage

## Wo bleibt die Methodenforschung?

## Zwiespältige Angelegenheit

der zu erwartenden Ergebnisverwertung von Befragungen von Bedeutung: Wird sich eine Kommune mit ihren Antworten am Ende eines wie auch immer konstruierten Städterankings wieder finden, das beispielsweise die Familien- oder Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen in schwer nachzuvollziehender Weise abzubilden beansprucht? Erhalten die Teilnehmerkommunen überhaupt eine Kenntnis von den Befragungsergebnissen? Wie nützlich sind wissenschaftliche Ergebnisse für die kommunale Praxis, wenn zwischen dem Befragungszeitpunkt und der Veröffentlichung unter Umständen ein mehrjähriges Promotions- oder Habilitationsverfahren liegt? Wann also ist es für eine Kommune insgesamt ratsam, an einer Befragung teilzunehmen oder besser, darauf zu verzichten?

Erstaunlicherweise gehört eine vergleichsweise hohe Antwortbereitschaft zum regelmäßigen Befragtenverhalten der Kommunalverwaltungen. Das Umfragennachweissystem KOMM.DEMOS des Difu enthält zur Zeit 285 standardisierte Beschreibungen von Verwaltungsbefragungen mit Angaben zur Beteiligung. Auf dieser Grundlage lassen sich die folgenden Angaben errechnen:

Arithmet. Mittel	64,2 Prozent
Median	68,4 Prozent
Standardabweichung	23,4
Minimum	0,3 Prozent
Maximum	100 Prozent
Zahl der Fälle	285

\*Quelle: KOMM.DEMOS des Difu, Stand April 2007

Innerhalb eines breiten Streubereichs liegen Verwaltungsbefragungen mit einem

durchschnittlichen Rücklauf von 64 Prozent klar über der durchschnittlichen Beteiligung an Bevölkerungsumfragen und mit großem Abstand vor der Beteiligung an Betriebsbefragungen. Kommunalverwaltungen sind also nicht nur eine beliebte, sondern auch ergiebige Zielgruppe von Befragungen.

Die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Kommunen widmeten der Frage der Steuerung ihrer Beteiligung an externen Verwaltungsbefragungen seit jeher besondere Aufmerksamkeit. Über lange Zeit galt die vom Präsidium des Städtetags beschlossene Regel, dass sich die Städte nur dann an einer Befragung beteiligen, wenn die Hauptgeschäftsstelle des DST das Befragungsvorhaben vorab geprüft und befürwortet hatte. Es ist nicht klar, wie die Hauptgeschäftsstelle hier verfahren ist und welche Wirkung dieser Steuerungsversuch gehabt hat. Im Oktober 2002 hat das Präsidium des Deutschen Städtetags dieses Verfahren jedoch abgeschafft. Stattdessen sollen die Städte nunmehr selbst über die Beteiligung an externen Umfragen befinden.<sup>4</sup>

Das führt zu den Fragen, mit welchen Vor- und Nachteilen die Teilnahme einer Kommune an Befragungen verbunden sein kann und wie eine Teilnahmeentscheidung gefunden werden kann.

Grundsätzlich ergeben sich Vorteile vor allem dann, wenn ein eigenes Interesse am Befragungsthema und an der Herstellung eines kommunalen Meinungsbildes zu diesem besteht. Über das thematische Interesse wird am besten die zuständige Fachverwaltung befinden können. Zusätzlich sind ein qualifiziertes Befragungs-

design und eine entsprechende Qualifikation des persönlichen oder institutionellen Bearbeiters der Befragung erforderlich. Fehlt das Wissen zu Bewertung dieser Frage in der Fachverwaltung, dann sollte hierzu der Rat der kommunalen Statistikstelle eingeholt werden, die ihrerseits in interkommunale Kooperationen eingebunden sein sollte, wie sie etwa vom Verband Deutscher Städtestatistiker ermöglicht werden.

Schwierig kann die Bewertung der vom persönlichen Befrager bzw. der befragenden Institution vorgesehenen Ergebnisverwertung sein. Hier sind privatwirtschaftliche, wissenschaftliche oder öffentliche Kontexte zu bewerten, in deren Zusammenhang das Befragungsanliegen steht. Bei vor Ort unbekanntem Befragern enthält das an die Kommune gerichtete und um Befragungsteilnahme werbende Anschreiben erste Anhaltspunkte für Rückfragen oder die Beschaffung weiterer Informationen. Von Bedeutung ist dabei auch die Frage, ob und in welcher Form den befragten Kommunen ein Zugang über die Befragungsergebnisse angeboten wird.

Nahe liegende Bewertungsnotwendigkeiten ergeben sich aus dem absehbaren Bearbeitungsaufwand im Verhältnis zur jeweils vorhandenen Bearbeitungskapazität.

Bestimmte Befragungsthemen können zu „Themenkonjunkturen“ gehören. Hier ist mit der Gefahr von Mehrfachbefragungen durch unterschiedliche Befrager zu rechnen, die möglicherweise keine Kenntnis von Parallelbefragungen anderer zum gleichen Thema haben. Hier sind kommunalfreundliche Informationsange-

## Die Rolle der Statistikstelle

## Der DST mischte mit

bote hilfreich, welche Beiträge zur Transparenz im schwer zu durchschauenden kommunalen Umfragenmarkt leisten.<sup>5</sup>

Erkennbar führen solche Kriterien nicht zwingend zur Begründung einer Teilnahme oder ihrer Ablehnung, und so verbleibt ein Restrisiko bei der befragten Kommune.

Wohl aber können auch die Befragungsinteressenten auf diese Situation reagieren, indem sie ihre Befragungskonzepte bewusst kommunalfreundlich ausrichten, sich aktiv um

die Beteiligungsbereitschaft bemühen und damit auf Entscheidung einer Kommune indirekt einwirken.

Von Interesse wäre darüber hinaus ein interkommunaler Erfahrungsaustausch zu der Frage, welche Lösungen die Städte seit dem Jahr 2002 zum Umgang mit der Teilnahmeentscheidung an Verwaltungsbefragungen gefunden haben und als erfolgreich empfehlen.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe hierzu Hans-Ulrich Derlien, Standort der empirischen Ver-

waltungsforschung, in: K. König (Hg.), Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert. Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, 2000, S.15 – 44.

<sup>2</sup> Anders beim Typ der Mitarbeiterbefragung, wo es tatsächlich auf die Meinung des Befragten selbst ankommt.

<sup>3</sup> KGSt, Verwaltungsmodernisierung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (TUI): Neues Steuerungsmodell und TUI-Einsatz, Bericht Nr. 10/1998.

<sup>4</sup> Deutscher Städtetag, Geschäftsbericht für die Jahre 2003 und 2004, Köln und Berlin, Mai 2005, S. 165.

<sup>5</sup> Hierzu kann auch das Informationssystem KOMM.DEMOS des Difu Beiträge leisten.

Anzeige



**Neue Soziale**  
*FORSCHUNGSJOURNAL*  
**Bewegungen**

kritische Analyse • innovative Themen • sinnvolle Perspektiven

**Inhalt:** **Aufklärung wird wieder modern:**  
lesen und weiter denken ...

**Themen 2007**

**1/07 Barfuß oder Lackschuh?**  
Soziale Ungleichheit und Protest

**2/07 Bürgergesellschaft: Wunsch und Wirklichkeit**

**3/07 Kampagnen: Inszenierte Öffentlichkeit als Instrument politischer Kommunikation**

**4/07 Wandel der Parteidemokratie**  
Macht ohne Substanz?

Einzelheft (ca. 124 Seiten) 14 EUR/ sFr 25,30 • Jahresabo 39 EUR/ sFr 67,50  
für Studierende gegen Studienbescheinigung 29,00 EUR/ sFr 50,70

Ein Neu-Abonnement kann innerhalb von 8 Tagen durch schriftliche Mitteilung an den Verlag zurückgenommen werden. Ein laufendes Abonnement kann spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres mit einfacher schriftlicher Mitteilung an den Verlag gekündigt werden.

Verlag LUCIUS & LUCIUS  
Gerokstr. 51 • 70186 Stuttgart  
Fax 0711 - 24 20 88  
lucius@luciusverlag.com

**Bitte richten Sie Ihre Bestellungen  
an Ihre Buchhandlung!**




# Entwicklung industriell geprägter Talstädte

Christian Strähler, Hagen

Grundsätzlich lassen sich Städte in unterschiedliche Typen einteilen. Unter dem Gesichtspunkt der Topografie ist zu unterscheiden zwischen Städten in der Ebene und solchen in Tälern, auf Bergkuppen usw. Hinzu kommen Unterscheidungsmerkmale hinsichtlich der Funktionen einer Stadt. Wurde die Entwicklung stärker durch Verwaltungsaufgaben, Handelsunternehmen oder Industriebetriebe geprägt? Da es hierbei häufig zu einer Mischung unterschiedlicher Aufgaben einer Stadt kommt, ist zu klären, welche Funktion der entscheidende Motor für das Wachstum einer Stadt darstellte.

## Entwicklung der Vergleichsstädte

Die Stadt Hagen gehört zu den Talstädten, die in ihrer Hauptwachstumsphase von der industriellen Entwicklung geprägt wurde. In der Dissertation „Industriell geprägte Talstädte – Zum Einfluss der Topografie auf die Stadtentwicklung - ein Städtevergleich unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Hagen“ werden der Stadt Hagen ebenso industriell geprägte Talstädte gegenübergestellt. Es handelt sich hierbei um Wuppertal, Saarbrücken, Siegen und Gera. Der Städtevergleich konzentriert sich auf die räumliche Struktur, insbesondere auf die Ausdehnung der Wohnbebauung, sowie auf die ver-

kehrliche und die gewerbliche Entwicklung. Gemeinsam ist den untersuchten Städten die starke räumliche Begrenzung durch die besonderen Gegebenheiten der Topografie. Die Industrieansiedlungen folgen ebenso wie die Verkehrsadern den Flussläufen. Der Flächenbedarf für die Industrie wuchs ständig. Auch noch zu der Zeit, als die Industrie bereits auf die Nutzung elektrischer Energie übergegangen war, wurden die Tallagen bevorzugt, weil hier die überwiegende Zahl der Verkehrsanbindungen bestanden. Die Täler wurden im Gegensatz zu den höheren Lagen von einer Vielzahl von Eisenbahnlinien erschlossen. Mit der Ausweitung der industriellen Produktion entwickelten sich die Talstädte zu regelrechten Eisenbahnknotenpunkten, deren Ausbau bis 1900 weitgehend abgeschlossen wurde.

In den Tälern kommt es zu linearen Strukturen, die vom Anfang der Industrialisierung bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts einem steten Prozess der Konzentration und Verdichtung unterlagen. Die Wohnstandorte wanderten gleichzeitig von den Talsohlen hinauf auf die Höhen. Aufgrund unterschiedlicher Hangneigungen kam es bezogen auf die Talachse zu asymmetrischen Ausformungen des Siedlungskörpers. Besonders steilere Hänge wurden häufig aus wirtschaftlichen, in letzter Zeit

auch aus Gründen des Landschaftsschutzes, nicht bebaut. Die schlechteren Wohnlagen, die Standorte, die in besonderem Maße den Verkehrs- und Industrieemissionen ausgesetzt sind, liegen nahe der Talsohle, die besseren Wohnstandorte sind weiter oberhalb zu finden. Mit der Qualität der Wohnlagen nimmt die Bebauungsdichte ab. Die großzügige Ausweisung von Baugebieten in ausgesprochenen Hochlagen – Bergkuppen oder Hochebenen - setzt überwiegend nach dem zweiten Weltkrieg ein.

## Die Aufgabe

Schwerpunktmäßig setzt sich der Städtevergleich mit der Frage auseinander, wie die Vergleichsstädte mit den Umstrukturierungsprozessen der Tallagen in den letzten drei Jahrzehnten umgegangen sind. Die Strukturkrise der Städte Wuppertal, Saarbrücken, Siegen und Hagen begann in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, in Wuppertal hauptsächlich ausgelöst durch den Niedergang der Textilindustrie und in den übrigen drei Städten mit der Krise der stahlerzeugenden und stahlverarbeitenden Industrie. In Gera wurde die Phase des Umbruchs mit der Wende 1989 eingeleitet. Hier stellte auch der Niedergang der Textilindustrie ein besonderes Problem dar. Ein großer Teil der in den Vergleichsstädten durchgeführten und geplanten Maßnahmen lässt sich auf die

## Schlechtere Lagen im Tal

## Strukturkrise

Situation von Hagen anwenden, insbesondere auf die Talräume der Flüsse.

Es gilt die Annahme, dass mit Hagen vergleichbare Städte auf dem Weg sind, Lösungswege für ihre eigne spezifische Situation zu suchen. Es gilt im Städtevergleich Fehlentwicklungen genauso deutlich zu machen wie erfolgreiche Handlungsstrategien. Die Untersuchung wurde auf die Bereiche begrenzt, die sich bei Industriestädten in Tallage in besonderer Weise in Abhängigkeit zur Topographie befinden. Im wesentlichen handelt es sich hier um planerische Aufgaben in den Talachsen. Hier besteht in allen vergleichbaren Talstädten der größte Handlungsbedarf. Nicht nur weil es sich hier um die Flächen handelt, die zuerst besiedelt wurden und somit noch heute am intensivsten genutzt werden, sondern weil hier zur Zeit die größten Nutzungsänderungen stattfinden.

Es wird untersucht, welche Komponenten in der Vergangenheit auf die Stadtstruktur Einfluss genommen haben. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den konstanten Bedingungen, wie der Topografie, und den variablen Größen, wie zum Beispiel dem Wirtschaftswachstum usw.. Es wird aufgezeigt, welche dieser Komponenten heute noch bestehen und zu welchem Zeitpunkt bestimmte Einflussfaktoren aufgehört haben zu existieren. Dabei wird geprüft, ob neue Komponenten hinzu gekommen sind und ob sie den Wegfall alter Entwicklungsbedingungen kompensieren konnten.

Wichtig ist die Frage, ob die Vergleichsstädte die Tallagen

in ihren Entwicklungskonzepten als Hauptentwicklungsachsen betrachten und in welcher Weise erfolgten bzw. drohenden Funktionsverlusten entgegengewirkt wird. Wie vollzieht sich in den alten Achsen ein Funktionswechsel? Wird er durch städtebauliche Maßnahmen gesteuert? Welche Strategien wurden entwickelt, den Talraum zu stärken?

Von besonderem Interesse ist die Frage, wie sich die Besiedlung in Abhängigkeit von der Topografie entwickelt hat und wie bei einer stagnierenden oder schrumpfenden Bevölkerungsentwicklung der Gesamtstadt innerhalb der Stadtgrenzen kleinräumige Veränderungen der Einwohnerdichte erfolgen. Gibt es bei den Vergleichsstädten topografisch benachteiligte Bereiche, die sich schneller entleeren, wie andere Quartiere mit besseren Lebensbedingungen?

Für die Beantwortung der Fragen wurden die folgenden Erhebungen durchgeführt: Mittels Interviews, die vor Ort mit den Planungsbehörden geführt wurden, und der Auswertung von statistischen Materialien wurden die gemeinsamen Merkmale der Vergleichsstädte herausgefiltert. Zahlenangaben über die Einwohner- und Arbeitsplatzdichten und die Verkehrsströme, so weit vorhanden, sollen in Relation zur Topografie Aufschluss über die Bedeutung der Tallagen geben. Bei dem Vergleich wurden ausschließlich vorhandene Daten ausgewertet, die von den Städten zur Verfügung gestellt wurden.

Die Besiedlung der Täler, die Ausdehnung der gewerblichen Flächen und der Wohngebiete konnten anhand historischer

Karten, denen Höhenlinienpläne unterlegt wurden, sowie stadtgeschichtlicher Literatur rekonstruiert werden. Hinzu kam die Auswertung von Angaben zur Einwohnerentwicklung in den statistischen Bezirken bzw. Distrikten, die bis auf die Stadt Gera, etwa den Zeitraum von 1980 bis 2000 umfassen. Alle Pläne zur Auswertung des statistischen Materials wurden auch mit Höhenlinien unterlegt.

## Ergebnisse

Trotz erheblicher Funktionsverluste in der Talachse haben die Städte ihren ursprünglichen Charakter weitgehend erhalten können. Obwohl die besiedelten Flächen in allen Städten kontinuierlich gewachsen sind, stellen die den Talraum begrenzenden Berge noch immer natürliche Barrieren dar, deren Bebauung nur eingeschränkt möglich ist.

Die Komponenten Gewerbe, Wohnen und Verkehr, die zur Ausbildung des Stadtkörpers beigetragen haben, sind in der Talachse alle noch vorhanden. Allerdings gibt es erhebliche Einbußen im gewerblichen Bereich. Die Verluste an Arbeitsplätzen in den ursprünglich vorhandenen Industriezweigen konnten durch die Zuwächse im Dienstleistungsbereich nicht ausgeglichen werden. Firmenabwanderungen der letzten Jahre wurden auch mit dem fehlenden Flächenangebot begründet.

Die Städte Siegen und Hagen haben in den 70er Jahren durch Flussbegradigungen zusätzliche gewerbliche Bauflächen in bis dahin wenig genutzten Talräumen schaffen können. Zur Maximierung des Flächengewinns musste die Lenne in Hagen auf einer Länge von ca. 3,6 km in ein neues Bett verlegt werden. Ähnlich

## Interviews und Daten der Städte

wurde in Siegen mit der Siegfriedenbahn, um dort ein großes zusammenhängendes Gewerbegebiet erschließen zu können. Die Städte Wuppertal und Saarbrücken bauen die Talachse zu einem wichtigen Standort für das Dienstleistungsgewerbe aus. Durch die Stärkung des Dienstleistungssektors soll teilweise der Rückgang von Arbeitsplätzen im produktiven Gewerbe aufgefangen werden. Während Wuppertal und Gera zusätzliche Gewerbeflächen in höheren Lagen entwickeln, wird in Saarbrücken versucht, den Flächenbedarf für gewerbliche Ansiedlungen überwiegend auf Gewerbebrachen in der Talachse abzudecken. Die Stadt Siegen bereitet die Ausweisung neuer Gewerbebestände auch in Hochlage in der Nähe von Autobahnabfahrten vor. In Nordrhein-Westfalen hat Wuppertal eine Vorreiter-

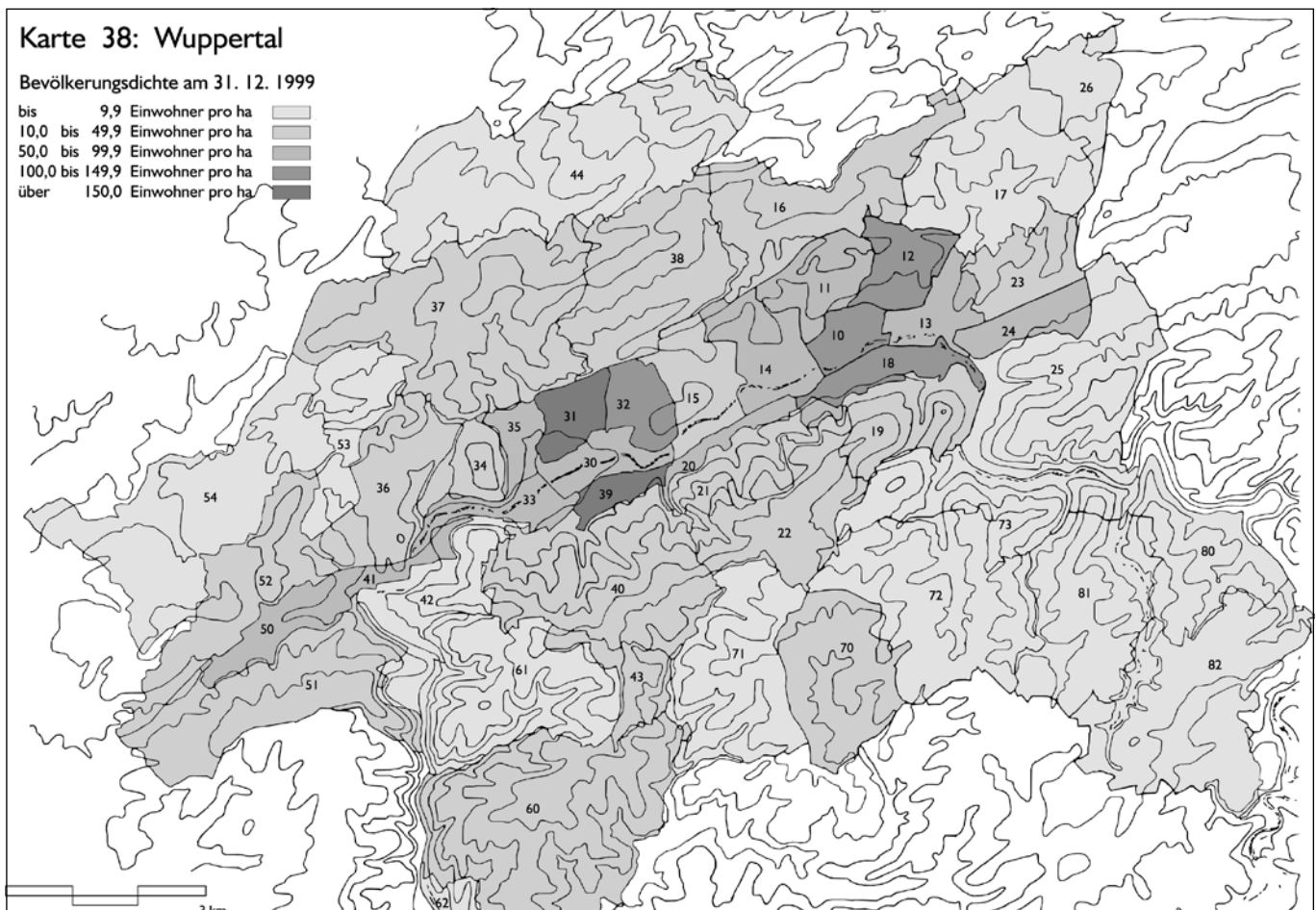
funktion hinsichtlich der Wiederaufbereitung von Eisenbahnbrachen.

Die Tallagen leiden zum Teil unter einem erheblichen Imageproblem. Dazu zählen die hohen Lärm- und Schadstoffbelastungen, die hauptsächlich auf den Straßenverkehr zurückzuführen sind. Hinzu kommt das äußere Erscheinungsbild, das durch Gewerbebrachen, minderwertige Nachnutzungen in ehemals für industrielle Zwecke errichteten Gebäuden, gesichtslosen Fassaden von neuen Fachmärkten und unübersichtlichen Kleingewerbestrukturen geprägt ist.

Vergleichsstädte wie Wuppertal haben deshalb damit begonnen, in sogenannten Sorgfaltsbereichen in der Talachse noch intakte Strukturen zu stärken und weiterzuentwickeln. Durch

Rückbau der Straßen wurden Flächen für Begrünungsmaßnahmen geschaffen. Es wird versucht, an mehreren Stellen der Talachse gute Adressen für Dienstleistungsbetriebe zu schaffen.

Die Wiederaufbereitung von Gewerbebrachen ermöglichte den Vergleichsstädten eine Aufwertung der Tallagen. Es wurden Flussufer zugänglich gemacht und zusätzliche Grünanlagen angelegt. An vielen Stellen wurden auf den Gewerbebrachen Einzelhandelsnutzungen und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt, die sich weniger störend auf die benachbarte Wohnbebauung auswirken, als die früheren Industriebetriebe. Allerdings ist es nur in Einzelfällen gelungen, höherwertiges Gewerbe der Technologiebranche anzusiedeln.



In den Vergleichsstädten ist es nicht gelungen, die Wohnverhältnisse in den Tallagen insgesamt zu verbessern. Die schwindenden Industrieemissionen wurden zum Teil durch zunehmende Verkehrsemissionen ausgeglichen. Die Vorbelastung der Tallagen durch Verkehrsemissionen ist an einigen Stellen so groß, dass hier die Wohnnutzungen nicht weiter ausgedehnt werden können. Gewerbebrachen werden zum Teil sehr stark durch Verkehrsstränge beeinträchtigt, sodass sie für eine Umnutzung zu Wohnzwecken nicht mehr in Frage kommen. Aufgrund der genannten Beeinträchtigungen ist eine Vermehrung des Wohnraumes in den Tallagen aller Vergleichsstädte nur bedingt möglich.

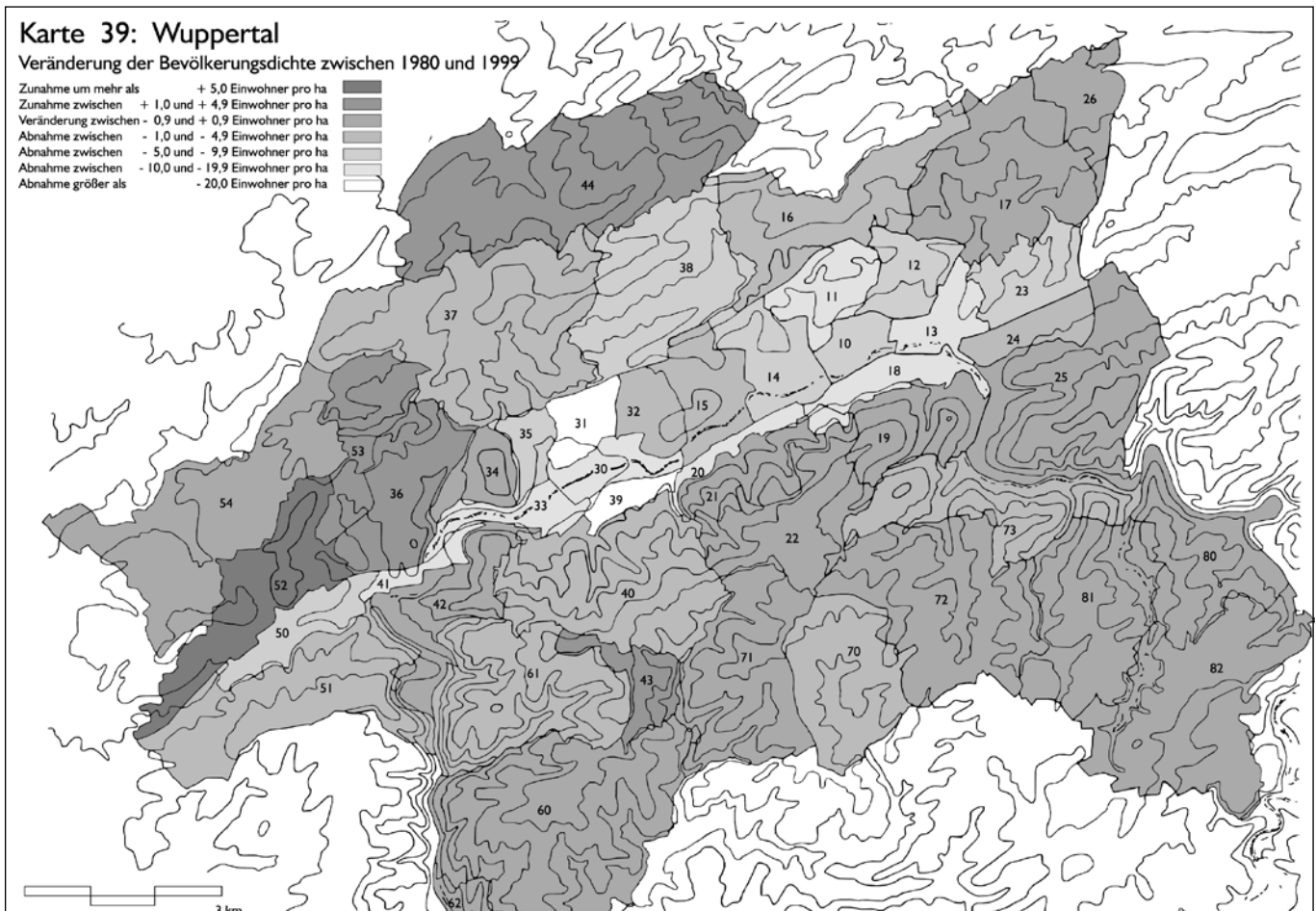
Dass die Wohnstandorte in den Tallagen weniger nachgefragt

werden, zeigt sich an der Leerstandsquote, die hier höher ist als in anderen Gegenden.

Die generellen Probleme der Suburbanisierung bestehen in den Talstädten ebenso wie in anderen Großstädten. Die Randwanderung lässt sich aufgrund des Bodenpreisgefälles in Richtung der Umlandgemeinden - so wie in allen Ballungsräumen - nicht aufhalten.

Hinzu kommt der stetig steigende Bedarf an Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung, so dass grundsätzlich mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen ist, wenn die Gesamtwohnfläche nicht vergrößert werden kann. In den Altbaugebieten ist daher immer von einem Rückgang der Bevölkerung auszugehen, da hier die Wohnbaufläche kaum vermehrbar ist und selbst bei

einem guten Investitionsklima damit zu rechnen ist, dass durch Sanierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel durch den Abriss von Hintergebäuden, der Wohnraum verknappt wird. Hinzu kommt der Segregationsprozess, von dem in hohem Maße die Altbaugebiete betroffen sind. Da sich die Altbaugebiete überwiegend in den Tallagen befinden, ist der Segregationsprozess in den Vergleichsstädten hauptsächlich ein Problem der Talachsen. Es gibt nicht nur ein Preisgefälle zwischen den Kernbereichen der Ballungsräume und den Umlandgemeinden, sondern ein deutliches Gefälle in Abhängigkeit von der Topografie: Die Bodenpreise steigen in der Regel mit der Höhenlage der Baugrundstücke. Kostengünstiger Wohnungsbau kann somit am ehesten in Tallagen stattfinden.



Stadterneuerungsprojekte in Altbaugebieten der Talachse, wie zum Beispiel in Wuppertal, und die Förderung der Identifikation der Einwohner mit ihrem Stadtteilen haben zumindest teilweise zu einer Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur beigetragen. Auch die Schaffung von zusätzlichen Grünflächen auf Gewerbebrachen und die Herausnahme des Durchgangsverkehrs aus Wohnvierteln haben, wie zum Beispiel in Hagen, in der Tallage die Wohnverhältnisse zum Teil spürbar verbessert.

In allen Vergleichsstädten haben die Tallagen ihre Funktion als Wohnstandort behalten. Sofern Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen sind, verhalten sich diese in der Summe nicht überproportional zu den Verlusten der Gesamtstadt.

Wuppertal ist die einzige Stadt, mit durchgängig starken Bevölkerungsrückgängen in den Altbaugebieten der Talachse im Vergleichszeitraum. Diese resultieren allerdings zuerst aus dem gestiegenen Wohnraumbedarf pro Einwohner. Trotz sich abzeichnender Leerstände, weisen diese Quartiere immer noch die größten Bevölkerungsdichten von ganz Wuppertal auf. Da von dem steigenden Wohnraumbedarf auch die Wohnquartiere betroffen sind, die seit den 50er Jahren entstanden sind, zeichnen sich in den Vergleichsstädten auch dort stellenweise Bevölkerungsverluste ab. Die hohen Einwohnerverluste der Plattenbausiedlungen in Gera sind jedoch überwiegend auf den Wegzug der Bewohner zurückzuführen. Es ergeben sich Leerstandsquoten von 20% und mehr. Die entsprechenden Quoten in den Altbauquartieren in der Talachse von Gera

liegen nicht höher. Aufgrund der Wiederherstellung vieler Wohnungen in Altbauten können diese Quartiere stellenweise sogar relativ hohe Zuwächse trotz der Leerstände aufweisen.

Seit dem Ende der 70er Jahre hat in den Vergleichsstädten weitgehend eine Abkehr vom Leitbild der autogerechten Stadt stattgefunden. In den Talachsen von Saarbrücken, Wuppertal und Hagen werden keine zusätzlichen Schnellstraßen mit kreuzungsfreien Anschlüssen mehr gebaut. Lediglich in Siegen wurde der Bau der autobahnähnlichen Hüttentalstraße fortgesetzt. Die Vergleichsstädte haben sich in den vergangenen zehn Jahren dafür eingesetzt, die Verkehrsemissionen zu reduzieren. Hauptsächlich wurden seit Anfang der 90er Jahre die ÖPNV-Angebote verstärkt. Saarbrücken und Gera setzten erfolgreich auf den Ausbau des schienengebundenen Personenverkehrs. Der Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehrsaufkommen konnte trotz Schaffung zusätzlicher Radwege aufgrund der topografischen Situation der Vergleichsstädte nicht spürbar erhöht werden. Den Bemühungen der Städte, den Umweltverbund zu stärken, stehen die Verschlechterungen des Angebotes im Bahnverkehr entgegen. Die Bahn lässt auf Mittelgebirgsstrecken keine Fernzüge mehr fahren, wovon insbesondere die Städte Gera und Siegen betroffen sind.

In allen Vergleichsstädten besteht die Möglichkeit, entlang der Schienstränge in den Tallagen zusätzliche Haltestellen einzurichten. Es bestehen Bestrebungen, wie zum Beispiel in Wuppertal, Nebenstrecken

auch für den Ausflugsverkehr aufzuwerten.

Der Güterverkehr auf den Straßen stellt für die Vergleichsstädte zur Zeit noch ein ungeklärtes Problem dar. Weil sich die Bahn zu großen Teilen aus dem Güterverkehr zurückzieht und Industrieanschlussgleise in den Tallagen aufgibt, werden immer mehr Altstandorte der Industrie ausschließlich über die Straße angedient. Die Verbindung zu den überwiegend in Hochlage befindlichen Autobahnen verläuft an vielen Stellen durch Wohngebiete. Die noch vorhandene Bahninfrastruktur in den Tallagen bietet allerdings das Potenzial, den Güterverkehr zu einem großen Teil wieder auf die Schiene zurück zu verlagern. Auch bieten schienengebundene Systeme des Personennahverkehrs die Möglichkeit, den Transport von Gütern mit zu übernehmen.

Der Ausweitung der Siedlungsflächen sind bei Talstädten aufgrund der Topografie engere Grenzen gesetzt als bei Städten im Flachland. Noch unbebaute Flächen in der Talsohle sind in Abhängigkeit von der Höhenlage entsprechend den gesetzlichen Vorgaben als Retentionsflächen von Bebauung freizuhalten. Bisher unbebaute Seitentäler und Hanglagen können nur dann baulich genutzt werden, wenn sie keine wichtige Funktion als Entstehungs- und Abflussgebiete für die Kaltluft haben. Die landschaftlich bedingten Restriktionen tragen zum Erhalt einer großen Randlänge des Siedlungskörpers im Verhältnis zu seiner Fläche bei. Das bedeutet, dass auch weiterhin ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung am Stadtrand, in unmittelbarer Nähe zusammenhängender Naturräume leben wird.

### **Trotz Leerständen hohe Einwohnerdichte**

### Die Täler bleiben das Rückgrat

Bis auf Wuppertal wurde in den Vergleichsstädten noch nicht damit begonnen, in größerem Umfang Hochflächen zu bebauen. Weil die Autobahnen in Kammlinie der Mittelgebirge verlaufen, besteht teilweise das Interesse, in ihrer Nähe in Kuppenlagen gewerbliche Bauflächen auszuweisen. Abgesehen von aufwendigen Geländemodellierungen, die mit der Erschließung und dem Bau von Hallen verbunden sind, ist zu bedenken, dass diese Flächen in der Regel nicht über den Schienenverkehr erschlossen werden können.

Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur und die vielfältigen Nutzungen in den Talachsen

werden auch in Zukunft dazu beitragen, dass sie das Rückgrat der Vergleichsstädte darstellen. Die Tallagen haben das Potenzial, langfristig zu attraktiven Einzelhandels- und Dienstleistungszentren ausgebaut zu werden. Die Kultur- und Freizeitangebote können hier dem Bedarf entsprechend auch in Gebäuden, die die Industriegeschichte bezeugen, weiterentwickelt werden.

Anders als in andern Städten besteht in den Talstädten ein spannungsreiches Gegenüber von Natur- und Stadträumen, von Dichte und Weite. Maßnahmen zur Entzerrung des Verkehrs und zur Verhinderung von Monostrukturen könnten

langfristig dazu beitragen, dass die Tallage für einen Teil der Bevölkerung ein Wohnstandort mit eignen hohen Qualitäten bleibt.

Die aufgestellte These, dass die Topografie der Tallagen einerseits zu einem bestimmten Stadttyp, der „Industriell geprägten Talstadt“ geführt hat; dass andererseits diese einst für die Entwicklung günstige Topografie zu besonderen Problemen führt und besondere, vom gängigen abweichende Maßnahmen erfordert, wurde durch die Untersuchung der Talproblematik an den Beispielstädten belegt.

## Einwegunterwäsche/ Schweine im Bett Lustiger Bundestag

Martin Schlegel, Hagen

Politik muss Spaß machen, schließlich wollen die Bundestagsabgeordneten nicht nur bierernst sein. Solche Fälle von „Heiterkeit“ oder sogar „Lachen“ werden akribisch im Plenarprotokoll vermerkt und irgendwer hat jüngst die Sitzungen 1 bis 80 der laufenden Legislaturperiode daraufhin ausgewertet.

Keiner hat soviel Spaß wie die CDU/CSU-Fraktion. 730 Mal notierten die Protokolle „Heiterkeit“ oder „Lachen“ bei den Christsozialen. Doch liegen sie damit nur drei Lacher vor der SPD. Ein paar weitere originelle Formulierungen oder hübsche Versprecher und die Sozis ziehen lachend an ihrem Part-

ner vorbei. Lachender Dritte – aber mit klarem Abstand zu den beiden großen Vorbildern – ist die FDP. 541 Mal kam bei die Liberalen Freude auf. Damit besetzen sie unangefochten die Mitte, denn Linke (416) und Grüne (411) haben im Bundestag derzeit eher wenig zu lachen.

Wenn es immer noch richtig ist, dass Lachen befreit, dann bekommt diese Plenarstatistik einen ganz anderen Stellenwert. Ein paar Kostproben aus dem lachenden Parlament:

„Ihre Aussagen haben die Halbwertszeit von Einwegunterwäsche.“ Klaus Ernst (Die Linke.). „Ein vierköpfiger Familienva-

ter...“ Michael Hennrich (CDU). „Herr Kollege Bahr, Sie denken daran, dass Sie nur eine begrenzte Redezeit zur Verfügung haben. Sie reicht nicht aus, wenn Sie jetzt mit der Verlesung des Dudens beginnen.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU).

„Ein Einzelbett hat eine Größe von einem mal zwei Metern, also zwei Quadratmetern. Jetzt rechnen Sie sich das einmal aus: Drei Schweine à 110 Kilogramm sollen in dieses Einzelbett passen. Ich sage Ihnen: Drei Schweine im Bett, das ist zu viel! ... Zwei Schweine im Bett, das finde ich okay.“ Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen).

**Über Statistik:**  
„Warum haben viele Menschen etwas gegen: Mehr Zahlen?“  
„Weil sie ein kleines z befürchten.“

# Hohe Ehrung auf internationalem Parkett

Martin Schlegel, Hagen

Es ist schon ein paar Jahre her. Hagens Oberbürgermeister hatte mich zu sich gebeten, um mit mir über ein paar Statistiken zu reden. Der damalige OB war beileibe kein Zahlenfreak, aber dennoch jemand, der mit Zahlen argumentierte und argumentieren wollte. So hatte er sich bereits mit einem ziemlichen Zahlenkranz versorgt. Daten vom Arbeitsamt, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Kirchen und vielen anderen. Das Problem war: Jede Institution lieferte Zahlen für ihr Gebiet und jedes war anders, keines deckte sich mit dem der Stadt Hagen. Die Daten mochten alle stimmen, ihr Informationswert war nicht berauschend.

Fazit: Das Amt für Statistik und Stadtforschung nahm sich der Sache an und brachte 1999 das Heft „Stadtteildaten“ heraus. Jedem der 39 Wohnbezirke widmete dieses Heft zwei Seiten. Eine Seite war dem Bezirks-Plan vorbehalten, die andere Seite bestand aus Zahlen über Einwohner, PKW, Wohnungen, Sozialhilfeempfänger, Schulen, Kindergärten usw. Um den Bezirk besser ins Stadtgefüge einordnen zu können, enthielt die Tabelle den Bezirks- und den Stadtwert. Diese Broschüre erfüllte offenbar das, was Politik und Verwaltung wünschten, wie vielen zustimmenden Äußerungen zu entnehmen war. Kurz und

knapp, informativ und leicht verständlich. Deswegen erschien 2004 eine zweite Auflage mit frischen Zahlen.

In 2006 erfuhr das Heft Besonderes. Die Lokalredaktion der Hagener Westfalenpost stand wieder vor dem alljährlichen Problem Sommerflaute. Wenige Nachrichten fallen an und es sind auch wenige Leute da, die sie zu Artikeln verarbeiten konnten. Schließlich fahren auch die Journalisten gerne in Urlaub. In der Situation entwickelte ein Redakteur das Konzept „Wir sind Hagen“. Er nahm das Stadtteilheft, ließ die Daten aktualisieren und hatte so eine Grundlage für 39 Beiträge. 39 Tage nacheinander wurde jeweils ein Bezirk vorgestellt. Jeder Bezirk hatte eine ganze Zeitungsseite für

sich. Gefüllt war sie mit einem Bericht über einen Stadtteilspaziergang, in dem prominente und andere Bürger zu Wort kamen, etlichen Bildern, einer bisweilen frechen Überschrift und eben dem, was die Statistik geliefert hatte.

Viele harte Fakten, locker verpackt und griffig präsentiert; eine der besten Statistiken, die ich je gesehen habe.

Auch anderen gefiel diese Sommerserie. Und so erhielt die Westfalenpost beim 8. Europäischen Zeitungskongress, der im März 2007 in Wien tagte, einen „Award of Excellence“, der auch schon mal als Zeitungs-Oskar bezeichnet wird. Eine riesige Auszeichnung, schließlich haben sich bei dem Wettbewerb Zeitungstitel aus 26 Ländern beteiligt.

Das Bild zeigt (v.l.n.r.) Torsten Berninghaus, für die Serie verantwortlicher Redakteur, Norbert Küpper, Gründer des Wettbewerbs, sowie Jörg Bartmann, stellvertretender Chefredakteur der Westfalenpost nach der Ehrung in Wien.



Von der „Holstenstadt tom Kyle“ zur „Welthauptstadt des Segelns“

# Willkommen zur Statistischen Woche

Eyk-Röttger Naeve, Kiel



Schon dem Stadtgründer, dem Schauenburger Graf Adolf IV, fiel die exponierte Lage am Wasser auf und er ließ um 1233 die „Holstenstadt tom Kyle“ anlegen. Seit 1242 mit den Stadtrechten ausgestattet, entwickelte sich Kiel, verstärkt nachdem die Marine 1865 ihren ersten Hafen hier errichtete, zum Mittelpunkt der Wirtschafts- und Kulturregion Schleswig-Holstein.

1946 zur Landeshauptstadt gekürt, diente vor allem die „Kieler Woche“, ein weltweit bekanntes Segel- und Kulturereignis jedes Jahr im Juni, als Plattform für die Grundlagen internationaler Beziehungen nach Skandinavien und später besonders in Richtung Osteuropa. Heute ist die Kieler Woche die größte Segelveranstaltung der Welt und das größte Sommerfest im Norden Europas.

Kiel ist Sitz der schleswig-holsteinischen Landesregierung und wichtigstes Dienstleistungs- und Bildungszentrum des Landes, fast drei Viertel der

hier Beschäftigten arbeiten in diesen beiden Bereichen.

Das Element Wasser prägt das Erscheinungsbild der Stadt in vielfältiger Weise, sei es durch die Förde mit ihren Stränden, die Hafenanlagen mit ihren Portalkränen, die riesigen Passagierfähren, die renommierten Werften, die internationale Meeresforschung und nicht zuletzt dem Weltklasse-Wassersport. 1972 war Kiel zum zweiten Mal nach 1936 Austragungsort der olympischen Segelwettbewerbe.

Zu den obersten Stadtzielen der rund 232.000 Einwohner/innen starken Landeshauptstadt gehören heute u. a. Kinder- und Familienfreundlichste Stadt werden, Arbeitsplätze schaffen und die Wissenschaft stärken, KIEL.SAILING CITY - Welthauptstadt des Segelns. Kiel heißt Sie willkommen in einer traditionsreichen, lebendigen Stadt, die sich zum zweiten Mal nach 1978 freut, Gastgeberin der „Statistischen Woche“ seien zu dürfen.



# Wismut, BUGA, Greiz ... und Statistik

Horst W. Schmollinger, Berlin

Dies ist ein Bericht über eine Reise zur Erkundung der politischen Kultur in der ehemaligen reußischen Residenzstadt und Bezirkshauptstadt der DDR, Gera, aus Anlass einer Statistiker-Tagung. [[www.gera.de](http://www.gera.de); [www.gera-tourismus.de](http://www.gera-tourismus.de)]

Zum dritten Treffen der Ex-AG im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), im Vorfeld seiner Frühjahrstagung in Gera vom 19. bis 21. März 2007, sind vierzehn Teilnehmer gefahren. Die als Schlagzeile formulierte Frage des Editorials der Ausgabe 1-2007 dieser Zeitschrift ist mithin beantwortet. Sechs, elf und Gera: 14!

Auch diesmal wieder profitierten die Beteiligten von der professionellen und anspruchsvoll kollegialen Vorbereitung des AG-Leiters, Dr. Ludwig von Hamm: Unterkunft, Exkursionen, Besichtigungen und Orte des geselligen Treffens – alles war vorher erkundet, aus- und aufgesucht worden und ermöglichte nun die freundliche Zuwendung unterwegs. Und sie genossen, auch in der Erfüllung ihrer spontanen Wünsche, die Gastfreundschaft des geschen Statistikkchefs, Bernhard Schletz. Die Wahl des regionalspezifischen Adjektivs mag verdeutlichen, dass der in der Verwaltung und im sozialen Leben der Stadt fest verwurzelte Kollege Schletz, es auch deswegen schaffte, spontane Wünsche zu erfüllen, die – ein

Beispiel – an Verwaltungsmitarbeiter heranzutragen, man sich eigentlich genießen sollte: Unser Samstagswunsch war, am geschlossenen Montag eine Ausstellung im Stadtmuseum Gera zu besichtigen. Er wurde erfüllt, wie später berichtet werden kann.

## Das Quartier

Unser Standquartier war das Hotel „Brüning's Linden“ (so von den Besitzern geschrieben). Es liegt in dem vor über 50 Jahren nach Gera eingemeindeten Zeulsdorf, ruhig und beschaulich am Rande der Stadt, ist gleichwohl vom Zentrum aus mit der Straßenbahn rasch und regelmäßig zu erreichen, weil der Ort an den einwohnerstärksten Stadtteil Geras angrenzt: Lusan, dominiert von industriellen Fertigungsbauten, zählt um die 25 000 Einwohner und beherbergt mithin etwa ein Viertel der Bewohner der Stadt. Das Hotel hat einen älteren VDSt-Bezug: Als die Zukunft der ehemaligen Jugendherberge noch ungewiss war, im Jahre 1993, hat dort eine der Tagungen der Regionalen AG Ost unseres Verbandes stattgefunden, an der ich teilgenommen habe. Als ich mir jetzt bei der Anreise meines Weges nicht mehr sicher war, fragte ich eine Passantin nach „Brüning's Linden“; sie antwortete freundlich und bestimmt mit der Wegbeschreibung zur Jugendherberge. Die Jugendherberge war ein ange-

nehmer Rückzugs- und Aufenthaltsort für die älteren Herren Statistiker im Ruhestand und ihre Begleiterinnen.

## Die Gedenkstätte im Torhaus

Den Rückzugsraum zu haben, war der Bewältigung des anspruchsvollen Programms förderlich. Eingetroffen am 16. März 2007, machten wir uns am Sonnabend, dem 17. März, auf den Weg zur Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus. [[www.torhaus-gera.de](http://www.torhaus-gera.de)] Im ehemaligen Verwaltungstrakt des Gerichtsgefängnisses unterhält der Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“ e. V. mit Bundes- und Landesförderung seit dem 18. November 2005 eine Anlaufstelle für Kommunikation, Information und Dokumentation über die politische Haftanstalt 1933-1945 und 1945-1989. Die Geschäftsführerin der Einrichtung, Kathrin Zimmer, 1984 Inassin des dort gelegenen Stasi – Untersuchungsgefängnisses, stellte uns die Arbeit der Gedenkstätte vor.

Auf der Website des Vereins sind die Ziele so formuliert: „Der „Amthordurchgang“, der Name einer Straße im Stadtkern Geras, war für viele Menschen Synonym für Polizei, Haft und politische Willkür. Unser Verein will mit der Errichtung einer Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus

## Montag im Museum

## Bericht einer Betroffenen



Bild 1: Gedenkstätte im Torhaus



Bild 2: Ausstellungsstücke in der Gedenkstätte – Geruchsproben

der ehemaligen politischen Haftanstalt und anderen Projekten Raum schaffen, um die Geschichte politischer Strafjustiz zu dokumentieren, die tatsächlichen Geschehnisse darzustellen, zu diskutieren, an die Opfer politischer Gewalt herrschaft vor und nach 1945 zu erinnern, zu gedenken und in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.“

### Stasi-Gefängnis

Die Gedenkstätte ist der noch erhaltene Rest des Gefängnisses, das in der ehemaligen Bezirkshauptstadt 1952/53 dem Ministerium für Staatssicherheit übergeben worden war und von da an bis zum Ende der DDR als Untersuchungs- haftanstalt für politische Häftlinge gedient hat. Sie soll vor allem dazu beitragen, das Demokratieverständnis der jungen Generation zu begleiten und zu sichern. Schön, dass es in Gera dafür einen besonderen Ort gibt. Da man – Goethe paraphrasierend - nur das sieht, was man weiß, könnten die für den Tourismus Verantwortlichen uns Gästen diesen bedeutsamen Ort in ihren zur

### BUGA in Gera und Ronneburg

Bundesgartenschau (BUGA '07) zahlreich erschienenen neuen Stadt - Prospekten nahe bringen, ihn dokumentieren und in den Stadtplänen markieren. [www.buga2007.de](http://www.buga2007.de).

### BUGA und Wismut

Die Folgen gesellschaftlicher Systeme zu überwinden, dauert bisweilen länger als ihr Bestand. Die Widersprüchlichkeit der Bewältigungsarbeit wurde uns auch beim herausragenden Ereignis im Gera des Jahres 2007 offenbart. Die BUGA '07 findet vom 27. April bis zum 14. Oktober 2007 in zwei benachbarten Orten statt. In Gera ist es der Hofwiesepark am Ufer der Weißen Elster und in Ronneburg eine Gegend, die jetzt so heißt: „Neue Landschaft Ronneburg“. Aber eigentlich ist das in Ronneburg altes, gebeuteltes Wismut – Land, was allerdings auch schon eine mit Bedacht gewählte Beschönigung für den Sachverhalt war, dass dort – wie an anderen thüringischen und sächsischen Orten in der ehemaligen DDR – von der Wismut seit 1946 Uranerz gefördert und verar-

beitet worden ist, und zwar für die Sowjetunion, die damit Atomwaffen herstellte. Und dies in einer Menge, die im Laufe der Jahre für rund 500 Atomtests gereicht hat.

Wismut war – keineswegs ungespitzt formuliert – ein Staat im Staate. Rasch nachdem die „Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie „Wismut“ - Zweigniederlassung der unter der gleichen Firma in Moskau bestehenden Hauptniederlassung“ 1947 gegründet wurde, wurde die sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) zu einer wichtigen Quelle für die Reparationsleistungen an die Sowjetunion (bis Ende 1953). Bei der Bedeutung des Unternehmens konnten sich die Beschäftigten vieler Privilegien erfreuen; bei den Arbeitsbedingungen waren die in der Förderung Arbeitenden jedoch nicht privilegiert.

Am Beginn der fünfziger Jahre hatte die Wismut rund 117.000 Beschäftigte, 1960 waren es etwa 51.500 und seit 1962 bis zum Ende bei der Wende blieb die Beschäftigtenzahl mit 45.000 relativ konstant. Gefördert wurden zwischen 1945 und 1990 rund 231.000 t Uran.

Nach der Vereinigung der ehemals getrennten Teile unseres Landes, ist die Sowjetisch – Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in eine GmbH umgewandelt worden. [[www.wismut.de](http://www.wismut.de).] Uranerze werden nicht mehr abgebaut. Die Folgen der rabiaten, reichlich sorg- und bedenkenlosen Abbau- und Verhüttungsmethoden des Uranerzes in Sachsen und Thüringen zeigte uns ein Film des Mitbegründers der DDR-Umweltbewegung, Michael Belaites. Die Beseitigung der Folgen wird

von der Bundesrepublik mit 6,2 Milliarden EURO finanziert, wenn das denn reicht... Zu bearbeiten sind 1400 km offene Grubenbaue, 311 Millionen Kubikmeter Haldenmaterial und 160 Millionen Kubikmeter radioaktiver Schlamm. Einiges davon liegt in Gegenden um Gera, die wir besucht haben. Zur Beseitigung der Schäden können nun – wenn man die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen mitfühlt: erfreulicherweise - manche von denen beschäftigt werden, die sie zu produzieren hatten.

Der Zusammenbruch der Industrie in der Industrieregion Gera hatte, wie andernorts in der ehemaligen DDR auch, dramatische Folgen fürs Leben der Menschen. Was sich an Verbesserungen und Aufschwung in Gera nun wieder tut, dokumentiert der anschauliche Statistische Quartalsbericht für die Stadt. [Über die Rubrik „Zahlen & Fakten“ in [www.gera.de](http://www.gera.de)].

Vom „Balkon“ aus haben wir die alte, neu hergerichtete Ronneburger Landschaft gesehen. „Gast in Gera, Reisen für Gruppen“ verstellt den Blick so: „Den Kontrast zur städtischen Nähe des Hofwiesenparks bildet die unverwechselbare Neue Landschaft Ronneburg mit ihrer Weite. Die neue Landschaft Ronneburg entsteht als völlig neu gestalteter Natur- und Erlebnisraum auf dem Gelände des einstigen Erzbergbaus. Die Renaturierung des Ronneburger Gebietes gilt als weltweit größtes Sanierungsprojekt im Bergbau und Umweltschutz.“

Als Anteil nehmender Exkursionist und Flaneur habe ich Verständnis dafür, dass der Aufschwung für die Region durch

die BUGA '07 nicht durch negative Konnotationen gebremst werden soll. Aber einer von uns stellte in der Diskussion – immer noch im Torhaus – die Frage, welche Schäden man eigentlich in Kauf nehme, wenn man nicht nur die Umweltschäden verschweige, sondern auch noch die Schäden des großen Schweigens darüber akzeptiere.

Bei der Exkursion zu den ehemaligen Abbaustätten bei Ronneburg begleitete uns Ulrich Zippel, Mitarbeiter der Gedenkstätte für die „Verschwundenen Orte in der Wismut-Region“. Er ist in einem der Dörfer am Rande des (ehemaligen) Tagebaus daheim. Wie seine Versuche und die anderer, das unangemessene Schweigen der Wismut über die verschwindenden Dörfer Gessen und Lichtenberg in der DDR zu durchbrechen, in politischer Gefährdung endeten, war eine der undramatisch übermittelten Erfahrungen unter vielen an jenem frostigen Sonnabendnachmittag. Die Flucht vor dem kalten Wind in die Wärme des Cafés in Collis am jetzt leidlich entlasteten Gessenbach förderte die Diskussion über das, was sich an diesem Tag bei allen eingepreßt hatte: Die Ermunterung der Initiatoren, ihren differenzierten, einfühlsamen Weg behutsam, gleichwohl selbstbewusst weiter zu gehen, weil es zu ihm aus unserer Sicht keine akzeptable Alternative gibt. Und die Erkenntnis, dass das Schweigen über Folgeschäden gesellschaftlichen Handelns weitere Schäden produziert.

Der Blick hinter die heile Welt der BUGA '07 [Suche nach Buga in: [www.fettgusche.net](http://www.fettgusche.net)] eröffnet die Perspektiven des künftigen Handelns:

Wie wird die Beseitigung aller Schäden und Giftstoffe aus dem jahrzehntelangen Uranbergbau zu schaffen sein? Und: Welchen Stellenwert hat auf diesem Weg die gute Arbeit für die BUGA '07? Dass die recht schön anzusehende BUGA-Welt nicht heil ist, zeigt auch die Geraer Statistik: Signifikant höhere Anteile älterer, verwitweter Frauen an den Einwohnern der traditionellen Wohngegenden der Wismut-Arbeiter als in anderen Gegenden der Stadt dokumentieren es zum einen. Die Wismut-Witwen: Auch sie ein Erbe der Wismut: Zum anderen: Auch die Scheidungsrate ist dort höher als woanders in der Stadt. Die Männer sind zum Arbeiten in den österreichischen Bergbau gefahren und irgendwann nicht mehr nach Hause gekommen; Fernpendeln als Vorspiel zum Wechsel.

Unser Besuch bei den verschwundenen Dörfern war ein Probelauf für die Wanderungen zu den ehemaligen Dörfern Gessen und Lichtenberg, die der Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“ e.V. während der BUGA '07 zu bestimmten Terminen kostenlos anbietet. [[www.torhaus-gera.de/Doerfer2.htm](http://www.torhaus-gera.de/Doerfer2.htm)]

## Die Höhler

Am späten Nachmittag nochmals Bergbau, obschon auf weithin entspanntere und bekömmlichere Weise. Die Geraer Höhler [[www.gera-hoehler.de](http://www.gera-hoehler.de)] sind bergmännisch angelegte Stollen zur Lagerung von Bier. Wie in anderen deutschen Städten war in der frühen Neuzeit das Schank- und das Baurecht verknüpft: Wer ein Haus hatte, konnte in Gera Bier brauen und brauchte die „Keller unter den Kellern“ zur Lagerung und Kühlung. Um 1850 hatten 221 Bürgerhäuser

## Wismut-Witwen

## Verschwundene Dörfer

## Besondere Bierkeller ...



Bild 3: Göltzschtalbrücke

### ... und Bunker

### Jugendstil in Greiz

Brau- und Schankrecht. Bald darauf, 1872, war wegen der Reichsgewerbeordnung privates Brauen nicht mehr möglich. Die dem Bier gewidmeten Höhlen wurden danach genutzt wie andere Kellerräume auch: Kohle, Eingemachtes und Nutzloses wurde gelagert. Bei der Besichtigung der Höhlen, sie gehören zum Geraer Stadtmuseum, war zu erfahren, dass viele Bewohner Geras den großen Stadtbrand des Jahres 1780 in ihnen überlebt hatten. Im Zweiten Weltkrieg waren die unterirdischen Räume Bunker. Und als sollten wir den roten Faden des Tages nicht verlieren, berichtete unser sachkundiger Begleiter, dass unter dem NS - Regime schon 1935 damit begonnen worden war, die Höhlen zu vermessen, um sie auf ihre Tauglichkeit für den „Luftschutz“ zu prüfen. Die Prüfung war erfolgreich, manche der Höhlen wurden für diesen Zweck untereinander verbunden. „Hitler bedeutet Krieg“ war eine der Parolen des frühen Widerstandes gegen das NS – Regime. Die erhoffte mobilisierende Wirkung erzielte sie bekanntlich nicht.

### Von Gera nach Greiz

Am Tag darauf fuhren wir von der Residenzstadt des Fürstentums Reuß jüngere Linie – Gera – in die des

Fürstentums Reuß ältere Linie – Greiz. [[www.greiz.de](http://www.greiz.de)] Vieles, was die Residenz des bis 1918 bestehenden kleinen Fürstentums beherrscht hatte, war noch zu besichtigen: Eine Wache, das obere Schloss und das untere und ein reizvoller Landschaftspark im englischen Stil. Darin das ehemalige Sommerpalais der Landesherren, heute Kunst-Museum und Sitz des Satiricums, einer Sammlung zeitgenössischer Karikaturen und Pressezeichnungen. [[www.sommerpalais-greiz.de](http://www.sommerpalais-greiz.de)] Die unverhoffte Begegnung mit Manfred Bofinger in einer Karikaturen-Ausstellung wurde genüsslich ausgedehnt. Bofinger, im Januar 2006 verstorbener Grafiker und Karikaturist, bekannter Eulenspiegel-Illustrator und –Autor, fügte unserer anhaltenden Beschäftigung mit der politischen Kultur unseres Landes am regionalen Exempel auf seine Weise köstliche, bisige und wehmütige Nuancen hinzu: Zu sehen waren seine Karikaturen der Wende- und Nachwendezeit.

Beeindruckend die zahlreichen Zeugnisse der Jugendstilarchitektur im Städtchen, die – so der Ortsprospekt - „in dieser Gesamtheit anderswo kaum zu sehen sind“. Grundlage war der Reichtum der Region um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und die nach den Stadtbränden von 1902 und 1908 genutzte Chance, ihm städtebaulich ein zeitgenössisches Denkmal zu setzen. Die Geraer Parallele dazu war mir dort schon beim Flanieren aufgefallen. Gera zählte – so wird berichtet – um 1900 zu den zehn reichsten Städten Deutschlands. Seine Fabrikanten und Kaufleute ließen sich prächtige Villen bauen. Einige davon stehen noch, so bei-

spielsweise das 1913 von Henry van de Velde entworfene Haus Schulenburg.

Nach der Mittagspause – dem Grundakkord der Reise angemessen im Restaurant des Greizer Theaters verbracht – die Weiterfahrt zu einem grandiosen Industriedenkmal. Die Göltzschtalbrücke [[www.goeltzschtalbruecke.de](http://www.goeltzschtalbruecke.de)] ist mit einer Höhe von 78 m und einer Länge von 574 m die größte Ziegelbrücke der Welt. Errichtet für die Eisenbahnverbindung von Leipzig nach Nürnberg in den Jahren 1846 bis 1851, wurden für ihre vier Etagen mit 81 Bogen rund 23 Millionen Ziegel vermauert. Bis zu 1700 Arbeiter waren im Monatsschnitt beschäftigt; 31 Menschen starben beim Brückenbau. Wir haben diese Brücke im gemächlichen Spaziergang auf würdige, nahezu tibetanische Weise im Uhrzeigersinn umrundet, die insbesondere im Brückengrund gewaltigen Perspektiven genossen. Und mir kam in den Sinn, was für eine hoffnungsfrohe und für manchen wohl auch beängstigende Perspektive der Eisenbahnbau damals geboten hatte. Mit ungewohnter Technik Raum und Zeit zu überwinden, die Entstehung eines Verkehrs – Netzes, die für manchen Ort an der Strecke den Einbruch einer fremden Umwelt bedeutete und nicht zuletzt, die Abschaffung der uneinheitlichen regionalen und lokalen Uhrzeiten in den deutschen Landen: um des Fahrplanes der Grenzen überwindenden Bahn willen.

### Gartenstädte in Deutschland

Die erfreuliche Nachricht für den nächsten Tag: Bernhard Schletz hatte mit der Leiterin des Stadtmuseums Gera, Ute

Heckmann, einen Termin für uns verabredet, insbesondere zum Besuch der Ausstellung „Neue Lebenswelten! Gartenstädte in Deutschland“, deren Plakate in der Stadt uns neugierig gemacht hatten. [Informationen zum Stadtmuseum [www.gera.de](http://www.gera.de)] Geplante Abreisen und Beteiligungen an der Frühjahrstagung am Dienstag oder Mittwoch waren das Motiv für die Zumutung, um einen Termin am Ruhetag des Museums zu bitten.

Welch ein grandioser Blick in die deutsche Geschichte am Beispiel einer Stadt, den uns Frau Heckmann bot. Es war eine abwechslungsreiche tour d'horizon durch die Regionalgeschichte; die Industriegeschichte stand im Mittelpunkt. Denn sie war der Prospekt vor dem sich das abspielte, was ein besonderer Teil der Gartenstadt – Ausstellung, nämlich: „Heinrichsgrün“ in Gera – die erste Gartenstadt in Thüringen, darstellte.

Ausgangspunkt für das Städtebau - Projekt waren die beengten und hygienisch unzureichenden Wohnverhältnisse von Arbeitern in der Phase der rasanten Industrialisierung zwischen 1870 und 1910. Initiiert von einem in der Gesundheitsfürsorge tätigen Geraer Arzt, entstand ein Bauverein mit dem Ziel – so ein Informationsblatt zur Ausstellung – „für minderbemittelte Familien (in erster Linie Arbeitern, aber auch Angestellten, Kleingewerbetreibenden usw.) gesunde und zweckmäßig eingerichtete, das Familienleben fördernde Einfamilienhäuser mit Gartenland – einzeln, in Gruppen oder in Siedlungen zu errichten.“ Entstehung, Entwicklung und Durchführung (zwischen 1912 und 1929) des

anspruchsvollen Projektes und seine gelungene Realisierung haben wir gesehen und erläutert bekommen. Was sich der Initiator zur sozialen Struktur der Bewohner vorgenommen hatte, war freilich nicht zu verwirklichen. Arbeiter schafften den Umzug nach Heinrichsgrün zum Haus, zu Licht und Luft nicht. Denn ihnen fehlte das Geld dafür. Lehrer, Post- und Eisenbahnbeamte waren in der Mehrzahl. Nichts unbekanntes Altes und Neues für Städtestatistiker: Bis heute blieb uns die sozialstrukturelle Selektivität von Wanderungs- und Sukzessionsprozessen erhalten.

### Das Arbeiterleben

Fast schon dramatisch die Begegnung mit dem Arbeiterleben in der Region. Dokumentiert waren im Museum Passagen aus einer der ersten deutschen Arbeiterautobiografien: Moritz Th. W. Brommes 1905 erschienene „Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters“. Sie gibt einen Einblick ins Leben von Arbeiterfamilien und in die Arbeitsverhältnisse in Schmölln, Ronneburg und Gera aus der Sicht eines in Partei und Gewerkschaft engagierten ungelerten Arbeiters. Das Besondere an dieser Lebensgeschichte ist, dass Bromme an manchen Stellen über den Alltag und die Ansichten seiner Frau schreibt: Arbeiterfrauen – Leben in unermesslicher materieller und seelischer Not. Als während eines Aufenthalts ihres Mannes in der Lungenheilstätte bei ihr die Schwangerschaft zum sechsten Kind festgestellt wurde, schrieb sie ihm einen Brief: „Ich bin wirklich zum Unglück geboren. Während andere gar keine Kinder haben, oder gleich wieder durch den Tod von ihnen befreit werden, bin ich dazu verdammt, das



Bild 4: Das Gebäude des Stadtmuseums Gera

Menschenmöglichste in Kummer und Sorgen zu ertragen ...“ Und wenig später berichtet Bromme von ihrer Reaktion auf einen Zeitungsbericht übers Kindersterben: „Dem oder jenem ist das Kindchen schon wieder gestorben! Diese Menschen haben ein Glück! Die hätten nun auch sechs und so haben sie nur das eine, während unsereins im Übermaß geplagt ist. Uns stirbt kein solcher Balg weg.“

### Gera, die Stadt

Nach der Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung der Frühjahrstagung begleitete uns Frau Gunhild Schletz auf einem Spaziergang zum Bergfried von Schloss Osterstein, dem verbliebenen Rest des Residenzschlosses der Reußen der jüngeren Linie, von dem aus wir nach Heinrichsgrün, der Gartenstadt, absteigen wollten. Das hat sie uns gezeigt: Am Rande der kurz vor der Eröffnung noch heftig bearbeiteten BUGA-Stätte Hofwiese überquerten wir die Weiße Elster und passierten jenes bei Fotografen aus aller Welt beliebte Ensemble im Stadtteil Untermaus, passierten die sehenswerte Marienkirche und das Geburtshaus von Otto Dix. Beim Aufstieg zum Berg war der Blick frei auf die neu gestaltete Landschaft an der Wei-

### Kindstod als Glück

### Beeindruckendes Gera

Ben Elster. Dann setzte heftiger Schneefall ein und statt Heinrichsrün besuchten wir das Restaurant auf dem Hainberg und wärmten uns mit heißem Kaffee und freundschaftlicher Unterhaltung.

Neben dem gemeinsamen Programm der Ex-AG nutzten viele der Teilnehmer die Zeit davor und danach und zwischen-durch fürs Flanieren durch Gera auf eigenen Wegen: Rathaus, Stadtapotheke, Markt insgesamt, Kirchen, Museen und das Jugendstil-Theater, das ich in seiner farblichen Gestaltung in Grün aus dem Jahre 1993 schöner, weil besser proportioniert und zierlicher in Erinnerung hatte. Ein Pflichtziel war das Gebäude, in das die Räume des Geburtshauses von Otto Dix einbezogen sind.

### Otto Dix

[[www.kunstsammlung-gera.de](http://www.kunstsammlung-gera.de)] Und darin die eine Überraschung für mich, den durchschnittlich informierten Kunstinteressierten, dem 1993 die Zeit zum Besuch gefehlt hatte: Im Mittelpunkt der Gemäldesammlung steht der im Vergleich mit den übrigen ausgestellten Objekten wuchtige „Heilige Christopherus VI“,

in einer Broschüre des Otto-Dix-Hauses charakterisiert als „herausragendes Beispiel der zeitpolitisch bezogenen, religiös eingekleideten Allegorien im Stil der alten Meister aus den Jahren der inneren Emigration.“ Dix, der gesellschaftskritische bildende Künstler der zwanziger Jahre, der Chronist des Krieges, dessen entfesselter Stil der entfesselten Kriegsgewalt entsprach, hat in der Zeit des NS-Regimes den Christusträger im klassischen Renaissance-Stil gemalt und die auch zu besichtigenden Landschaften. Und die zweite: Mit seiner anderen, eigenen künstlerischen Art der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse, als es die Art von Statistikern sein kann, hat er gleichwohl eine Maxime vertreten, der ich mich nicht entziehen kann: „... die Dinge geben, wie sie sind.“ (So nehmen muss man sie nicht.)

### Eindrücke

Am Ende dieses persönlichen Reiseberichts noch einige mit Fleiß aufbewahrte Eindrücke aus Gera: Die erhaltenen, schönen Jugendstil-Keramikfliesen einer ehemaligen Fleischerei im Süßwarengeschäft Arco in der Sorge; der tägliche Wandel des Plattenbau-Trümmerbergs, Stadtumbau in Aktion, am Rande der Strecke der Straßenbahnlinie 3 von Lusan ins Zentrum; die Hauszeichen in der Schuhgasse, die die Fläche über den Haustürstürzen gewöhnlicher Plattenbauten in schicke Tympana verwandeln; die bleibende Erinnerung an den deftigen Genuss der sauren Fleck und Nierchen und Kartoffelrädchen aus der Fleischerei in der Großen Kirchstraße; die großformatige Hausinschrift am Anfang der Zschochernstraße „Liberal-De-

mokratische Partei Deutschlands“, die die Partei seit nunmehr 17 Jahren, wenngleich altersschwach, überlebt; die sehr jungen Mütter mit dem einen Kind im Wagen und in Erwartung des nächsten, die die Fußgängern vorbehaltene Sorge und deren Umgebung tagsüber heiter bevölkerten.

Wieder einmal habe ich in Gera die Erfahrung gemacht, dass ich mehr und mit anderen Augen sehe, wenn Geschichte und Statistik präsent sind oder präsentiert werden. Auch dafür sei all unseren Begleiterinnen und Begleitern gedankt.

Und zu guter Letzt: die Vertrautheit und der Respekt unter den Teilnehmern aus gemeinsamen Jahren für die gemeinsame Sache: die (Städte-)Statistik, die in gleicher Weise wie die nicht endende Lust, Fragen zu stellen, um zu entdecken, zum Gelingen der entspannten gemeinsamen Unternehmungen in Gera beigetragen haben, einer Stadt in der so vieles aus der deutschen Geschichte exemplarisch erfahrbar und nachvollziehbar ist. Für jeden – sicher – auf eigene und – womöglich – ganz andere als meine Weise.

Gera ist eine Reise wert. Die Lust auf Kiel und die Erwartungen an diese Stadt sind jetzt ganz groß.

Die Fotos stammen vom Autor.

### Literaturhinweis:

Moritz Th. W. Bromme, Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters, Nachdruck der Ausgabe von 1905, Mit einem Nachwort herausgegeben von Bernd Neumann, Frankfurt/Main 1971, Antiquariatsangebote: [[www.zvab.com](http://www.zvab.com)]

Bild 5: Geras Marktplatz



Dix, Drechsler, Hertie, Höhler, Sorge, Torhaus

# Gera – die Überraschung

Martin Schlegel, Hagen

„Was will ich in Gera?“ antwortete ein Kollege aus der Ex-AG, als ich ihn fragte, ob wir uns dort sehen würden. Er hat ungemein viel verpasst – bei den Vorträgen der Tagung und der vorgelagerten Ex-AG.

Denn Gera ist überraschend anders. Es ist gar nicht die Bergbau-geprägte Industriestadt; der Uranabbau ist Vergangenheit, wird abgewickelt. Das Stadtbild ist klar gegliedert. Hier das Viertel mit altherwürdigen Geschäften, auch hochpreisigen Läden - an einer Straße mit dem Namen „Sorge“. Dort – klar abgesetzt – mehrere Malls. Dazu die Höhler aus dem Mittelalter, tief unter den Kellern der Wohnhäuser angelegte Bierkeller. Und nicht zu vergessen: Das Torhaus mit seiner eindrücklichen Gedenk-

stätte. Umkränzt wird die Innenstadt von großzügigen Villen auf entsprechenden Grundstücken, vor gut 100 Jahren von reichen Textilindustriellen errichtet. Doch lesen Sie besser den Schmollinger-Artikel.

Zu diesem Anders-Sein gehört auch Bürgermeister Hein. Beim Empfang hatte er den Mut zu einer lockeren 5-Minuten-Rede. So war – wie er gewollte hatte – Zeit für Worte von unserer Seite. Ein Kollege ergriff spontan die Gelegenheit und wies ihn lobend auf die Gedenkstätte im Torhaus hin, worauf der Bürgermeister ehrlich entgegnete, dass diese Stätte von vielen Geraern nun wirklich nicht gewollt gewesen sei.

Aus dieser Stadt stammt nicht nur der bekannte Maler Otto Dix, hier startete auch Heike

Drechsler ihre weiten Sprünge. Und Herrmann Tietz legte hier die Grundlage für seine Hertie-Kaufhauskette.

Zur Frühjahrstagung selbst wäre vieles positives zu vermelden. Auf jeden Fall die Tatsache, dass Hotel und Tagungs-ort eins waren. Aber auch die Vorträge hinterließen wieder viele positive Eindrücke, das Thema VZ und der Kampf um Einzeldaten.

Doch wenn ein Gliederungs-punkt eines Vortrags „Talents, Technology and Tolerance“ lautet, dann bekomme ich Toleranzprobleme. Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Statistikerkollegen hätte die Passage auch unter der Überschrift „Talente, Technologie und Toleranz“ kapiert. Kluge Menschen wirken auch mit Deutsch überzeugend.

**Über Statistik:**  
*Eine Zahl ist Dünger  
für die Information.  
Zu viele Zahlen sind  
ihr Tod.*

## Schwarze und Schule

Martin Schlegel, Hagen

Man kann nicht glauben, dass die folgende Nachricht erst 50 Jahre alt ist.

Mit Beginn des Schuljahres 1957/58 müssen in den Südstaaten der USA die Schulen, die bisher weißen Schülern vorbehalten waren, schwarze Schüler aufnehmen. Vor allem im Bundesstaat Arkansas kommt es zu schweren Konflikten. Dort lässt Gouver-

neur Orval E. Faubus die High School in der Hauptstadt Little Rock von der Nationalgarde umstellen, um den Zutritt von schwarzen Schülern zu verhindern. Erst am 20. September 1957 beugt er sich dem Druck aus Washington und zieht die Nationalgarde ab. Als drei Tage später farbige Schüler das Gebäude betreten, verlässt ein großer Teil der weißen Kinder

das Gebäude. Auf der Straße kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen weißen und schwarzen Demonstranten. Präsident Eisenhower schickt 1000 Fallschirmjäger nach Little Rock und verfügt eine teilweise Entmachtung des Gouverneurs. Doch auch dadurch beruhigt sich die Situation nicht wesentlich.

# 20 Jahre "Stadtforschung und Statistik"

Horst-Jürgen Wiene, Bochum

Hätten Sie es gewusst: Die Halbjahreszeitschrift erschien erstmals 1988. Nachdem im Vorstand länger erörtert worden war, welchen Zielen eine Verbandszeitschrift dienen sollte, war der Beschluss klar formuliert:

1. Transportweg von Forschungsergebnissen der Städtestatistik nach draußen
2. Diskussionsforum für die Verbandsmitglieder.

Und selbstverständlich ist die Zeitschrift offen für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen über den Kreis der Verbandsmitglieder hinaus: „Externe“ machen zunehmend Gebrauch von der Möglichkeit, auf dem Weg über die Zeitschrift die Praktiker vor Ort zu erreichen.

Es hatte seinerzeit noch ein wenig gedauert, bis die Zeitschrift ihr Format gefunden hatte, „Format“ im wörtlichen und im übertragenden Sinn: Im Format DIN 4 kam sie ab Heft 1/2/1990 heraus, dann in einer inneren Strukturierung mit „Werkstattberichten“, „Hauptbeiträgen“ und Dergleichen mehr. In den ersten Jahren brachte sie einen rund 20 Seiten umfassenden Anhang mit aktuellen statistischen Angaben für die Städte; der wurde jedoch bald aufgegeben, sodass seitdem die rund 80 Seiten Heftumfang voll für die Textbeiträge zur Verfügung stehen.

Was die Skeptiker nicht für möglich gehalten hatten, wurde der langjährige Normalfall: Die Redaktion, die ich vie-

le Jahre (von 1990 bis 2001) geleitet habe und der ich mit großem Vergnügen auch nach meiner Pensionierung angehöre, wählt unter den vorliegenden Beiträgen aus – das Angebot ist wirklich reichlich.

Die Zeitschrift, eine Erfolgsgeschichte? Man kann diese Frage meines Erachtens uneingeschränkt mit einem „Ja“ beantworten. Dass diese Einschätzung keine Einzelmeinung ist, zeigt die vor einiger Zeit durchgeführte Leserbefragung: Ganz überwiegend gab es positive Urteile, und etwa abschaffen wollte die Zeitschrift niemand. Ad multos annos! Vielleicht ist es mir ja vergönnt, auch noch auf 40 Jahre Verbandszeitschrift zurückblicken zu können ...

## Ich glaube

Martin Schlegel, Hagen

... nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe.

Ich weiß gar nicht, wie oft ich diesen Satz gehört habe. Als neckische Begrüßung, als Witz, um ein wenig zu sticheln; aber häufig ernst gemeint. Vorwiegend von Leuten, die mit Zahlen nichts im Sinne haben, mit ihnen nicht umgehen können. Ich weiß bestens, wie ungemein dumm ich den Satz finde, ihn genau genommen hasse. Steckt dahinter doch ein verqueres Bild: Lug und Betrug

als Normalfall, Ethik und Moral als Ausnahme, Statistik als willkürliches und willfähiges Instrument.

Und ich weiß, dass ich mir angewöhnt habe, darauf zu antworten: „Da fehlt noch etwas. Der Satz geht weiter.“ Dann eine kleine Pause, damit der Gegenüber Zeit zum Nachdenken hat. Ruhig eine Sekunde länger warten, diese Leute brauchen Zeit, Gedanken zu formen. Wenn der Andere

nun fragend guckt, darf er die Auflösung erfahren: „Hinter den Halbsatz „... die ich selbst gefälscht habe“ gehört kein Punkt, sondern ein Komma.“ Wieder eine kleine Pause und die Frage, ob ich überhaupt Lust habe, noch mehr zu sagen, muss durch den Raum schweben. Doch dann: „sagt der Laie. Das gehört unbedingt hinter das Komma. Denn kein Profi würde solch einen Satz von sich geben, kein Profi würde eine Statistik fälschen.“

## Bilder malen und Künstliche Intelligenz

# Neue über sich

Martin Schlegel, Hagen

„Statistiken sind besser als Bomben: Sie zerfetzen Vorurteile und setzen an ihre Stelle unwiderrufliche Tatsachen“ (nach A. Schwarzer 2007). Diese Umformulierung, die einer Rückmeldung beigelegt war, sagt doch viel Positives aus.

Wenige Zeilen weiter unten können Sie noch mehr über Frau Horch und Herrn Nirschl erfahren, also über die beiden Neuen im Verband Deutscher Städtestatistiker, die die Möglichkeit genutzt haben, ein paar der gelieferten Halbsätze zu ergänzen und so etwas über sich zu verraten.

Ein besseres Bild von den Beiden können Sie sich natürlich auf der Statistischen Woche in Kiel machen. Nutzen Sie die Chance.

Eine gute Statistik erkennt man daran, **dass sie selbst komplexe Zusammenhänge verständlich und übersichtlich darstellt.**

Eine gute Tabelle **erklärt sich von selbst.**

Wichtig bei einer Grafik ist, **dass sie dieselben Eigenschaften hat wie eine gute Tabelle.**

Der zu einer Statistik gehörende Text **ist leider oft viel zu klein oder unverständlich.**

Meine Hoffnung heißt: **Künstliche Intelligenz.**

Ein Computer ist für mich **Fluch und Segen zugleich.**

Der Aussagewert von Statistiken **wird mindestens genauso oft über- wie unterschätzt.**

Der größte denkbare Fehler eines Statistikers liegt darin, **zu glauben er könne keinen machen.**

Die Stadt, in der ich arbeite, **wird 2010 gemeinsam mit dem Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas sein.**

Wäre ich nicht Statistikerin geworden, **würde ich vielleicht als Stadtplanerin oder Dozentin arbeiten – oder die Welt bereisen und Bilder malen.**

Mein Lieblingsgebiet in der Statistik **umfasst alles, was zu einer gelungenen Regionalanalyse beiträgt.**

Statistik und Politik **ist bestenfalls ein kybernetisches System mit vielen Rückkopplungseffekten, in dem die Statistik öffentlich breit diskutiert wird.**

Vor allem eins sollte Städtestatistik leisten: **Sie sollte Hinweise auf vordringliche (lokal-)staatliche Interventionen geben.**

Meine Hoffnung heißt, **dass Analysen Taten folgen.**

**Nirschl, Thomas,**

M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth,  
thomas.nirschl@stadt.nuernberg.de

**Claudia Horch**

Regionalverband Ruhr  
Leiterin Team Strukturanalyse und -entwicklung Essen  
horch@rvr-online.de

# Der Bart ist weg

Martin Schlegel, Hagen

„Eberhard Schubert geht in den Ruhestand.“

„Wer ist denn das?“

„Der mit dem Bart.“

„Ach der! Der ist schon so alt?“

Dieser gedachte Dialog vermittelt schon einiges über Erfurts Chefstatistiker. Vielleicht sollte ich ihn als Meister des Zwiegesprächs bezeichnen. Denn er

gehört nicht zu denen, die uns vom Podium herab die Welt der Statistik erklären wollen.

Oder die in einem Vortrag mit ausuferndem Titel dann den Ausländeranteil in Erfurt mitteilen. Er liebt – anders als sein Äußeres vermuten lässt – den unspektakulären Stil, den hintersinnigen, in einen Satz kom-

primierten, aber dennoch treffenden Humor, der auch bissig ausfallen kann.

Eberhard Schubert, Erfurt, das ist so einer, den ich mir gut in einer Crew vorstellen könnte, die Texte für Kabarettisten verfasst. Wäre das nicht eine Idee für die nun anstehende Nachdienst-Zeit?

# Von der Betriebszählung bis zur Solinger Laufzettelregelung

## Statistische Themen

### 1907 – 1932 – 1957

Martin Schlegel, Hagen

Seit 1879 treffen sich die Städtestatistiker, um von einander zu lernen - aber auch, um dieses und jenes abzustimmen, um so dem Spruch „divide et impera“ zu begegnen. Im Vergleich zu den heutigen Statistischen Wochen waren es nicht viele, die vom 4. bis 6. Oktober 1879 in – selbstredend – Berlin zusammenkamen. „Conferenz der Direktoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“ nannte sich die Versammlung.

Werfen wir doch einfach einen kleinen Blick auf das, was in früherer Zeit beredet wurde. Schauen wir auf die Themen, die damals von Bedeutung waren. Zu diesem Zweck liste ich hier das auf, was vor 100, 75 und 50 Jahren auf der Tagesordnung stand. Einige Themen kommen jedem von uns bekannt vor; es gibt eben Dauerbrenner.

In einigen wenigen Fällen sind die Titel gekürzt. Die Langfassung wie auch die Namen der Referenten – fast ausschließlich Männer – finden sich unter: Verband Deutscher Städtestatistiker: Die Städtestatistik im Wandel der Zeit – Berichte über die 1. bis 75. Tagung, Köln 1975.

#### **XXI. Konferenz der Vorstände Statistischer Ämter Deutscher Städte**

Diese Tagung fand vom 3. bis 5. Mai 1907 in Dortmund statt und hatte folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Ausführung der Berufs- und Betriebszählung
- Lohnstatistik nach dem Material der Krankenkasse
- Statistik der kleinen Einkommen aus Gehalt und Lohn nach den Auskünften der Arbeitgeber für Steuerzwecke
- Bericht über die Herausgabe des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte
- Ermittlungen der Werte städtischer Grundstücke
- Erhebungen über Haushaltsrechnungen
- Herstellung einer übereinstimmenden Statistik der Fleischpreise
- Todesursachenschema von mittlerem Umfange
- Morbiditätsstatistik der Krankenanstalten

#### **Verbandsbesprechung der Deutschen Städtestatistiker**

Dieses Treffen fand vom 27. bis 29. Oktober 1932 in Berlin statt. Es trug nicht den Titel „Konferenz“ oder „Tagung“ und zählt auch nicht als Statistische Woche. Dennoch aber war ein anspruchsvolles Programm abzuarbeiten:

- Die Entwicklungstendenzen der großstädtischen Bevölkerung
- Die hauptberuflich erwerbstätigen sog. mithelfenden Ehefrauen in der Landwirtschaft
- Zählergewinn für Reichs- und Landeszählungen
- Todesursachenverzeichnis mittleren Umfangs
- Statistische Maßstäbe des gemeindlichen Steuerkraftausgleichs
- Maßnahmen zur Verhütung von Verkehrsunfällen

## 57. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker

Nach 1904, 1927 und 1931 trafen sich die Statistiker 1957 wieder in Nürnberg. Und zwar am 8. und 9. Oktober. Trotz einer recht kurzen Tagung war die Tagesordnung ausgesprochen umfangreich:

- Wandlungen der Familienstruktur und ihre Wirkung auf die Arbeit der kommunalen Verwaltung
- Die Messung von Social costs als statistisches Problem
- Prüfung der repräsentativen Aussagekraft der Einzelhandelspreisstatistik
- Erfahrungen bei Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen 1956 in NRW
- Organisation und Durchführung der Bundestagswahl 1957
- Zusatzerhebungen der Städte bei der Wohnungszählung 1956
- Lehren aus der Wohnungs- und Bevölkerungszählung 1956
- Erfassung der Wohnbevölkerung bei der Wohnungsstatistik 1956/57
- Fortschreibung des Wohnungsbestandes im Anschluss an die Wohnungsstatistik
- Gemeindliche Wohnungsbedarfsberechnungen nach den Ergebnissen der Wohnungsstatistik
- Stellungnahme zum Zensus 1960
- Die Problematik des ehrenamtlichen Zählers
- Haushaltsquerschnitte
- Gebundenheit finanzstatistischer Urteile an das Ist bzw. Soll der Rechnung
- Probleme gemeindlicher Verkehrszählungen
- Verkehrszählungen als statistische Grundlage für Schlüsselemente des Finanzausgleichs im Straßenwesen
- Verweildauer in Krankenanstalten
- Zur Statistik des deutschen Krankenhausinstituts
- Klinisch-anatomische Todesursachenstatistik
- Tuberkulosestatistik
- Statistik der Personalausgaben und des Personalstandes
- Schulden-Statistik
- Technik der Fürsorgestatistik
- Neuordnung der Theaterstatistik
- Berufsschulstatistik in NRW
- Begriffsbestimmung in der Büchereistatistik
- Kritik der VHS-Statistik
- Sportstatistik
- Erweiterte Auskünfte aus dem Melderegister an Auskunfteien
- Durchführung von Betriebserhebungen für das Gewerbesteuerkataster
- Gewerbesteuerstatistik und gemeindliche Wirtschaftsordnung
- Städtestatistik und Handwerkszählung
- Solinger Laufzettelregelung

**Ja. Nein. Weiß nicht.**

# Da fehlte etwas

Martin Schlegel, Hagen

Jede Ausgabe dieser Zeitschrift weist ein paar Fehler auf. So spielt das Leben. Aber ärgerlich ist schon, dass ich Ihnen in Ausgabe 1/2007 auf Seite 70 rate, das NZZ-Folio zu lesen, dann aber die zugehörige Internetanschrift vergesse. Die höchst unterhaltende Ausgabe

mit dem Schwerpunkt „Statistik“ kann unter **www.nzz-folio.ch** im Archiv gelesen werden (Januar 2006). Darin finden sich unter anderem Artikel zum Bibelcode, ein Porträt von Björn Lomborg, Statistik vor Gericht und beim Sport. Natürlich auch der in „Stadt-

forschung und Statistik“ bereits abgedruckte Beitrag „Ja. Nein. Weiß nicht.“

Sollte „Stadtforschung und Statistik“ einmal keinen Fehler enthalten, verweise ich auf das Editorial der Ausgabe 1/2002.

# Autorenverzeichnis

**Bulenda, Norman**, Sachbearbeiter für das Gebiet Bevölkerungsstatistik im Stadtentwicklungsamt, Bereich Statistik und Wahlen der Stadt Erfurt, statistik@erfurt.de

**Bretschneider, Dr. Michael**, Diplom-Volkswirt, Deutsches Institut für Urbanistik, bretschneider@difu.de

**Dütthorn, Peter**, Diplom-Ökonom, Abteilungsleiter im Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig, [pdutthor@leipzig.de]

**Fischer, Dr. Josef**, Amtsleiter, Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, statistik-wahlen@leipzig.de

**Haußmann Michael**, Diplom-Geograf, Statistisches Amt Stuttgart, Abteilungsleiter, michael.haussmann@stuttgart.de

**Heitkamp, Dr. Thorsten**, Diplom-Ingenieur, Gesellschafter der StadtRaumKonzept GmbH, heitkamp@gmx.com

**Horch Claudia**, Regionalverband Ruhr, Leiterin Team Strukturanalyse und -entwicklung, Essen, horch@rvr-online.de

**Lettko Barbara**, Diplom-Sozialwirtin, Mitarbeiterin des Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, Wiesbaden, barbara.lettke@wiesbaden.de

**Naumann, Ulrich**, Diplom-Volkswirt, Köln, ulrich\_naumann@yahoo.de

**Naeve, Eyk-Röttger**, Diplom-Sozialökonom, Abteilungsleiter Zentrale Steuerung – Abteilung Statistik, Kiel, eyk.naeve@kiel.de

**Nirschl, Thomas, M.A.**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, thomas.nirschl@stadt.nuernberg.de

**Petermann, Dr. Sören**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie, soeren.petermann@soziologie.uni-halle.de

**Reiser, Dr. Marion**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, marion.reiser@politik.uni-halle.de

**Schellbach, Heidrun**, Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, Ökonom, statistik-wahlen@leipzig.de

**Schmaus, Bruno**, Dipl.-Soz., Amtsleiter, Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg, schmaus.bruno@heidelberg.de

**Schubert, Eberhard**, Erfurt, Bereichsleiter im Stadtentwicklungsamt, Bereich Statistik und Wahlen, eberhard.schubert@erfurt.de

**Schönfeld-Nastoll, Ulrike**, Dipl.-Soz., Oberhausen, Leiterin des Bereichs Statistik und Wahlen, ulrike.schoenfeld@oberhausen.de

**Schönheit, Rainer**, Diplom-Ingenieur, Sachgebietsleiter im Stadtentwicklungsamt, Bereich Statistik und Wahlen der Stadt Erfurt, rainer.schoenheit@erfurt.de

**Schmollinger, Dr. Horst W.**, Dipl.-Pol., horst.schmollinger@t-online.de

**Seidel-Schulze, Antje**, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen, seidel-schulze@difu.de

**Seitz, Dr. Jürgen**, Diplom-Kaufmann, Bonn, j.seitz46@freenet.de

**Strähler, Dr. Christian**, Diplom-Ingenieur, Planungsamt der Stadt Hagen, christian-straehler@stadt-hagen.de

**Wienen, Dr. Horst-Jürgen**, Diplom-Volkswirt, Amtsleiter a.D., Bochum, dhwienen@compuserve.de